



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 42 - 18. Oktober 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

In Wien stehen die Zeichen auf Schwarz-Grün
Kurz verhandelte mit Kogler und Hofer **2**

Deutschland

Steuergelder für die Antifa
Kürzung der Bundeszuschüsse für »Initiativen gegen Rechts« verschoben **3**

Hintergrund

Wirtschaftslobbyismus
Video von Ministerin Klöckner und Boersch von Nestlé spricht Bände **4**

Preußen / Berlin

Klima-Aktivisten hinterlassen Müll
Berliner Bürger nach Blockade-Aktionen erlost **5**

Ausland

Schiiten begehren auf Demonstrationen im Irak
nach Generals-Entlassung **6**

Kultur

Wendezeit aus Sicht eines Drogisten
Gregor Sanders neues Werk **9**

Geschichte

Symbol für den Terror der Roten Armee
Nemmersdorf-Massaker **10**



Eine Stadt in Trauer: Hallenser Jude gedenkt der Opfer des Todesschützen

Bild: pa

Berlin und Halle

Zwei Attacken auf jüdische Gemeinden enthüllen das Ausmaß der Heuchelei

Der Anschlag von Halle wird beispiellos als parteipolitische Waffe missbraucht. Die jüdische Gemeinde der Stadt wehrt sich.

Nach der doppelten Mordtat von Halle überschlugen sich Politiker von CSU bis Grüne bei dem Versuch, der AfD die (geistige) Schuld für das Verbrechen in die Schuhe zu schieben. Dabei trat eine Mischung aus Eifer und kalter, parteipolitischer Berechnung zu Tage, die erschrecken muss.

Die jüdische Gemeinde von Halle hat den Schrecken offenbar selbst empfunden und wehrt sich gegen die hemmungslose Instrumentalisierung eines Anschlags, der eigentlich ihr gegolten hatte. So schreibt die Gemeinde auf ihrer Netzseite: „Leider gibt es bereits Versuche einiger politischer Kräfte, die traurigen Ereignisse des Anschlags für die eigenen politi-

schen Ziele zu missbrauchen. Hier kann nur das wiederholt werden, was wir bereits zuvor betont haben: Der wahre Feind ist der Hass. Egal gegen wen ...“

Im Getöse der Verunglimpfungen gegen die AfD ist zu befürchten, dass diese leise Stimme der Vernunft nahezu untergeht. CDU-Vize Armin Laschet verstieg sich zu gewaltgetränkten Formulierungen, indem er forderte, die AfD nunmehr „bis aufs Messer“ zu bekämpfen.

Der Autor Chaim Noll weist darauf hin, dass es sich bei dem Anschlag von Halle in Wahrheit um einen Teil eines Doppelerignisses handelte. Vier Tage vor Halle sei ein Syrer, „Allahu akbar“ und „Fuck Israel“ schreiend und mit

einem Messer fuchtelnd, auf eine Berliner Synagoge zugerannt.

Nach wenigen Stunden war der verhinderte Attentäter jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Nach Berlin gab es kaum öffentliche Empörung, nach Halle überschlugen sich alle, was Noll als Zeichen „pathologischer Toleranz“ geißelt.

Chaim Noll spricht von »pathologischer Toleranz«

Nur dem beherzten Eingreifen der Berliner Polizeibeamten war es zu verdanken, dass der Mann von seiner offensichtlich beabsichtigten Bluttat gegen Juden abgehalten wurde. In Halle gab es keinen Polizeischutz, obwohl die Gemeinde anlässlich des höchsten jüdischen Feiertags vergeblich darum gebeten hatte. Nur die fest verschlossene Tür der Synagoge hinderte den Täter am

Eindringen in das Gotteshaus, woraufhin er wahllos zwei Passanten, eine Frau und einen Mann, tötete und zwei weitere Menschen verletzte.

Noll klagt an, dass muslimischer Judenhass auf deutschen Schulhöfen mittlerweile einfach geduldet sei und so auch jungen Deutschen den Eindruck vermittelt werde, Juden seien verächtliche Wesen. So werde der alte deutsche durch neu importierten muslimischen Judenhass wiederbelebt: „Was junge Muslime seit Jahren ungestraft tun dürfen, beanspruchen auch junge Neonazis für sich“, resümiert Noll voll berechtigter Bitterkeit die Folgen der doppelten Maßstäbe im bundesdeutschen Umgang mit Antisemitismus. Die entlarvend unterschiedlichen Reaktionen auf die Taten von Berlin und Halle stützen seine Kritik auf das Bedrückendste. *Hans Heckel*

MANUEL RUOFF:

Sonderweg

Gerne plädiert das Establishment in der Bundesrepublik im Kampf gegen den sogenannten Rechtspopulismus für ein „europäisches Deutschland“ und gegen einen „deutschen Sonderweg“. Doch sind es wirklich die sogenannten Rechtspopulisten, die Deutschland einen Sonderweg aufzwingen wollen? Diese Frage stellt sich nicht erst seit dem jüngsten Kantersieg der sogenannten Rechtspopulisten bei den Parlamentswahlen in Polen. Sie stellte sich auch schon bei dem kläglich gescheiterten Versuch Horst Seehofers, in der EU eine Allianz der Willigen für die quotierte Aufnahme Einwanderungswilliger aus Afrika zu bilden.

Scheinbar stehen die von den Leitmedien hämisch kommentierten Schlappen der sogenannten Rechtspopulisten Matteo Salvini in Rom und Boris Johnson in London diesem Trend entgegen. Salvinis Schlappe bestand in dem gescheiterten Versuch, durch einen Koalitionsbruch Neuwahlen zu erzwingen. Analog bestand Johnsons Schlappe nicht zuletzt in dem Scheitern seines Versuches, gegen den Willen der Opposition Neuwahlen zu erreichen. Was jedoch sind Erfolge gegen sogenannte Rechtspopulisten wert, die darin bestehen, deren Versuche zu konterkarieren, das Volk über deren Politik abstimmen zu lassen?

Diese Frage stellt sich nicht nur ethisch-moralisch, sondern auch machtpolitisch. Ewig wird man weder Italiener noch Briten von der Wahlurne fernhalten können. Sollten dann Ergebnisse wie in Polen herauskommen, erhärtete sich der Verdacht, dass es weniger die sogenannten Rechtspopulisten als die Altparteien mit ihrem „Weiter so“ sind, die Deutschland mit einem Sonderweg zu isolieren drohen.

1989: Honeckers Sturz sollte das SED-Regime retten

DDR-Staatsführung beanspruchte den Begriff »Wende« – Opposition zeigte sich unbeirrt

Am Abend des 23. Oktober 1989 fanden sich in 25 Städten der DDR abermals Menschen zu Protestdemonstrationen zusammen. Leipzig hatte mit etwa 300.000 Teilnehmern wiederum einen Rekord aufzubieten. Die Forderungen glichen denen der Vorwoche. Die offizielle Zulassung von oppositionellen Gruppierungen, die Abdankung der SED-Machthaber, freie Wahlen und Reisefreiheit wurden mittels Sprechchören oder Plakaten phantasievoll („Visafrei bis Shanghai!“) verlangt.

Nahezu unüberschaubar stellte sich die Zahl der Ereignisse dar, welche rasend schnell seit der vorangegangenen Montagsdemonstration eingetreten waren. Am 17. Oktober

hatte das Politbüro des Zentralkomitees (ZK) der SED Erich Honecker entmachtet. Die DDR-Führung hoffte, dadurch die Kontrolle wiedererlangen zu können. Scurril wie das Regime selbst war die Entscheidung Honeckers – zu diesem Zeitpunkt von Genossen gefürchtet – aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips für den eigenen Sturz zu stimmen. Mit dem Staatschef mussten auch Günter Mittag, Wirtschaftslenker des Landes, und Joachim Herrmann, für Agitation verantwortlicher ZK-Sekretär und Herr über die Berichterstattung sämtlicher Medien der DDR, ihre Posten verlassen.

Am nächsten Tag „entband“ das ZK der SED Honecker von seinen Aufgaben, pro forma aus gesundheit-

lichen Gründen. Für ihn regte sich, bei 190 Anwesenden, lediglich eine Stimme, die der 81-jährigen ehemaligen Rektorin der Parteihochschule, Hanna Wolf. An diesem 18. Oktober erfuhr die Öffentlichkeit von der Absetzung Honeckers und der Inthronisierung seines Nachfolgers Egon Krenz.

Auch wenn es sich nicht um einen Regimewechsel handelte, zeichnete sich ab, dass die SED-Herrschaft in der bisherigen Form nicht fortzusetzen war. Der SED-Bezirkschef von Dresden, Hans Modrow, sprach von einer „umfassenden Erneuerung“. Das Innenministerium hatte ein „Reisegesetz“

auszuarbeiten. Die sowjetische Zeitschrift „Sputnik“, die kritisch über Ereignisse der Stalin-Ära berichtet hatte und 1988 in der DDR verboten worden war, sollte wieder zugelassen werden. Ein DDR-Fernsehteam ließ

SED glaubte an Herrschaftsfestigung

Teilnehmer einer Mahnwache in Halle zu Wort kommen. Politbüro-Mitglied Günter Schabowski und Eberhard Krack, Oberbürgermeister von Ostberlin, diskutierten mit Demonstranten. Der Rostocker Stadtrat war bereit, über Bürgermitbestimmung zu sprechen. Die DDR-Regierung bot denjenigen, die das Land verlassen hatten, die Rückkehr an. All dies sind Dinge, die

in einem demokratischen Staatswesen selbstverständlich gewesen wären, in der DDR hätte sie wenige Tage zuvor niemand für möglich gehalten.

Ungeachtet der Aktivität der DDR-Oberen fand eine Vielzahl von Demonstrationen statt. In Plauen versammelten sich am 21. Oktober 35.000 Menschen, bei einer Einwohnerzahl von 80.000. In Zittau hatte der Rat der Stadt zwei Tage zuvor die Lautsprecherübertragung einer Veranstaltung des „Neuen Forums“ aus einer Kirche genehmigt, die die 20.000 Teilnehmer nicht fassen konnte. In Schwerin schickte die SED die eigenen Leute zu einer Veranstaltung der Opposition, die im Sinne der DDR-Führung propagand-

distisch tätig wurden, allerdings erfolglos. Andersorts kam es noch immer zu Verhaftungen.

Krenz übte in seiner Fernsehansprache am 18. Oktober seitens der Machthaber Selbstkritik. Eine „Wende“ habe die SED eingeleitet, womit für ihn eine erneute Herrschaftsfestigung verbunden war. Den Wendebegriff in diesem Sinne gebrauchte auch SED-Chefideologe Kurt Hager in der Nachrichtensendung „Aktuelle Kamera“. Angesichts dieser Lage verwundert es wenig, dass Bärbel Bohley, die als Sprecherin des „Neuen Forums“ wahrgenommen wurde, äußerte, sie könne sich noch nicht vorstellen, mit der DDR-Führung an einem „Runden Tisch“ Gespräche zu führen. *Erik Lommatzsch*



MELDUNGEN

Vorwürfe gegen das ZDF

Mainz – Der Fernsehsender ZDF sieht sich in den sozialen Medien Manipulationsvorwürfen im Zusammenhang mit der Berichterstattung zum Attentat in Halle/Saale ausgesetzt. Der mutmaßliche Täter hatte sein Vorgehen mit einer Helmkamera gefilmt und die Videoaufnahme in Echtzeit auf der Plattform „Twitch“ veröffentlicht. Die Liveübertragung war von fünf Personen mitverfolgt worden, bis zur Löschung wurde das Video 2.200 Mal aufgerufen. Auf dem Twitter-Account von „ZDF heuteplus“ wurde jedoch eine Bildmontage verwendet, die den Eindruck erweckte, die Videoaufnahmen des Attentats seien auf dem Kanal „DreamHackCS“ veröffentlicht worden. Diese Plattform ist im Vergleich wesentlich populärer und erreicht mehr als 1,5 Millionen sogenannter Follower. In einer Erklärung bedauert das ZDF, dass durch die Bildmontage der Eindruck entstanden sein kann, dass der Livestream des Attentats auf diesem Portal gelaufen sei. Zudem wurde das Video, das auf dem Kanal von „ZDF heuteplus“ geteilt wurde, entfernt. Nach einer Ankündigung rechtlicher Schritte drohen dem ZDF möglicherweise sogar noch juristische Konsequenzen. *N.H.*

Stromlücken: ein Problem

Mainz – Die Bundesnetzagentur hat neue Zahlen zur Qualität der Stromversorgung in Deutschland veröffentlicht. Als durchschnittliche Unterbrechungsdauer ermittelte die Agentur für das vergangene Jahr einen Wert von 13,91 Minuten. Im Jahr 2017 hatte der Wert noch bei 15,14 Minuten gelegen. Die Daten der Agentur förderten allerdings deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern zutage. In Sachsen dauerte ein Stromausfall im Schnitt knapp acht Minuten. In Brandenburg war ein Anschluss im Schnitt 27 Minuten ohne Versorgung, in Schleswig-Holstein sogar rund 30 Minuten. Insgesamt meldeten die Netzbetreiber im vergangenen Jahr an die Bundesnetzagentur 167.000 Versorgungsunterbrechungen in der Nieder- und Mittelspannung. Erfasst werden für die Statistik Stromunterbrechungen, die länger als drei Minuten andauern. *N.H.*

Rücktritt in Sachsen

Dresden – Der Bischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen, Carsten Rentzing, hat angekündigt, sein Amt zum nächstmöglichen Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen. In einer Erklärung begründet der 52-Jährige den Schritt mit der aktuellen Diskussion um seine Person. Mitte September hatte der Landesbischof in einem Interview selbst öffentlich gemacht, dass er Mitglied der Studentenverbindung „Alte Prager Landsmannschaft Hercynia“ ist. Daraufhin war der Landesbischof in einer Online-Petition aufgefordert worden, sich öffentlich und deutlich von „allen nationalen, antidemokratischen und menschenfeindlichen Ideologien“ zu distanzieren. Rentzing sah sich auch dem Vorwurf ausgesetzt, sich nicht klar von der AfD abgegrenzt zu haben, sondern „auf Gespräch, Verständnis und gemeinsame Zukunftsgestaltung“ gesetzt zu haben. *N.H.*

Die Zeichen stehen auf Schwarz-Grün

Sondierungsgespräche nach Nationalratswahl in Wien – Kurz verhandelte mit Kogler und Hofer

Nach der österreichischen Nationalratswahl Ende September, bei der die Volkspartei (ÖVP) mit 37,5 Prozent der abgegebenen Stimmen als klarer Wahlsieger hervorging, stehen die Zeichen der Regierungsbildung auf Schwarz-Grün.

Dem Ex-Bundeskanzler und Wahlsieger der 27. Nationalratswahl in Österreich, Sebastian Kurz, stehen mehrere Optionen einer Koalition offen. Der Chef der Schwarzen hätte sowohl mit dem bisherigen Regierungspartner, den Freiheitlichen (FPÖ), als auch mit den Sozialdemokraten (SPÖ) sowie mit den Grünen die Mehrheit im Parlament.

Als wahrscheinlichste Variante wird allerdings eine Koalition mit den Grünen gehandelt, die sich an einem Stimmenwuchs von zehn Prozent erfreuen konnten. Mit knapp 14 Prozent erzielte die Öko-Partei – nur zwei Jahre nach dem Rauswurf aus dem Nationalrat – ihr bestes Wahlergebnis seit ihrer Gründung.

Bereits vergangenen Mittwoch hat ÖVP-Obmann Sebastian Kurz mit Grünen-Chef Werner Kogler den letzten seiner Gäste zu einem Sondierungsgespräch empfangen. Nach dem rund zweistündigen Gespräch sprach sich Kogler für „vertiefende Sondierungen“ aus.

In Anbetracht des Stimmenwachses der Grünen sei es „völlig logisch“, dass sich die Partei auf

vertiefende Sondierungsgespräche vorbereite, wie auch darauf, dass man das gemeinsam mit der ÖVP tue, verwies Kogler auch auf die starken Zugewinne der Volkspartei.

Über Inhalte habe man noch nicht gesprochen. „Wir werden uns jetzt weiter vorbereiten auf ernsthafte Sondierungen“, so der Obmann der Grünen nach seiner Unterredung mit Kurz. „Ich gehe davon aus, dass der Ex-Kanzler in den nächsten Wochen einen bestimmten Sondierungsfahrplan vorlegen wird.“ Er habe mitgenommen, „dass wir in echte Gespräche einsteigen wollen und werden“, sagte Kogler über das Gespräch mit Kurz.

Zudem verwies Kogler auf die nun anstehenden innerparteilichen Beratungen bei den Grünen. Die Grünen würden nun beginnen, ein

in diese Sondierungen einzubringen.

Eine große Herausforderung dieser Variante liegt allerdings in den zum Teil großen inhaltlichen Differenzen der beiden Parteien. So fordern die Grünen eine CO₂-sowie eine Vermögenssteuer, was die ÖVP strikt ablehnt. Auch beim Thema Asyl und Zuwanderung bestehen deutliche Differenzen zwischen den beiden Par-

teiparteien, die jedoch bereits abgewunken und den Gang in die Opposition angekündigt haben. Zu groß war mit 9,8 Prozent der Stimmenverlust wenige Monate nach dem Bekanntwerden der „Ibiza-Affäre“ ihres früheren Parteichefs Heinz-Christian Strache. Zuletzt hatte FPÖ-Chef Norbert Hofer wiederholt erklärt, dass das schlechte Abschneiden der Freiheitlichen nicht als Regierungsauftrag zu betrachten sei.

reichte besprochen“. Allerdings würde sich die SPÖ auf keinen Fall für „Scheingespräche“ zur Verfügung stellen. Ob sich die SPÖ am Ende eher in der Koalition oder in der Opposition befinden wird, hänge davon ab, „wie man uns jetzt begegnet“, betonte Rendi-Wagner.

Wie zur FPÖ gilt auch zu den Sozialdemokraten die Vertrauensbasis der ÖVP als belastet, wurde diese doch durch einen von FPÖ und SPÖ eingebrachten Misstrauensantrag im Mai abgewählt. Kurz zuvor waren die Freiheitlichen in Folge des Rücktritts von Vizekanzler Strache sowie der Suspendierung des freiheitlichen Innenministers Herbert Kickl aus der Regierung ausgetreten.

Demnach ist auch rechnerisch eine rot-blaue Koalition – vor der die ÖVP im Wahlkampf immer gewarnt hatte – nicht möglich. SPÖ und FPÖ

kommen zusammen nur auf die 71 Mandate, welche die Volkspartei jetzt schon alleine hat – 21 Mandate weniger als die erforderliche Mehrheit der 183 Mandate.

Auch eine Dreierkoalition mit den liberalen und offenkundig regierungsbereiten Neos ist nicht ausgeschlos-

sen, haben diese doch mit der Spitzenkandidatin Beate Meinl-Reisinger und 8,1 Prozent der Stimmen ihr bislang bestes Ergebnis auf Bundesebene erzielt.

Ungewiss ist auch, ob es noch in diesem Jahr zur Bildung einer neuen Bundesregierung kommen wird. Bis dahin wird das von Bundespräsident Alexander Van der Bellen Ende Mai angelobte Expertenkabinett unter der Verfassungsjuristin Brigitte Bierlein die Amtsgeschäfte führen. *Michael Link*



Mit wem wird Sebastian Kurz (M.) regieren? Im Gespräch mit Grünen-Chef Werner Kogler (L.) und FPÖ-Chef Norbert Hofer

„Sondierungsteam“ zusammenzustellen.

Kogler wollte sich jedoch nicht festlegen, wie lange die Sondierungsgespräche gehen könnten. Die Hoheit über den weiteren Fahrplan liege jedenfalls beim ÖVP-Chef, betonte Kogler. Es gelte nun, die Fragen, wie für die Grünen wichtige Themen wie Umweltpolitik, Klima- und Naturschutzfragen, aber auch Fragen der Wirtschaft

teilen. Demnach gilt es, bis zum Abschluss allfälliger Koalitionsverhandlungen zahlreiche Kompromisse zu erzielen.

SPÖ will keine »Scheingespräche«

Nach wie vor gibt es die inhaltlich größte Schnittmenge zwischen der Volkspartei und den

Auch eine Koalition mit den Sozialdemokraten unter Pamela Rendi-Wagner gilt als eher unwahrscheinlich. Immerhin erlitten die Roten bei der Nationalratswahl mit einem Absacken um fast sechs Prozentpunkte auf 21,2 Prozent ein historisches Debakel. Zwar sprach die SPÖ-Chefin nach dem Gespräch mit Kurz von einem „freundlichen Austausch“, inhaltlich habe man „sehr an der Oberfläche die wichtigsten Themenbe-

Sklaven der Zukunft

Französischer Autor Eric Zemmour wegen Islamkritik unter Druck

Einer der bekanntesten Autoren Frankreichs, Eric Zemmour, selbst algerisch-jüdischer Herkunft, wird wegen seiner islamkritischen Äußerungen bei einem Kongress von Wertekonservativen „Aufstachelung zum religiösen Hass“ vorgeworfen.

Die französische Kriminalpolizei hat Ermittlungen wegen „Aufstachelung zum religiösen Hass oder Gewalt“ gegen Zemmour aufgenommen. Der Vorwurf richtet sich gegen Äußerungen, die Zemmour als Starredner auf einem Kongress der wertkonservativen Bewegung von Marechal Le Pen Ende September gemacht hatte. Auf diesem „Konvent der Rechten“ bezeichnete der Schriftsteller unter anderem muslimische Einwanderer als die neuen „Kolonisierer“ Europas. Er belegte dies mit einer immer stärker werdenden Präsenz des Islam auf öffentlichen Plätzen. Er sprach von einer „Islamisierung der Straße“ in Frankreich, und dies, obwohl Frankreich ein säkulares und laizistisches Land wie kein anderes auf der Welt sei. „Alle unsere durch die Einwanderung verschärften Probleme werden durch den Islam noch einmal ver-

schärft“, sagte Zemmour in seiner Rede, die vollständig von dem Sender TF1 ausgestrahlt wurde. Er zitierte auch den Schriftsteller Renaud Camus, Theoretiker der „großen Umvolkung“ der weißen und christlichen Bevölkerung durch eine muslimische Einwandererbevölkerung. „Ihr seid die Sklaven der Zukunft, die neuen

Der algerisch-jüdische Immigrant warnt seit Jahren vor Problemen

Indianer, die durch Asylsucher und illegale Einwanderer verdrängt werden“, rief er seinen perplexen und konsternierten Zuhörern zu.

Von öffentlicher Regierungsseite und dem Journalistenverband wurde Druck ausgeübt auf die Zeitung „Figaro“ und den Sender RTL, bei denen Zemmour als Journalist unter Vertrag stand, ihn zu entlassen. Der „Figaro“ hatte Zemmour bereits 2009 ein erstes Mal entlassen, er behielt aber eine Kolumne im „Figaro-Magazin“. Seit damals wuchs jedoch die Popularität des einst linken Journali-

sten, der 1981 noch zusammen mit dem Sozialisten Mitterrand im intellektuellen Milieu auf Stimmenfang gegangen war.

Seit einigen Jahren hatte er eigene Sendungen in verschiedenen Sendern und wurde dort zu einem der eindringlichsten Warner vor dem wachsenden Einfluss des Islam in Frankreich und in Europa. Auch seine Bücher, darunter „Mélancolie française“ (2010) oder „Le Suicide français“ (Selbstmord Frankreichs, 2014), wurden Bestseller. Zemmour ist der Sarrazin Frankreichs geworden, der eine ähnliche politische Kehrtwende vollzogen hat wie dieser. Zemmour wirkt jedoch authentischer, weil er selbst als Kind von jüdischen Einwanderern aus Algerien die Szene aus eigener Erfahrung kennt. Mit seinen provozierenden Äußerungen ist Zemmour nicht zum ersten Mal in Konflikt mit der Staatsmacht geraten. Nach den Pariser Attentaten von 2016 sorgte seine sarkastische These, man müsse „Molenbeek bei Brüssel bombardieren, wenn man die Terroristen treffen wolle, und nicht Rakka im fernen Syrien“, für Aufsehen. Aus Molenbeek stammten die meisten Attentäter von Paris. *Bodo Bost*

»Zwillingsflosse«

Radarsystem ortete Tarnkappenbomber

Mit Hilfe eines passiven Radarsystems des in Deutschland sitzenden multinationalen Rüstungskonzerns Hensold soll es gelungen sein, Tarnkappenflugzeuge des Typs Lockheed Martin F-35 „Lightning II“ zu orten. Die US-amerikanischen Mehrzweckkampfflugzeuge sind eigentlich so gebaut, dass sie für herkömmliche Radartechnik unsichtbar bleiben.

Jets nach dem Ende der Berlin-Brandenburger Luftfahrtmesse ILA mit Hilfe eines neuen Passivradars namens „Twinvis“ (Zwillingsflosse) geortet worden. Zudem sei es auch gelungen, die Bewegung der beiden Tarnkappenbomber über eine Strecke von rund 150 Kilometern nachzuverfolgen. Lockheed Martin hatte im vergangenen Jahr zwei seiner F-35-Kampfflugzeuge unter größten Sicherheitsvorkehrungen auf der ILA ausgestellt.

Hensolds Passivradarsystem fungiert im Gegensatz zu herkömmlichen Radaranlagen selbst nur als Empfänger und nicht als Sender von Signalen. Flugzeuge werden

dabei geortet, indem reflektierte Signale von bereits vorhandenen Fremd-Sendern ausgewertet werden. Bei dem Twinvis-System werden zum Beispiel Signalechos von analogen und digitalen Radio- und Fernsehsendern ausgewertet.

Die Passivradartechnik des rund 4000 Mitarbeiter zählenden Luft- und Raumfahrtunternehmens mit Hauptsitz in Taufkirchen bei München soll mittlerweile so ausgereift sein, dass sich mit ihr ein umfassendes Luftlagebild mit

hoher Ortungsgenauigkeit erstellen lässt.

Trifft der Bericht der Fachzeitschrift „Defense News“ über die erfolgreiche Ortung der F-35 zu, dann entwertet das deutsche Radarsystem eines der teuersten Rüstungsprojekte der US-Streitkräfte beträchtlich. Allein die bisherigen Entwicklungskosten des Tarnkappenfliegers werden mit rund 400 Milliarden US-Dollar beziffert.

Die Technik des passiven Radars bietet zudem den Vorteil, dass sie im Konfliktfall nicht wie herkömmliche Radaranlagen vom Gegner geortet werden kann. *Norman Hanert*

Deutscher Technik-Erfolg über die USA

Steuergelder für die Antifa

Kürzung der Bundeszuschüsse für »Initiativen gegen Rechts« um acht Millionen Euro auf 2021 verschoben

In den vergangenen Jahren ist in Deutschland eine große Zahl an „Initiativen gegen Rechts“ entstanden. Einigen kürzt die Bundesregierung nun die Mittel. Der Aufschrei ist erwartungsgemäß groß.

Hintergrund sind Neuverteilungen der Gelder innerhalb des Programms „Demokratie leben“ und die geplante Kürzung der Zuschüsse um insgesamt acht Millionen Euro. Dies soll aber erst für das Jahr 2021 gelten, nach dem Terroranschlag von Halle will das Finanzministerium von Olaf Scholz acht Millionen Euro aus eigenen Mitteln zuschießen. Das Bundesprogramm zielt nach eigener Darstellung „darauf ab, demokratisches Verhalten, bürgerschaftliches Engagement sowie den Einsatz für Vielfalt und Toleranz in der Gesellschaft zu fördern“. Anträge können alle gemeinnützigen, zivilgesellschaftlichen Organisationen wie soziale Einrichtungen und Verbände, Kirchen und Vereine stellen. Viele Organisationen haben von den Zuwendungen in den vergangenen Jahren gut gelebt, hauptamtliche Stellen geschaffen, moderne Büros eingerichtet. Entsprechend aufgeregt fallen die Reaktionen aus.

Zwei Modellprojekt-Anträge der Amadeu-Antonio-Stiftung, einem bundesweiten Förderer von Anti-Rechts-Projekten, wurden abgelehnt. Der Sprecher der Stiftung, Robert Lüdecke, sagte dem Deutschlandfunk „Für uns heißt die Ablehnung von zwei unserer Modellprojekt-Anträge ganz konkret, dass wir ein Büro in Hannover schließen werden und dort Arbeit von inzwischen acht Jahren einstellen müssen, anstatt aufzubauen auf die Expertise, die wir erworben haben, und unser Thema voranzutreiben.“

400 Projekte hatte der Bund über „Demokratie leben!“ bislang gestützt, nun wird nur noch ein Viertel weitergeführt. „Bei den Modellprojekten haben wir über 1000 Nachfragen gehabt und wir können am Ende nur 100 Modellprojekte fördern. Sie erkennen daraus, dass wir 900 haben, die wir

nicht bedienen können, und das erklärt auch, warum eine Unruhe an der Stelle gerade vorherrscht“, erklärte ein Sprecher von Familienministerin Franziska Giffey. Als vergangenes Jahr die Weiterführung von „Demokratie leben“ bekannt gegeben wurde, begründete die SPD-Politikerin dies wie folgt: „Das Programm ... hat sich bewährt und die Arbeit ist eine Daueraufgabe ... Das Engagement braucht Planungssicherheit.“ 2015 wurde das Projekt ins Leben gerufen, die Zuschüsse wurden auf fünf Jahre begrenzt.

Initiativen Einhalt zu gebieten. Offiziell bestätigen möchte das Ministerium dies allerdings nicht. Auf Medienanfragen teilte das Ministerium nicht mit, warum die Mittel gekürzt wurden, sondern erklärt nur, dass in den nächsten Jahren „die Ziele stärker fokussiert und teilweise neu justiert werden“.

Einige Entscheidungen werfen Fragen auf. So galt das Neonazi-Aussteigerprogramm „Exit“ auch in bürgerlichen Kreisen durchaus als seriös. Als Reaktion auf die NSU-Mordserie hatte das Bundesfami-

Ministerium 2013 entschieden, die Arbeit von „Exit“ dauerhaft zu fördern. 2018 erhielt die gemeinnützige GmbH aus Bundesmitteln 225 000 Euro. Doch nach der Änderung der Förderlinien soll das Projekt künftig leer ausgehen. Damit droht der Initiative das Aus, fürchtet Mitbegründer Bernd Wagner, seit 19 Jahren an der Spitze von „Exit“. Wagner kritisiert die Begründung gemäß der Prävention in den Mittelpunkt gestellt werden müsse, Deradikalisierungsprozesse aber nicht mehr begleitet werden

sollten. „Extremismus-Prävention wird auf Bundesebene in den Mittelpunkt gestellt. Das bedeutet allerdings, dass Deradikalisierung nicht vorkommen kann, weil dieses systematisch nicht zur Prävention gerechnet wird“, sagte er gegenüber dem Bayerischen Rundfunk. Er fürchtet, dass künftig nur noch Aktivitäten gefördert werden, die verhindern, dass jemand in die rechte Szene abbiegt. Denjenigen hingegen, die bereits in der Szene drin sind, könnte dann nicht mehr geholfen werden.

Heye. Von ihnen wurden zwei beantragte Modellprojekte abgelehnt. „Es geht mir weniger um die Existenz von ‚Gesicht zeigen‘ oder die Existenz der Amadeu-Antonio-Stiftung. Ich glaube, wir kriegen das immer irgendwie hin. Es geht uns wirklich um die Richtung, um die Strategie, die für uns nicht die richtige ist. Die Leute auf dem Land ausbluten zu lassen“, sagte Geschäftsführerin Sophia Oppermann.

Das Familienministerium versucht, dem Eindruck entgegenzu-



Auch von der Neuverteilung der Mittel betroffen: Der frühere Regierungssprecher der Ära Schröder, Uwe-Karsten Heye, und seine Initiative „Gesicht zeigen“

Bild: pa

Nun hat man sich offenbar zu einer Umstrukturierung entschlossen.

Kritiker bemängeln, dass die Mittel des Bundesprogramms nicht nur gekürzt, sondern auf weniger Projekte aufgeteilt worden seien. Aus dem Bewerbungsauftrag des Familienministeriums geht hervor, dass die maximale jährliche Fördersumme pro Projekt von 130 000 Euro in der ersten Periode auf 200 000 Euro für die nächste Phase angehoben wurde. Dies geschieht offenbar, um einem umschleichenden Wildwuchs der In-

lienenministerien 2013 entschieden, die Arbeit von „Exit“ dauerhaft zu fördern. 2018 erhielt die gemeinnützige GmbH aus Bundesmitteln 225 000 Euro. Doch nach der Änderung der Förderlinien soll das Projekt künftig leer ausgehen. Damit droht der Initiative das Aus, fürchtet Mitbegründer Bernd Wagner, seit 19 Jahren an der Spitze von „Exit“. Wagner kritisiert die Begründung gemäß der Prävention in den Mittelpunkt gestellt werden müsse, Deradikalisierungsprozesse aber nicht mehr begleitet werden

Selbst Konservative wie das CDU-Urgestein Wolfgang Bosbach halten diese Entscheidung für falsch. „An der erfolgreichen Arbeit gibt es keine sachlichen Zweifel. In dem Moment ihnen den Geldhahn zuzudrehen, ist nicht nur unverständlich, das ist unverantwortlich“, erklärte er. Auch unter dem Eindruck von Halle hat das Familienministerium erklärt, mit „Exit“ nachverhandeln zu wollen. Ebenfalls betroffen ist die Initiative „Gesicht zeigen“ des früheren Regierungssprechers Uwe-Karsten

treten, die Rücknahme der Kürzungen habe mit den Vorfällen in Halle zu tun. Dies sei ein normaler Prozess im Rahmen der Gespräche zum Haushalt, erklärte ein Ministeriumssprecher. Ziel sei immer gewesen, so viel Geld wie möglich für die Stärkung der Zivilgesellschaft bereitzustellen. An der grundsätzlichen Ausrichtung, weniger Projekte, diese aber zielgerichteter zu fördern, ändere sich nichts. Zudem werde im kommenden Jahr abermals verhandelt.

Peter Entinger

MELDUNGEN

Ermahnung aus Brüssel

Berlin – Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) will nach der Verlängerung von Grenzkontrollen zu Österreich auch die Schleierfahndung an den deutschen Grenzen verstärken. Über den Internetdienst Twitter teilte Seehofer Ende September mit, er habe zur Bekämpfung der Sekundärmigration in Europa die Bundespolizei angewiesen, die Schleierfahndung bundesweit zu intensivieren. Inzwischen hat die EU-Kommission mehrere Staaten, darunter auch Deutschland, aufgefordert, die Kontrolle an ihren EU-Binnengrenzen möglichst zügig wieder zu beenden. Derzeit kontrollieren sechs Länder des Schengen-Raums an EU-Binnengrenzen. Erst vor Kurzem haben Dänemark und Österreich eine Verlängerung der Kontrollen an den Grenzen zu Deutschland beziehungsweise Ungarn und Slowenien angekündigt.

N.H.

Förderung für Deutsche

Berlin – Wie aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion hervorgeht, förderte der Bund vergangenes Jahr deutsche Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südeuropa mit rund 21 Millionen Euro. Der Betrag beinhaltet auch Deutsche in den Nachbarstaaten der UdSSR und im Baltikum. Das Auswärtige Amt stellte zusätzlich zwölf Millionen Euro zur Förderung der deutschen Sprache im Ausland und zur kultur- und bildungspolitischen Förderung deutscher Minderheiten in Ost- und Mitteleuropa und den GUS-Staaten bereit. Nach Angaben der Bundesregierung soll die Förderung auch in diesem und dem kommenden Jahr in ähnlicher Höhe weiter fortgesetzt werden.

N.H.

AKK verliert an Boden

Im Hintergrund lauern ihre Rivalen Jens Spahn und Friedrich Merz

Mit der Wahl von Annegret Kramp-Karrenbauer (AKK) zur Nachfolgerin von Angela Merkel an der Spitze der CDU schien geklärt, wer die Christdemokraten in den nächsten Bundestagswahlkampf führen soll. Doch die Saarländerin verliert mehr und mehr an Boden, und im Hintergrund lauern ihre Rivalen Jens Spahn und Friedrich Merz.

Nur noch elf Prozent der Wähler trauen ihr laut einer Umfrage des Forschungsinstituts Insa die Kanzlerschaft zu. Selbst bei den Unionswählern stößt sie mehrheitlich auf Ablehnung. 56 Prozent von ihnen trauen ihr die Führung des Landes nicht zu. 24 Prozent sind unentschieden. Nur 20 Prozent sagen Ja zu einer Kanzlerin Kramp-Karrenbauer. Das sind verheerend schlechte Werte.

Eine Umfrage des „Spiegel“ ergab eine ähnlich dürftige Zustimmung für die Verteidigungsministerin wie bei der Insa-Erhebung. Demnach wünschte ihr mit 29 Prozent nicht einmal mehr ein Drittel der Bürger eine „wichtige Rolle“ in der deutschen Politik. Im Vergleich zum Zeitpunkt ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden hat sie fast die Hälfte verloren.

Und nun muckt auch noch der Nachwuchs auf. Die Junge Union (JU) hätte gerne, dass die Basis über

den künftigen Kanzlerkandidaten abstimmt – Ausgang ungewiss. Am vergangenen Wochenende traten Kramp-Karrenbauer, Spahn und Merz gemeinsam auf dem Deutschlandtag der JU in Saarbrücken auf. Die Lokalmatadorin machte keinen Hehl daraus, dass sie eine Urwahl ablehnt. Die CDU habe „bisher immer mit guten Gründen gesagt, dass sie diesem Weg nicht folgt“, sagte Kramp-Karrenbauer und erhielt Unterstützung von der bayerischen Schwesterpartei. CSU-Chef Markus

Unionsinterner Kampf um die Kanzlerschaft

Söder erinnerte im „Straubinger Tagblatt“ an das Mitspracherecht seiner Partei in der Kandidatenfrage. Im Hinblick auf eine Urwahl äußerte auch er sich skeptisch: „Urwahlen sind so eine Sache. Das kann man bei der SPD sehen. Was macht man, wenn drei oder vier Bewerber um die 20 Prozent haben? Wenn es schlecht läuft, hat man nur beschädigte Kandidaten.“ Im Vergleich mit den vier möglichen Kanzlerkandidaten Armin Laschet, Markus Söder, Olaf Scholz und Robert Habeck schneidet

Kramp-Karrenbauer am schlechtesten ab. Allerdings erreichen auch der CDU-Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens, der CSU-Ministerpräsident Bayerns, der SPD-Bundesfinanzminister und der Grünen-Chef keine mehrheitlich positive Zustimmung. Laschet werden parteiintern keine Chancen eingeräumt, dass ein CSU-Mann den Zuschlag erhält, gilt als unwahrscheinlich.

Und so tourt Kramp-Karrenbauer derzeit durch die Welt und versucht, außenpolitisch Pluspunkte zu sammeln. Ihr Rivale Jens Spahn tut Ähnliches. Und Friedrich Merz besucht die Parteigliederungen der Union, ist gern gesehener Gast bei Podiumsdiskussionen und Jubiläen. Der interne Wahlkampf hat längst begonnen. Während sich Kramp-Karrenbauer und Merz argwöhnisch verfolgen, gibt sich Spahn gelassen. Der 38-Jährige hat noch viel Zeit für seine Kanzler-Ambitionen, schließlich ist er deutlich jünger als die 56-jährige Saarländerin und der 63-jährige Sauerländer.

Nach der derzeitigen Planung will die CDU beim Parteitag Ende 2020 den Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 2021 benennen. Noch herrscht innerhalb der Union kein offener Aufruhr gegen Kramp-Karrenbauer. P.E.

Impfung ohne Engpässe

Fachleute signalisieren gute Vorbereitung auf Grippewelle

Die erste Schlechtwetterperiode im diesjährigen Herbst hat bei vielen bereits zu Erkältungen geführt. Damit es nicht zu ernsthaften Grippekrankungen mit schwerem Verlauf kommt, raten Ärzte und die Ständige Impfkommission (Stiko) zur Gripeschutzimpfung.

Anders als im Vorjahr soll der Impfstoff diesmal für alle reichen. In der vorangegangenen Grippesaison hatte es massive Engpässe gegeben, sodass Hunderttausende nicht geimpft werden konnten. Grund war eine zu geringe Zahl produzierter Dosen, und das bei einer schweren Grippewelle 2017/18 gestiegenen Impfnachfrage. Hinzu kam, dass seit vergangenen Jahr der wirksamere Vierfachschutz von den Krankenkassen übernommen wird.

Laut Robert-Koch-Institut (RKI) hat die außergewöhnlich starke Grippewelle des Vorjahres rund 25 100 Menschen das Leben gekostet, die höchste Zahl seit 30 Jahren. Wie das Paul-Ehrlich-Institut,

das deutsche Bundesinstitut für Impfstoffe und biomedizinische Mittel, nun bekanntgab, sind bundesweit bereits 16,5 Millionen Dosen Impfstoff an Arztpraxen ausgeliefert worden. In der Vorsaison waren es 15,7 Millionen Dosen. Da sich die kursierenden Viren ständig verändern, muss auch der Impfstoff

Personal sowie über 60-Jährige. Das Problem: Einen 100-prozentigen Schutz gibt es nicht, da das Influenzavirus extrem wandlungsfähig ist. Immun ist man erst zirka zehn bis 14 Tage nach der Impfung und der Schutz hält etwa für sechs bis zwölf Monate. Die Stiko empfiehlt eine Impfung in den Monaten Oktober oder November, da Grippewellen in der Regel zu Jahresbeginn ausbrechen. Die Impfung sollte jährlich aufgefrischt werden.

Im Gegensatz zu einer normalen Erkältung tritt eine Grippe mit plötzlichen und heftigeren Erkältungssymptomen wie Fieber, Glieder- oder Kopfschmerzen, Frösteln, Schwitzen oder Müdigkeit auf. Sie wird durch Tröpfcheninfektion, etwa beim Niesen, übertragen.

Zwar hat die Europäische Union das Ziel vorgegeben, dass 75 Prozent der älteren Menschen Grippe-schutz erhalten sollten, doch Deutschland hat dieses Ziel in den vergangenen Jahren nicht einmal annähernd erreicht. Laut RKI waren in der Saison 2016/17 nur knapp 35 Prozent der Menschen ab 60 Jahren geimpft. MRK



Kleiner Pieks: Schutzimpfung

Bild: Colourbox

Zeitzeugen



Bild: imago images/Sven Simon

Daniel Bahr – Der gelernte Bankkaufmann und studierte Volkswirt war ein politischer Frühstarter. Mit 25 Jahren zog er 2002 für die FDP in den Bundestag ein. Ab 2011 war er für zwei Jahre Bundesgesundheitsminister. Nachdem seine Partei 2013 den Wiedereinzug in den Bundestag verfehlte, heuerte er beim Allianz-Konzern an, der als Profiteur der von Bahr geschaffenen staatlich geförderten Pflegezusatzversicherung gilt.

Günther Oettinger – Der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident und EU-Kommissar hatte seine Amtsgeschäfte stets mit wenig Fortune geführt. Schon länger stand er wegen allzu enger Kontakte zu Lobbyisten in der Kritik. Am Ende seiner Amtszeit als EU-Kommissar kündigte er an, künftig selbst als Politikberater zu arbeiten. Derzeit befasst sich eine Ethik-Kommission der EU mit seinen Plänen.



Bild: Eva Harberfe

Kerstin Andreae – Die 51-jährige Volkswirtin zog 2002 für die Grünen in den Bundestag ein. Dort wirkte sie eher im Hintergrund. Anfang August wurde bekannt, dass Andreae Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft werden soll. Ihr Mandat im Bundestag will sie trotz ihrer Lobbyarbeit behalten.

Peter Clever – Der 64-jährige Volkswirt begann seine Karriere als Assistent von Norbert Blüm. Seit 2003 gehört er zur Hauptgeschäftsführung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). In dieser Funktion rückte er als Arbeitgebervertreter in den Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit ein, wo er sich zahlreiche Feinde machte. Wegen des wachsenden Widerstands gegen seine Amtsführung reichte er im Juli seinen Rücktritt ein.



Bild: imago images/Metodi Popov

Eric Schweitzer – Der 1965 in Malaysia geborene Unternehmer leitet gemeinsam mit seinem Bruder das Entsorgungsunternehmen Alba-Group. Im Jahr 2012 verließ der ehemalige Freidemokrat seine Partei und 2013 übernahm er das Amt des Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages. In dieser Funktion macht er sich vor allem für mehr Einwanderung nach Deutschland stark.

Bündnis aus Multis und Politik

Gemeinsames Video von Ministerin Klöckner und Boersch von Nestlé spricht Bände

Das Thema Wirtschaftslobbyismus ist in Deutschland ein medialer Dauerbrenner. Doch trotz der permanenten Aufmerksamkeit wird es in den Schlagzeilen zugleich nur an wenig prominenter Stelle platziert.

Zuletzt geriet Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) in die Kritik, weil sie in einem gemeinsamen Video mit dem Deutschland-Chef des Lebensmittelgiganten Nestlé, Marc-Aurel Boersch, die Anstrengungen des Schweizer Konzerns lobte, den Anteil von Fett und Zucker in dessen Produkten zu reduzieren. Eine parlamentarische Anfrage offenbarte, dass die Ministerin sich seit ihrem Amtsantritt im März 2018 bereits über 25 Mal mit Vertretern von Großkonzernen getroffen hatte.

Dies ist symptomatisch für eine interessante Entwicklung, die schon seit rund zwei Jahrzehnten zu beobachten ist und längst nicht nur das von Klöckner geleitete Ministerium betrifft. Zwar suchten Wirtschaftslobbyisten schon immer in der Politik

nach einem geneigten Ohr und schon immer waren deutsche Politiker bereit, es ihnen zu leihen. In früheren Zeiten wurde die Vertretung von Wirtschaftsinteressen allerdings weit überwiegend durch entsprechende Lobbyorganisationen betrieben, die bestimmten Branchen entstammten. Dies geschieht zwar nach wie vor, doch zunehmend versuchen große Unternehmen im Alleingang und ohne den Umweg über einen Interessenverband gezielt Einfluss auf wichtige politische Schlüsselfiguren auszuüben. Umgekehrt versuchen deutsche Politiker verstärkt, die Lenker von Konzernen für sich zu gewinnen.

Ein besonders anstößiges Beispiel hierfür dürfte die 2009 von Angela Merkel für Josef Ackermann, dem damaligen Vorstandschef der Deutschen Bank, auf Kosten der Steuerzahler zu dessen 60. Geburtstag im Kanzleramt ausgerichtete Party gewesen sein. In jüngster Zeit bestäti-

gen vor allem die weniger teuren Treffen deutscher Regierungsmitglieder mit Facebook-Chef Mark Zuckerberg diese Tendenz.

Ein infolgedessen zunehmend beobachtbares Phänomen ist der sogenannte Drehtür-Effekt. Immer mehr Politiker wechseln nach ihrer Amtszeit auf einen gut dotierten Posten in der Wirtschaft. Ex-Kanzler Gerhard Schröder, der ehemalige Staatsminister Eckart von Klæden oder Ex-Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel sind nur einige der bekannteren Beispiele.

Da für die Öffentlichkeit häufig nicht transparent ist, welchen Tätigkeiten diese Ex-Politiker in ihren neuen Funktionen genau nachgehen, steht vielfach der Vorwurf im Raum, dass es sich hierbei um eine Form der nachträglichen Belohnung für vergangene Gefälligkeiten handelt. Diese Entwicklung ist durchaus besorgniserregend.

Großkonzerne sparen sich den Umweg über Lobbyverbände



Aus dem gemeinsamen Video: Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner und der Deutschland-Chef von Nestlé, Marc-Aurel Boersch

Zwei Bonner Spezifika

Die BDA und der BDI entstanden erst nach der Bundesrepublik

Sie gehören beide zu den mächtigsten Akteuren des Wirtschaftslobbyismus in Deutschland: die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Ihre Aufgaben unterscheiden sich, doch in ihrer Geschichte finden sich auffällige Parallelen.

Beide Organisationen haben in Deutschland zwar historische Vorläufer, in ihrer jetzigen Form wurden sie aber erst kurz nach Schaffung der Bundesrepublik im Jahre 1949 gegründet. Während die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände lediglich ein Zusammenschluss der in den einzelnen westlichen Besatzungszonen bereits bestehenden und von den Siegermächten lizenzierten Arbeitgeberverbände war, stieß die Gründung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie auf

deutlich größere Vorbehalte. Die Westmächte hielten die deutsche Industrie für zu eng mit dem nationalsozialistischen Regime verstrickt und fürchteten überdies eine neu erwachsende Konkurrenz auf den internationalen Märkten. Obwohl das Grundgesetz und mit

Beide sind eng mit den etablierten Parteien verzahnt

ihm das Grundrecht auf freie Vereinsgründung schon zuvor in Kraft getreten war, bedurfte die Konstituierung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie im Juli 1949 daher ihrer Zustimmung.

Beide Organisationen wurden bedeutsame Akteure der auf dem

Reißbrett der Siegermächte künstlich geschaffenen Nachkriegsgesellschaft. Dies ist bis heute spürbar. Beide Vereinigungen sind eng mit den etablierten Parteien verzahnt. Über Unterorganisationen wie den zum Bundesverband der Deutschen Industrie gehörigen Kulturkreis der deutschen Wirtschaft haben sie maßgeblich am Aufbau der heutigen politischen Kultur in Deutschland mitgewirkt. Linksintellektuelle Schriftsteller wie Günther Grass oder Heinrich Böll wurden von ihnen ebenso gefördert wie das bizarre Werk der selbsternannten Aktionskünstlerin Marina Abramovic. Beide Verbände sind auch Mitglieder in der staatlich finanzierten Europäischen Bewegung, die intensiv an einer weiteren Aushöhlung des Nationalstaates zugunsten der EU arbeitet.

Dabei ist der unausgeräumte Verdacht, dass sich einzelne Politiker auf Kosten der Allgemeinheit ihre Privatschatullen auffüllen, noch von untergeordneter Bedeutung. Viel gefährlicher ist der Fokus, der heute auf die Interessen weniger Einzelkonzerne gelegt wird. Er zeigt deutlich, dass das Wohl kleinerer und mittlerer Unternehmen längst aus dem Blickfeld der Politik gerückt ist.

Zugleich zeigt die Annahme von vielen Regierungspolitikern, sie könnten vornehmlich im Verbund mit multinationalen Großunternehmen gesellschaftliche Probleme lösen, dass ihnen die Bodenhaftung weitestgehend verloren gegangen ist. Für Firmen wie Nestlé ist es vergleichsweise einfach, den immer neuen und weitergehenden Regulierungsforderungen aus der Politik nachzukommen. Die hierfür anfallenden Kosten können sie angesichts ihrer Marktmacht bequem auf die Endverbraucher umlegen. Für kleinere mittelständische Unternehmen gilt dies nicht, sie laufen Gefahr, im Wettbewerb an Terrain zu verlieren.

Dirk Pelster

Repräsentieren die Kammern ihre Mitglieder?

Schon im Mittelalter organisierten sich die Kaufleute in eigenen Korporationen. 1599 wurde in Marseille die erste heute noch bestehende Handelskammer gegründet. Ähnliche Einrichtungen schuf man in vielen Ländern des europäischen Wirtschaftsraumes.

Ging die Initiative zur Gründung zunächst von Kaufleuten aus, so waren die Kammern später überwiegend staatliche Einrichtungen. In Preußen wurden sie ab 1848 verbindlich aufgestellt, später im gesamten Deutschen Reich.

Die Mitgliedschaft ist für jeden Gewerbetreibenden eine gesetzliche Pflicht. Eine Ausnahme gilt nur für die Angehörigen freier Berufe und für die meisten Handwerksbetriebe.

Die Aufgabe der Kammern liegt in der Interessenvertretung der örtlichen Wirtschaft. Aber auch bei der Berufsausbildung kommt ihnen eine entscheidende Rolle zu.

Da die Kammern Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, müssen sie ihren

Dominanz der Großindustrie

Zwangsmitgliedern gewisse Mitbestimmungsmöglichkeiten einräumen und sich zu allgemeinpolitischen Fragen neutral verhalten.

In der Realität ist fraglich, inwieweit sie heute noch ihre Mitgliedsunternehmen repräsentieren. Die Beteiligung an den in größeren Jahresabständen stattfindenden Wahlen liegt zum Teil unter fünf Prozent. Die Verfahren sind intransparent, denn zunächst werden in nach Branchen gegliederten Wahlgruppen Vertreter für eine Vollversammlung gewählt, die dann wiederum ein Präsidium bestimmt und auch im Weiteren über die wichtigsten Angelegenheiten der Kammer entscheidet. Während Kleingewerbetreibende meist weder die Zeit noch das Geld haben, sich in den Gremien einer Kammer zu engagieren, können Großunternehmen diese leicht dominieren und ihre eigenen Interessen dann als die der gesamten Wirtschaft in einer Region ausgeben.

D.P.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Vi.S.d.P:

Dr. Sebastian Husen

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Hecke; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.preussische-allgemeine.de

E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de

anzeigen@preussische-allgemeine.de

vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de

Bundesgeschäftsstelle:

lo@ostpreussen.de

Klima-Aktivisten hinterlassen Müll

Radikale »Klimaschützer« bringen mit Blockade-Aktionen Berliner Bürger gegen sich auf



Leidensfähigkeit der Berliner auf die Probe gestellt: Blockierer auf dem Großen Stern im Tiergarten

Bild: pa

Die radikale Bewegung „Extinction Rebellion“ hat in einer Aktionswoche in zahlreichen Großstädten der Welt massive Störaktionen durchgeführt, um auf einen vermeintlichen „Klimanotstand“ aufmerksam zu machen. In Berlin haben sich die Aktivisten mit ihren Straßenblockaden jedoch einen Bärendienst erwiesen.

Zur Kenntnis nehmen mussten die Berliner unter anderem, dass die Bewegung, die besonders laut vor „Klimanotstand“ und Artensterben warnten will, bei ihren Protestaktionen erstaunliche Müllberge hinterlassen hat. Allein nach der Protestaktion am Potsdamer Platz am 8. Oktober hat die Berliner Stadtreinigung (BSR) 11,5 Kubikmeter Müll eingesammelt. Nach Angaben eines BSR-Sprechers handelte es sich dabei „vor allem um Sperrmüll, zum Beispiel Matratzen und Stühle, sowie um Müllsäcke, die unter anderem mit Verpackungsabfällen gefüllt waren“. Zu den Hinterlassenschaften auf dem Potsdamer Platz gehörten sogar Zement und Badewannen. Nach einer Protestaktion von „Extinction Rebellion“ am Großen Stern im Berliner Tiergarten vielen abermals 8,5 Kubikmeter Müll an.

Anspruch und Realität klappten nicht allein in diesem Punkt weit auseinander: Erklärtermaßen will die radikale Gruppe so großen Druck auf die jeweiligen Regierungen ausüben, dass diese einen nationalen „Klimanotstand“ aus-

rufen. In Berlin hielten sich die Belastungen durch die Rebellionswoche für die Bundesregierung und die Politik allgemein jedoch in sehr überschaubaren Grenzen: „Extinction Rebellion“ hielt zwar im Regierungsviertel ein sogenanntes Klimacamp ab, auch gab es Proteste bei Parteizentralen, massivem Druck ausgesetzt waren aber überwiegend normale Bürger.

Seit dem 7. Oktober legten die Radikalen durch spontane Straßenblockaden immer wieder den Verkehr lahm, sodass es im Stadtgebiet immer wieder zu massiven Staus kam. Blockiert wurden mehrere verkehrswichtige Brücken in der Innenstadt. Aus Demonstrationen, die ordnungsgemäß angemeldet waren, starteten die Aktivisten immer wieder Blockaden von zentralen Verkehrsadern der Millionenstadt. Von solchen Aktionen waren der Kurfürstendamm, der Potsdamer Platz und der Große Stern betroffen.

Leidtragende waren dabei neben Autofahrern auch Fußgänger und Radfahrer. Sogar Nutzern des öffentlichen Nahverkehrs konnte es passieren, dass sie durch die rabiaten Blockadeaktionen der „Klimaschützer“ mit ihrem Bus im Stau steckenblieben.

Am Rande solcher Aktionen war immer wieder zu beobachten, wie insbesondere denjenigen, die aus beruf-

lichen Gründen unterwegs waren, sprichwörtlich der Kragen platzte. Die spontanen Straßenblockaden in der Innenstadt stellten allerdings nicht nur die Geduld und Leidensfähigkeit vieler Berliner auf eine harte Probe. Strapaziert wurden auch das Gerechtigkeitsempfinden und das Vertrauen in den Rechtsstaat. Beobachter mussten abermals erleben, dass der Staat zwar Verstöße wie Falschparken konsequent ahndet, Blockaden des Straßenverkehrs, die Stunden und mitunter Tage andauerten, treffen allerdings bei Politikern des Berliner Senats auf erstaunlich viel Geduld und Nachsicht.

Staatsmacht misst abermals mit zweierlei Maß

Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) verteidigte gegenüber dem RBB das zurückhaltende Vorgehen der Beamten. Die Polizei schütze das Demonstrationsrecht und nicht den Inhalt von Versammlungen oder Demonstrationen. Dabei sei man gut beraten, mit professioneller Gelassenheit und Augenmaß zu handeln und die Situation nicht eskalieren lassen.

Sehr scharfe Kritik äußerte dagegen Marcel Luthe (FDP). Der Berliner Innenpolitiker sagte mit Blick auf die Straßenblockaden: „Wer statt mit Argumenten und durch Wahlen und Abstimmungen für seine Positionen zu werben, lieber anderen durch Einschränkung ihrer Freiheitsrechte sei-

nen Willen aufzwingt, stellt sich außerhalb des demokratischen Konsenses.“ Tatsächlich könnten die rücksichtslosen Aktionen von Aktivisten der „Extinction Rebellion“-Bewegung dafür gesorgt haben, dass bei betroffenen Berlinern so manche bislang gehegte Illusion über die „Klimaschützer“ verfliegen ist.

Auch die begleitende Berichterstattung zur Rebellionswoche wirkte teilweise wie ein Augenöffner: Hingewiesen wurde etwa auf die kaum zu übersehenden antidemokratischen Seiten der Bewegung. In einem „Spiegel“-Interview aus dem September hatte beispielsweise der Brite Roger Hallam, einer der Gründer von „Extinction Rebellion“, geäußert: „Wenn eine Gesellschaft so unmoralisch handelt, wird Demokratie irrelevant.“ Das heißt nichts anderes als: Wenn wir unsere Ziele nicht demokratisch erreichen, dann muss die Demokratie weg.

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ sprach sich Annemarie Botzki, eine der deutschen Sprecherinnen von „Extinction Rebellion“, zudem für die Schaffung von „Bürgerinnenversammlungen“ aus. „Wir wollen die Demokratie erweitern“, so die Botzki. Kritiker wenden ein, diese vermeintliche „Erweiterung“ laufe in Wahrheit auf eine Kontrolle und Entmachtung der demokratisch gewählten Parlamente unter dem Vorwand des angeblichen „Klimanotstands“ hinaus.

Norman Hanert

Antisemitismus in Berlin

Von VERA LENGSELD

Nach dem Angriff auf eine Synagoge in Halle initiierte die Berliner SPD-Politikerin Sawson Chebli einen Aufruf für eine Mahnwache an der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße, dem auch Bundeskanzlerin Merkel folgte. Den Medien sagte Chebli, die Gesellschaft müsse jetzt zusammenstehen und zeigen, dass man die jüdische Gemeinde nicht im Stich lasse. Sie wolle nicht, dass Juden darüber nachdenken müssten, das Land zu verlassen, weil sie sich nicht mehr sicher fühlten.

So weit, so richtig. Allerdings hatte nur wenige Tage vorher auf eben diese Synagoge ein Angriff stattgefunden. Ein Immigrant hatte versucht, sich mit einem Messer gewaltsam Zutritt zu verschaffen. Die Berliner Justiz sah keinen Haftgrund und ließ den Attentäter laufen. Kein Aufschrei, nicht von Chebli, nicht von Merkel, nicht vom Regierenden Bürgermeister Müller oder den Medien. Im September 2019 wurde am Brandenburger Tor ein Plakat mit der Aufschrift „Kein Platz für #Antisemitismus“ von der Polizei beschlagnahmt. Wollte man damit verhindern, dass sich die Antisemiten provoziert fühlen? Kein Aufschrei von Chebli, Merkel oder Müller. Am selben Brandenburger Tor fanden vor den Augen der Polizei Demos statt, auf denen die Vernichtung Israels und der Juden gefordert wurde, einschließlich des Verbrennens der israelischen Flagge. Kein Aufschrei von Chebli, Merkel, Müller oder den Medien. An Berliner Schulen wurden und werden jüdische Schüler gemobbt. Kein Aufschrei von Chebli, Merkel oder Müller, die Medien berichten schaumgebrems. Jüdischen Männern wird geraten, in Berlin keine Kippa mehr zu tragen. Kein Aufschrei von Chebli oder Merkel; Müller kündigt Maßnahmen an. Von diesen Maßnahmen wurde nie wieder etwas gehört.

Jedes Jahr finden in Berlin antisemitische Demonstrationen zum sogenannten Al-Quds-Tag statt, bei denen Antisemiten mit jüdenfeindlichen Plakaten durch die Stadt ziehen, Israel-Flaggen verbrennen und Hass-Parolen brüllen. Die jeweiligen Innensensoren von CDU und SPD sahen nie die Möglichkeit, diese Demos zu verbieten. Sie fanden unter Polizeischutz statt. Die Polizei ging dabei so weit, Gegendemonstranten einzukesseln und aufzufordern, nicht mit Israel-Flaggen den Kessel zu verlassen, um die Antisemiten nicht zu provozieren. Leuten wie mir, die das nicht einsehen wollten, wurde die Israelfahne einfach abgenommen. In einem Jahr kletterten die Beamten sogar eine Fassade hoch, um eine Israelfahne von einem Balkon zu entfernen. Kein Aufschrei von Chebli, Merkel, Müller oder den Medien. Im Reichstag wurde der Antrag der FDP, in den UN nicht mehr für Israels Todfeinde zu stimmen, abgelehnt von Union und SPD. Kein Aufschrei, nirgends.

Straßenbahn ohne Fahrer

Konsortium um Siemens startet Zukunftsprojekt in Potsdam

Noch im Laufe des Oktobers startet ein Konsortium um Siemens Mobility und die ViP Verkehrsbetriebe Potsdam ein dreijähriges Projekt zur Entwicklung einer autonom fahrenden Straßenbahn. Nach Angaben von Siemens ist das Projekt namens „Astrid“ (Autonome Straßenbahn im Depot) darauf angelegt, ein vollautomatisiertes Straßenbahndepot zu entwickeln. Darin sollen sich die Fahrzeuge selbst steuern, damit beispielsweise personalintensive Rangierarbeiten automatisiert ablaufen können. Angedacht ist etwa, dass eine Tram künftig ohne Fahrer vom Abstellgleis in die Waschanlage und wieder zurück fährt.

Siemens betrachtet ein derartig automatisiertes Betriebsdepot als „eine erste Stufe des autonomen Fahrens“ und will die Technik bereits mittelfristig auch kommerziell nutzbar machen. Sabrina Soussan, Vorstand von Siemens Mobility, spricht sogar vom

„nächsten großen Meilenstein auf dem Weg zur autonom fahrenden Straßenbahn“.

Ein Vorteil des Forschungsprojekts auf dem Betriebshof der Potsdamer Verkehrsbetriebe ist es, dass Erfahrungen unter realen Einsatzbedingungen gewonnen

»Der nächste große Meilenstein beim autonomen Fahren«

werden können, dies aber in einem abgegrenzten Bereich, ohne dass Fahrgäste gefährdet werden. Ein Vertreter der ViP Verkehrsbetriebe Potsdam dämpfte im vergangenen Jahr allerdings die Hoffnungen, dass die Computertrams schon bald auf den Straßen zum Einsatz kommen werden.

Anlass für diese Einschätzung war eine Weltpremiere, die im Herbst 2018 in Potsdam stattfand.

Dabei hatte Siemens eine Testfahrt mit der ersten autonom fahrenden Straßenbahn der Welt durchgeführt. Pressevertreter und ausgewählte Fachbesucher der Verkehrstechnikmesse Innotrans konnten dabei auf einem sechs Kilometer langen Teilstück des Potsdamer Straßennetzes erleben, wie fortgeschritten die Technik der Computertrams bereits ist.

Für den Testbetrieb hatte Siemens drei Straßenbahnwaggons mit Kameras, Sensoren und einem Rechnersystem ausgestattet. Diese „digitalen Augen“ sollen eine ständige Beobachtung der Fahrsituation ermöglichen. Mithilfe künstlicher Intelligenz prognostiziert ein solches Computersystem den weiteren Verlauf und löse erforderliche Reaktionen aus. Die Technik sei so programmiert, dass sie Hindernisse auf den Gleisen und Gefahrensituationen selbstständig erkennt und darauf reagiert. N.H.

Weiter Zank um den Deckel

Berlin: Mietenpolitik entzweit die rot-rot-grüne Rathauskoalition

Der geplante Berliner „Mietendeckel“ bleibt Streitobjekt. Ziel ist einerseits, die bestehenden Mietenhöhen unter gewissen Voraussetzungen einzufrieren. Zusätzlich soll in bestehende Mietverträge eingegriffen werden und deren Absenkung ermöglicht werden. Treibende Kraft bei dem Vorhaben ist Wohnungssenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei). Wie der Deckel genau aussehen soll, dazu gibt es in den Regierungsfractionen teilweise gegenteilige Auffassungen.

Die bürgerliche Opposition aus CDU, AfD und FDP ist dagegen. Die SPD will ihren Koalitionspartnern Linkspartei und Grüne über eine Verschärfung des sogenannten Wucher-Paragrafen 138 entgegenkommen. Danach sind Rechtsgeschäfte nichtig, wenn sie eine Zwangslage ausnutzen. Die Mietensituation in Berlin ist nach Ansicht der Sozialdemokraten eine solche Zwangslage. Lompscher, die als Bausenatorin bisher

auffallend wenige Wohnungen bauen ließ und damit diese „Zwangslage“ noch deutlich verschärft hat, will auch die Möglichkeit der Absenkung von angeblich zu hohen Mieten vorsehen. Das indes hält Innensenator Andreas Geisel (SPD) für verfassungswidrig.

Kai Wegner (CDU): »Unzulässig, untauglich, unsozial«

Vergangenen Freitag gingen die drei Regierungsparteien ohne Einigung auseinander. Die Grünen hatten sich nicht festgelegt und versuchen, einen Kompromiss zwischen SPD und Linkspartei herbeizuführen.

Wirtschaftssenatorin Ramona Pop (Grüne): „Es gibt noch offene Fragen, die wir prüfen müssen ... Es gibt einen Einigungskorridor, wir streben nun an, das Gesetz

am 22. Oktober im Senat zu verabschieden.“ Regierungssprecherin Claudia Sinder verspricht: „Weiterhin ist gemeinsames Ziel der Koalitionäre, bis zum Rat der Bürgermeister am 24. Oktober 2019 einen Beschluss herbeizuführen.“

Der wohnungsbaupolitische Sprecher der AfD-Landtagsfraktion, Harald Laatsch, sieht in dem Deckel „dauerhaft ein minderwertiges sozialistisches Mangelprodukt“. Ähnlich spricht auch der FDP-Bundestagsabgeordnete Daniel Föst von „sozialistischem Unfug ... Keine einzige neue Wohnung entsteht durch diese Gaga-Politik.“

CDU-Landeschef Kai Wegner verlangt, die Pläne gänzlich zu beenden. „Das Gewürge um den missratenen Mietendeckel geht weiter, die Unsicherheit bei Mietern und Vermietern bleibt ... Der Mietendeckel ist und bleibt unzulässig, untauglich und unsozial.“ Frank Bückler

MELDUNGEN

Frankreich legt Veto ein

Paris – Die französische Regierung hat vor dem Rat der Außenminister ein Veto gegen den Beginn von EU-Beitrittsgesprächen mit Albanien und Nordmazedonien eingelegt. Gegenüber dem „Handelsblatt“ führte ein französischer Beamter an, beide Länder müssten für die Aufnahme von Beitrittsgesprächen alle Kriterien erfüllen. Bei beiden Ländern des Westbalkans sieht Paris Nachholbedarf bei der Rechstaatlichkeit und im Kampf gegen die Korruption. Im Fall Albaniens wurde zudem auch auf Handlungsbedarf im Kampf gegen die organisierte Kriminalität hingewiesen. N.H.

PiS gewinnt die Wahl

Warschau – Die polnische Regierungspartei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) ist aus den Parlamentswahlen am 13. Oktober als klare Siegerin hervorgegangen. Der Partei von Jaroslaw Kaczynski gelang es, ihre Mehrheit im polnischen Parlament, dem Sejm, zu verteidigen und ihre Macht sogar weiter auszubauen. Bei der Wahl stimmten über 43 Prozent der Wähler für die PiS. Bei der letzten Parlamentswahl im Jahr 2015 hatte die PiS 37,6 Prozent bekommen. Die Bürgerkoalition (KO) der ehemaligen Regierungspartei Bürgerplattform (PO) wurde am 13. Oktober mit rund 27 Prozent zweitstärkste Kraft. Mit deutlichem Abstand kamen das Linksbündnis SLD auf etwa zwölf Prozent und die Polnische Koalition der Bauernpartei PSL auf 9,6 Prozent. Die Partei Konfederacja von Janusz Korwin-Mikke schaffte mit 6,4 Prozent erstmalig den Einzug in den Sejm. Das gute Abschneiden bei der Wahl erlaubt es Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, weiterhin ohne Koalitionspartner zu regieren. N.H.

Irakische Schiiten begehren auf

Demonstrationen nach Absetzung des beliebten Anti-Terror-Generals – Iran unter Verdacht

Nachdem die sunnitische IS-Terrorherrschaft im Irak durch die schiitische Armee des Landes abgeschüttelt wurde, brodelt es jetzt unter den siegreichen Schiiten, nachdem der beliebte Armeekommandeur Saadi, der den Sieg über den IS errungen hatte, von Ministerpräsident Mahdi seines Amtes enthoben wurde.

Die Entlassung des hochrangigen und beliebten Armeegenerals Saadi sorgt im Irak für Aufruhr. Über 100 Menschen sind bei Protesten in den schiitischen Provinzen des Landes bereits erschossen worden. Die Proteste richten sich nicht nur gegen die Regierung in Bagdad, sondern auch erstmals gegen Teheran. Die Demonstranten geloben General Saadi, dass sie ihn verteidigen werden, wie er sie vor dem „Islamischen Staat“ verteidigt hat. Die Demonstranten glauben, dass die Mullahs in Teheran hinter der Entlassung des Volkshelden stehen, weil dieser Kontakte in die USA pflegte und dem Iran zu mächtig zu werden schien.

Mit scharfer Munition hatten Polizisten auf Demonstranten geschossen, um die Kontrolle in Bagdad und in einigen schiitischen Provinzstädten wieder herzustellen. Die Protestwelle hatte sich rasend schnell in den Südirak ausgebreitet und elf Provinzen erfasst. Demonstrationen fanden auch in den schiitischen heiligen Städten Najaf und Kerbala statt, die vor der Arba'in-Wallfahrt stehen, die jährlich bis zu drei Millionen Pilger in diese Städte bringt, viele davon aus dem Iran. Die meisten iranisch-irakischen Grenzübergänge wurden deshalb vorsorglich gesperrt. Die stark antiiranisch geprägten Proteste konzentrierten sich auf den schiitischen Süden des Irak. Fahnen der Islamischen Republik wurden verbrannt. Immer mehr schiitische Iraker sind des iranischen Großmachtstrebens, für das sie die Zeche bezahlen müssen, überdrüssig geworden.

Da die schiitischen Iraker die derzeitige irakische Regierung für



Auf dem Tahrir-Platz in Bagdad: Während einer Demonstration gegen Korruption halten Demonstranten Bilder des als Helden verehrten und nun abgesetzten stellvertretenden Kommandanten Abdel-Wahab-al-Saadi hoch

Bild: pa

eine Marionette des Iran halten, verlangen die Demonstranten den Rücktritt der Regierung Mahdi, der sie Korruption, Unfähigkeit und Einknicken gegenüber Teheran vorwerfen. Premierminister Adel Abdel Mahdi, seit etwa einem Jahr im Amt, will zwischen Demonstranten mit „legitimen Anliegen“ und aggressiven Elementen unterscheiden. Er hat die Einführung eines Mindestlohns angeordnet, um den Demonstranten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber seitdem viele Protestler durch Schüsse getötet wurden, haben sich die Fronten verhärtet. Jetzt hat auch Muqtada al Sadr, der bislang die Regierung mit seiner Partei stützte, Neuwahlen gefordert.

Auslöser der Proteste war die überraschende Entbindung von General Abdel-Wahab al-Saadi von seinem Amt als Vizechef der irakischen Antiterror-Einheiten, die die Hauptlast im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) getragen hatten. Saadi (56) hatte sich dabei besonders profiliert, er wurde mehrmals verwundet und zum Nationalhelden im Irak. In Mossul wur-

de Saadi bereits ein Denkmal errichtet. Als erster Schiit ist er sogar in den sunnitischen Gebieten, aus denen der IS vertrieben wurde, sehr beliebt. Ganz anders dagegen die von den sunnitischen Zivilisten gefürchteten und gehassten schiitischen Milizen der sogenannten Volksmobilisierungseinheiten, die vom Iran gelenkt werden. General Saadi wurde zu einer Symbolfigur

Iraker gegen

»Marionette des Iran«

des neuen irakischen Nationalismus, der den seit dem Sturz Saddams Husseins dominierenden schiitischen Konfessionalismus ablösen könnte, wenn der Irak als Gesamtstaat die 30-jährige Dauerkrise überleben sollte.

Die Anhänger Saadis meinen, er sei von seinem Posten entfernt worden, damit er dem Einfluss der schiitischen Milizen in der Armee nicht länger im Weg stehe. Der General wehrte sich selbst gegen seine Versetzung, die er als „Degra-

dierung“ bezeichnet. Saadi hatte sich nicht nur als Kämpfer gegen den IS einen Namen gemacht, sondern sich auch als Antikorruptionskämpfer in der Armee mit vielen angelegt.

Da Saadi auch gute Beziehungen zur US-Botschaft pflegt – die USA haben ja de facto die irakischen Antiterror-Einheiten aufgebaut –, behauptet der Iran nun, dass die USA die schiitischen Proteste angezettelt hätten. Die Demonstranten hatten erwartet, dass sich Saadi an die Spitze der Proteste stellen würde. Aber noch zögert er. Einige fordern sogar, dass er die Regierung übernehmen solle. Von dem von einer Schiitenallianz mit iranischer Unterstützung zum Premier gewählten al Mahdi sind die meisten Schiiten bereits nach einem knappen Jahr mehr als enttäuscht.

Die derzeitigen Proteste im Irak sind ein Beweis dafür, dass die antiiranischen Ressentiments auch unter der schiitischen Bevölkerung des Irak weitverbreitet sind. Dass sich bisher die Sunniten dem Aufstand noch nicht angeschlossen haben, mag daran liegen, dass der

vor zwei Jahren beendete Krieg mit dem IS im Sunnitengebiet noch nicht lange genug zurückliegt. Die Sunniten scheuen sich nach ihren schlimmen Erfahrungen mit dem IS davor, sich wieder in einem Konflikt öffentlich zu positionieren. Viele Schiiten verurteilen die Sunniten bis heute pauschal als Anhänger des IS.

In der Tat bestand die gesamte militärische Führung des IS aus ehemaligen sunnitischen Generälen Saddams Husseins. In der irakischen Armee gibt es heute keine sunnitischen Generäle mehr. Viele Iraker fürchten, dass ihr Land angesichts der steigenden Kriegsgefahr am Golf zum Kriegsschauplatz eines Stellvertreterkrieges zwischen dem Iran und Saudi Arabien werden könnte. Viele Iraker haben nach 30 Jahren Krieg im eigenen Land das Kriegstreiben des Iran durchschaut und wollen nicht zum Schlachtfeld der Iraker werden. Damit hatte der iranische Botschafter in Bagdad, Iraj Masjedi, vor Kurzem in einem TV-Interview öffentlich gedroht. Bodo Bost

Machtwechsel im Kosovo

Zwei bisherige Oppositionsparteien setzten sich bei der Wahl durch

Das Kosovo wendet sich von den Milizenführern ab, ein Machtwechsel vollzieht sich: Bei den Wahlen haben sich zwei bisherige Oppositionsparteien durchgesetzt. Ob dies zur dauerhaften Befriedung führt, ist aber ungewiss.

Der Wahlerfolg der Opposition ist relativ einfach erklärt. Sie hatte versprochen, was die Bevölkerung erwartet: Arbeitsplätze, soziale Absicherung, Modernisierung des Gesundheits- und Bildungssystems sowie eine tiefgreifende Veränderung der politischen Kultur und eine Annäherung an Europa. Rund 200 000 junge Kosovaren, etwa zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung, haben in den vergangenen fünf Jahren das Land verlassen, um in Europa oder Übersee eine Existenz aufzubauen. Zwei Jahrzehnte lang wurde das Kosovo fast ausschließlich von den ehemaligen Angehörigen der kosovarischen Befreiungsarmee UCK regiert. Sie waren korrupt, versorgten ihre Familien- und Freundesclans mit Posten und stehen unter Verdacht, schwere Kriegsverbrechen begangen zu haben.

Die Wahl wurde erforderlich, weil der seit 2017 amtierende Regierungschef Ramush Haradinaj im Juli zurückgetreten war. Er musste sich einer Befragung durch das Kosovo-Sondergericht in Den Haag

unterziehen. Gegen den ehemaligen regionalen Kommandeur der Aufständischen UCK stehen Anschuldigungen wegen Kriegsverbrechen in den 1990er Jahren im Raum.

Nach dem Sieg der Opposition bei der Parlamentswahl Anfang Oktober bekam der Führer der linksnationalistischen Vetevendosje (Selbstbestimmung), Albin Kurt, den Auftrag zur Regierungsbildung. Seine Partei erreichte rund 26 Prozent. Dicht dahinter folgte die moderat-konservative Demo-

Regierungsbildung gestaltet sich traditionell schwierig

kratische Liga des Kosovo (LDK), deren Spitzenkandidatin, die Juristin Vjosa Osmani, auf 24,9 Prozent der Stimmen kam.

Kurt sagte; „Wir haben die Republik vor der Geiselnahme durch die Politik gerettet. Heute haben wir diesem Drama ein Ende bereitet.“ Er werde sich um eine rasche Regierungsbildung bemühen und die LDK dazu einladen. Der 44-jährige Wahlsieger ist jedoch nicht unumstritten. Auslandskorrespondenten berichten, früher sei er durch eine neomarxistische, anti-

westliche und nationalistische Rhetorik aufgefallen. In der Zeit der internationalen Verwaltung bewarfen er und seine Gefolgsleute Fahrzeuge und Gebäude mit Farbbeuteln. Im Parlament zündeten seine Abgeordneten gelegentlich Tränengasgranaten. Zuletzt trat er deutlich gemäßigter auf. Die Regierungsbildung gestaltet sich im Kosovo traditionell schwierig. Grundlage ist immer noch das durch die internationale Gemeinschaft vor 2008 beschlossene Wahlrecht: Nur 100 der 120 Sitze werden nach dem Prinzip der Proportionalität vergeben. 20 Sitze sind für ethnische Minderheiten reserviert. Den Serben stehen zehn Sitze zu. Möglicherweise werden die bisherigen Oppositionsparteien zusammen keine Mehrheit im Parlament haben und weitere Koalitionspartner benötigen.

Das Kosovo ist heute noch ein internationaler Zankapfel, obwohl es fast ausschließlich von Albanern bewohnt wird. Von 1999 bis 2008 verwaltete die UN-Mission Unmik das Land. Bis zum Zerfall Jugoslawiens hatte das Kosovo den Status einer autonomen Provinz Serbiens, anschließend herrschte Bürgerkrieg, weil sich Aufständische gegen den Machtanspruch Serbiens wehrten. Russland, China und fünf EU-Länder erkennen die 2008 erklärte Unabhängigkeit des Kosovo bis heute nicht an. Peter Entinger

»Opfer einer Amputation«

Literaturnobelpreisträgerin thematisiert Schuld der Polen

Die Literaturnobelpreisträgerin Olga Tokarczuk hat mit ihren literarischen Initiativen große Verdienste um Schlesien erworben. Im Werk der 1962 bei Hirschberg in Schlesien geborenen polnischen Schriftstellerin, die seit über 20 Jahren in einem niederschlesischen Gebirgsort nahe der tschechischen Grenze lebt, spielt die schlesische Landschaft eine prominente Rolle.

Tokarczucs Werk ist durchzogen von Geschichten, Mythen, Märchen und Träumen. Die im schlesisch-böhmischen Grenzgebiet Aufgewachsene studierte Psychologie und arbeitete als Therapeutin. Nach frühen Gedichten wandte sie sich der Prosa zu. Da ihre Eltern in Schlesien angesiedelte Polen aus den an die Sowjetunion verlorenen polnischen Ostgebieten sind, spielt in ihren Werken auch das Thema Vertreibung eine wichtige Rolle: „Der Mensch, der seinen Ort verlassen muss, gibt einen wesentlichen Teil seiner selbst auf, er wird Opfer einer brutalen Amputation. Phantomschmerzen werden ihn bis ans Lebensende quälen.“

In ihrem Buch „Taghaus, Nachthaus“ (1998) hat sie ihre Wahlheimat in den schlesischen Bergen zum literarischen Ort gemacht. Die Handlung ihrer Romane verlegt sie gern in entlegene Epochen, etwa in die „deutsche“ Zeit Schlesiens.

Im schlesischen Eulengebirge, vor allem in den Städten Neuroda, Waldenburg und Glatz, aber auch im benachbarten Böhmen, hatte Tokarczuk vor einigen Jahren das Literaturfestival „Gory Literatury“ (Berge der Literatur) ins Leben gerufen. Dieses Festival erfreut sich wachsender Beliebtheit. Hier finden Lesungen und Ausstellungen



Olga Tokarczuk

in verschiedenen Orten statt, in Kirchen und Klöstern, stillgelegten Bergwerken und unter freiem Himmel sowie in der Landschaft des anmutigen Eulengebirges mit weitem Blick über die Berge und Grenzen hinweg.

In Breslau, wo Tokarczuk hauptsächlich lebt, versucht sie sich in ihren Geschichten in die ehemalige Bewohner der alten Häuser der Stadt, die teils noch aus dem Mittel-

alter stammen, und ihre wechselvollen Geschichten hineinzuversetzen. 2015 wurde Tokarczuk mit dem Brückpreis der Europastadt Görlitz geehrt. Zu ihren Auszeichnungen zählt auch der Brücke-Berlin-Preis (2002), den sie mit Übersetzerin Esther Kinsky bekam. 2018 erhielt sie einen Preis der Stadt Waldenburg in Schlesien. Bei der Preisverleihung verließen die PiS-Stadtverordneten den Saal, um gegen die Autorin zu protestieren, die auch die dunklen Stellen der polnischen Geschichte, wie Antisemitismus und Kolonialismus, nicht auslässt. Die polnische Herrschaft über weite Teile der Ukraine und Litauens bezeichnete sie als Kolonialismus. Von dem nach dem Zweiten Weltkrieg herrschenden Opfermythos distanzierte sie sich ausdrücklich.

Ihr Ziel ist es, die Polen auch mit der Täterrolle in ihrer Geschichte, die von der derzeit herrschenden Regierung übergangen wird, zu konfrontieren. In dem „nationalen Opferkult“ sah sie einen Rückfall in „irrationale Stammesenergien“. Kein Wunder, dass der polnische Kulturminister bei der Verkündigung der Nobelpreisvergabe zugeben musste, dass er kein einziges Werk der neuen Nationalheldin kennen, der er seit 2015 die öffentlichen Zuschüsse für Übersetzungen gestrichen hatte. B.B.

Vorreiter beim E-Auto

Die skandinavischen Königreiche wollen dem Verbrennungsmotor an den Kragen

Immer mehr deutsche Großstädte beginnen, Dieselfahrverbote durchzusetzen. Eine Initiative der dänischen Regierung könnte in einigen Jahren sogar zu einem Verkaufsverbot von Neuwagen mit Verbrennungsmotoren führen.

Im dänischen Parlament kündigte Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen bereits vergangenes Jahr an, den Verkauf von diesel- oder benzinbetriebenen neuen Personenkraftwagen bis zum Jahr 2030 auslaufen zu lassen. Später sollen dann sogar Hybridfahrzeuge von Dänemarks Straßen verschwinden. Bis 2035 solle jeder Neuwagen in Dänemark elektrisch oder in anderer Weise emissionsfrei betrieben werden, so der Plan von Rasmussen.

Allerdings gibt es bei dem, was der Politiker der liberalen Partei „Venstre – Danmarks Liberale Parti“ im Parlament als seine Vision bezeichnete, einen juristischen Haken. Beschlüsse Dänemarks im Alleingang ein Verkaufsverbot für Neuwagen mit Verbrennungsmotoren, verstieße dies gegen geltendes EU-Recht.

Ein Lösungsansatz für dieses Dilemma könnte insbesondere für die deutsche Automobilindustrie weitreichende Folgen haben. Die dänischen Pläne könnten nämlich mit einem EU-weiten Verkaufsverbot von diesel- oder benzinbetriebenen Neuwagen Rechtssicherheit erhalten.

Alternativ könnte Dänemark aber auch versuchen, mit der Unterstützung weiterer EU-Länder in Brüssel eine Ausnahmeregelung durchzusetzen. Diese würde es dann Einzelstaaten erlauben, ein Verbrenner-Verbot einzuführen. Laut Angaben des sozialdemokratischen Umweltministers Dan Jørgensen kann Dänemark bei seinem Vorstoß auf Unterstützung von zehn weiteren Mitgliedsstaaten bauen.

Tatsächlich hat sich auch schon Schwedens ebenfalls sozialdemokratischer Ministerpräsident Stefan Löfven in einer Regierungserklärung dafür ausgesprochen, in

seinem Land den Verkauf von Neuwagen mit Verbrennungsmotoren ab 2030 auslaufen zu lassen. Auch aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Irland und Schottland sind bereits Verbotspläne für Verbrennungsmotoren bekannt geworden.

In Deutschland hat der Geschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), Jürgen Resch, einen Ausstieg aus der Verbren-

mit rund fünf Millionen Einwohnern gilt nämlich weltweit als Vorreiter bei der Elektromobilität. Vergangenes Jahr lag der Marktanteil von reinen Elektroautos und Plug-in-Hybriden bei 49 Prozent. Erreicht wurde dieser Anteil mit einer starken Benachteiligung von Käufern herkömmlicher Autos und massiven Vorteilen für die Nutzer von Elektroautos. Norweger, die sich für den Kauf eines

Anreizen ist die Zahl von E-Autos in Oslo bis Ende 2018 auf einen Anteil von zwölf Prozent aller Fahrzeuge angestiegen.

Allerdings sind Zweifel angebracht, ob sich das norwegische Modell auf andere Länder übertragen lässt. Norwegen gehört zu den wohlhabendsten Ländern der Welt. Der Wohlstand des mit großen Gasvorkommen gesegneten Königreiches Norwegen liegt

herkömmlichen Personenkraftwagen zu halten für die Fälle, in denen lange Strecken zurückgelegt werden müssen. Auf die E-Autos wird dann nur zurückgegriffen, um in Oslo die eingeräumten Privilegien nutzen zu können.

Das Vorhaben der dänischen Regierung, ein EU-weites Verbot für die Neuzulassung von Autos mit Verbrennungsmotoren bis 2030 durchzusetzen, dürfte vermutlich an Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien scheitern, die immer noch über starke Autoindustrien verfügen. Kopenhagens Vorstoß, Verbote auf nationaler Ebene einführen zu dürfen, hat dagegen recht gute Erfolgsaussichten. Noch das alte EU-Parlament hatte sich im vergangenen Jahr beispielsweise auf eine drastische Verschärfung der Kohlendioxidgrenzwerte für Neuwagen verständigt. Die Abgeordneten forderten eine Senkung der Werte um 40 Prozent von 2020 bis 2030. Zudem wurden die Autobauer aufgefordert, bis 2030 mindestens 35 Prozent Autos mit geringem oder gar keinem Kohlendioxid-Ausstoß zu verkaufen.

Der europäische Autoherstellerverband Acea sprach angesichts solcher Forderungen von einer notwendigen „dramatischen Umwandlung in Rekordzeit“. Der deutsche Verband der Automobilindustrie (VDA) äußerte die Hoffnung, dass sich „Positionen durchsetzen werden, die durch Vernunft und Augenmaß geprägt sind“.

Sollte sich in den kommenden Jahren eine Politik durchsetzen, die ein Verkaufsverbot von Neuwagen mit Diesel- und Benzinmotor oder gar ein Zulassungsverbot beinhaltet, könnten die großen Autobauer insgesamt so unter Zugzwang geraten, dass sie die Weiterentwicklung von Motoren und weiteren Automodellen einstellen. Ganz offen ist in diesem Zusammenhang vonseiten sogenannter Klimaschutzaktivisten von einer „regulatorischen Stellschraube“ und einem „industriepolitischen Hebel“ die Rede. N. Hanert



Typisch: Elektroautos (Tesla) in Norwegen (Oslo)

Bild: pa

nungsmotorentechnik bis 2025 gefordert. Auch in Norwegen fordert der starke Lobbyverband der Elektroautobesitzer schon ab dem Jahr 2025 ein landesweites Verbot von Neuwagen mit Verbrennungsmotor.

Das Land ist zwar kein EU-Mitglied, ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren hätte aber eine erhebliche Symbolwirkung. Das skandinavische Land

E-Autos entscheiden, brauchen weder die Mehrwertsteuer von 25 Prozent zu zahlen noch die sonst übliche Sondersteuer für Autokäufer.

Hinzu kamen bislang Privilegien bei der Osloer City-Maut und den Parkgebühren sowie die Berechtigung, mit E-Autos Busspuren nutzen und in Oslo an Ladesäulen Strom kostenlos laden zu können. Mit diesem Füllhorn an

deutlich über dem von EU-Ländern. So würde Oslos Anreiz-Politik zur Durchsetzung von Elektroautos die finanziellen Möglichkeiten vieler Staaten überfordern. Für viele Norweger stellen die deutlich höheren Anschaffungskosten für E-Autos kein Problem dar. Auch ermöglicht es der nationale Wohlstand vielen norwegischen Käufern von Elektroautos, sich nebenher weiterhin einen

Entwicklungshilfe für China

Bundesregierung scheut Änderungen am Zahlungsverhalten

China, das gerade mit großem Pomp den 70. Jahrestag der kommunistischen Machtergreifung gefeiert hat, steht an dritter Stelle der deutschen Entwicklungshilfe. Absurd, wie jetzt ein FDP-Parlamentarier meint.

Die Wirtschaft der Volksrepublik boomt seit Jahren, auch wenn sich der Anstieg infolge des Handelskrieges mit den USA erstmals verlangsamt hat. Dennoch überwiegt die Bundesregierung allein im Jahr 2017 rund 630 Millionen Euro Entwicklungshilfe an Peking. Für den FDP-Politiker Olaf in der Beek ist das unbegreiflich. China gehöre längst zu den „Gebeländern“, in den Jahren 2000 bis 2016 hat China allein in Afrika rund 180 Milliarden Euro an eigener Entwicklungshilfe investiert, erklärte der Entwicklungshilfepolitiker im SWR.

China ist nach Indien und Syrien der drittgrößte Zahlungsempfänger deutscher Entwicklungshilfe – mit steigender Tendenz. Seit 1979 summieren sich die Zahlungen, die Deutschland an Peking überwiegt, auf 9,6 Milliarden Euro. Auch Entwicklungshilfeminister Gerd Müller hatte der Zeitung „Die Welt“ im Juni gesagt, dass das Verhältnis neu ausgerichtet werden müsse. Aller-

dings sei dies schwierig, weil China ein wichtiger Handelspartner aber gleichzeitig auch Wettbewerber Deutschlands ist.

Damit unterstützt der deutsche Steuerzahler ein Land, das genug Geld hätte, um sich selbst zu helfen. In Internetbranchen wie Finanztechnologie und E-Commerce ist China vielen Industrieländern weit voraus – und im Gegensatz zu Deutschland in der Lage, einen Großflughafen in fünf Jahren fertigzustellen. China ist

Deutschland zahlt, weil Klimaziele nicht erreicht werden

führend bei modernster Kerntechnologie, unterhält ein Weltraumprogramm, um nur einige Leistungen aufzuzählen.

Dabei gibt es eine Entscheidung der Bundesregierung, China keine bilaterale Entwicklungshilfe mehr zu geben. Diese datiert auf einer Entscheidung des damaligen Entwicklungshilfeministers Dirk Niebel (FDP) aus dem Jahre 2009. Doch wegen des mangelnden Willens Chinas zur Einhaltung der Klimaziele ist die deutsche Entwicklungshilfe immer wieder von

dieser Entscheidung zurückgetreten. Dabei ist bei der Elektromobilität China deutlich weiter als Deutschland. 2018 wurden in China nach offiziellen Angaben erstmals deutlich mehr als eine Million Elektroautos verkauft, weitaus mehr als in Deutschland, wo nur rund 68 000 E-Autos verkauft wurden.

Während die deutsche Entwicklungshilfe der Volksrepublik bei der Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und der Agenda 2030 helfen soll, finanziert China im In- und Ausland weiter neue Kohlekraftwerke und setzt weltweit auf fossile Energie. Dennoch glaubt man in der deutschen Regierung offenbar weiter, dass sich das Reich der Mitte in deutsche Klima- und Umweltvorstellungen einbinden lasse.

Während China eine an eigenen Interessen orientierte langfristige Entwicklungsstrategie in Afrika betreibt, stürzt sich die deutsche und europäische Afrika-Politik auf panikartige, kurzfristige Strategien zur Fluchtvermeidung. Dabei ist die EU, die Afrika mit hochsubventionierten billigsten Produkten der Agrarindustrie überflutet und dort Existenzen vernichtet, selbst eine der größten Fluchtursachen in Afrika.

Bodo Bost

Die orangene Steueroase

Gewinne über die Niederlande steuerfrei in die Karibik transferiert

Auf die Möbelkette Ikea kommen in den Niederlanden nachträgliche Steuerforderungen im Millionenbereich zu. Laut Medienberichten stehen Steuerermittlungen der EU-Kommission gegen den schwedischen Konzern vor dem Abschluss. Die EU-Wettbewerbsbehörde ist dem Verdacht nachgegangen, dass Ikea durch die steuerliche Behandlung in den Niederlanden einen unfairen Vorteil erhalten hat. Konkret unter die Lupe genommen wurden zwei Steuervorbescheide der niederländischen Steuerbehörden aus den Jahren 2006 und 2011.

Bereits seit Längerem hat Ikea sein Geschäftsmodell auf ein Franchisekonzept umgestellt. Dabei zahlen die Ikea-Geschäfte weltweit eine Franchisegebühr in Höhe von drei Prozent ihres Umsatzes an die Gesellschaft Inter IKEA Systems B.V. in den Niederlanden. Deren Steuerbelastung wurde in der Vergangenheit erheblich durch Zahlungen von Lizenzgebühren gemindert. Empfänger der Zahlungen war ein anderes Unternehmen der Ikea-Gruppe mit Sitz in Luxemburg. Im Jahr 2011 wurden die Eigentumsrechte von dieser Luxemburger Gesellschaft dann auf Inter IKEA Systems B.V. in den Niederlanden übertragen. Finanziert wurde dies mit einem Milliar-

den-Darlehen einer Liechtensteiner Stiftung. Die niederländische Steuerverwaltung erließ hierzu einen zweiten Steuervorbescheid, in dem dieser gruppeninterne Kredit ebenfalls steuermindernd anerkannt wurde.

Bereits im Jahr 2017 hat die EU-Kommission eine Prüfung der steuerlichen Behandlung in den Niederlanden eingeleitet. Kernpunkt war dabei die Frage, ob die nach Luxemburg überwiesenen Lizenzgebühren oder der später ge-

EU-Kommission kurz vor Abschluss im Ikea-Fall

zahlte Kaufpreis für das geistige Eigentum wirtschaftlich angemessen waren. Zu hoch angesetzte Geldflüsse würden für den Versuch sprechen, die Steuerbelastung auf die Franchisegebühren in den Niederlanden künstlich herunterzurechnen. Laut Medienberichten steht die EU-Kommission nun kurz davor, die Ermittlungen abzuschließen.

Im Fall der Kaffeehauskette Starbucks hatte die EU-Kommission in einem Steuerstreit unlängst eine Niederlage einstecken müssen.

MELDUNGEN

Griechenanleihe ohne Rendite

Athen – Griechenland ist es erstmalig gelungen, eine dreimonatige Staatsanleihe im Volumen von rund 500 Millionen Euro mit einer Rendite von minus 0,02 Prozent am Markt unterzubringen. Der griechische Staat profitiert dabei vom weltweit niedrigen Zinsniveau. Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hatte im September zudem eine Wiederaufnahme ihres Anleihekaufprogramms angekündigt. Die EZB will ab November monatlich wieder Anleihen im Volumen von 20 Milliarden Euro ankaufen. N.H.

US-FED kauft wieder Anleihen

New York – Die amerikanische Notenbank Federal Reserve hat den Kauf von Staatsschuldtiteln mit kurzer Laufzeit angekündigt. Monatlich will die US-Fed Papiere im Volumen von etwa 60 Milliarden Dollar erwerben. Die Ankäufe der sogenannten T-Bills sollen mindestens bis ins zweite Quartal des kommenden Jahres andauern. Bis mindestens Januar 2020 will die Notenbank mit sogenannten Übernachtgeschäften den Banken des Landes auch zusätzliche Liquidität bereitstellen. Hintergrund dieser Hilfen ist eine angespannte Lage am US-Geldmarkt. N.H.

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.918.433.842.108 €

Vorwoche: 1.918.474.588.396 €

Verschuldung pro Kopf:
23.108 €

Vorwoche: 23.108 €

(Dienstag, 15. Oktober 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

N.H.

Verpasst

Von Erik Lommatzsch

Die SPD ist am Ende. In den Worten des „Forsa“-Gründers Manfred Güllner: „Die SPD ist in der Auflösung begriffen. Ein neuer Vorsitzender wird das nicht ändern.“

Es dürfte schwerfallen, dieser These des langjährigen Chefs eines renommierten Meinungsforschungsinstituts zu widersprechen. In der „Sonntagsfrage“ bezüglich der Bundestagswahl erreicht die SPD derzeit nur selten die 15-Prozent-Marke, die Werte tendieren eher in Richtung des einstelligen Bereichs. Auch in den Ländern macht sich der freie Fall der Partei bemerkbar. In der – einstigen – sozialdemokratischen Hochburg Bremen kam sie bei den Wahlen im Mai hinter die CDU, erreichte aber trotz großer Verluste immerhin noch knapp 25 Prozent. Anderswo ist sie von derartigen Ergebnissen weit entfernt, in Sachsen waren es im September gerade einmal 7,7 Prozent.

Es ist noch gar nicht so lange her, da machten die Spitzenkandidaten von Union und SPD den Kampf um das Amt des Regierungschefs wie selbstverständlich unter sich aus. Diesbezügliche Möglichkeiten scheinen für die SPD stetig in weitere Ferne zu rücken, ein letzter Halt wird in Koalitionen mit immer mehr Partnern gesucht.

Überzeugendes Spitzenpersonal hat die SPD nicht mehr aufzubieten. Frank-Walter Steinmeier bescherte seiner Partei bereits bei der Bundestagswahl 2009 ein katastrophales Ergebnis von nur 23 Prozent. Kandidat Peer Steinbrück war 2013 von Anfang an sichtlich lustlos, und Martin Schulz unterbot Steinmeier 2017

noch einmal um 2,5 Prozent. Von ihrer Vorsitzenden Andrea Nahles war die eigene Partei so wenig angetan, dass sie ihr im Juni nach gerade mal einem reichlichen Jahr die Tür wies. Bezeichnend ist, dass der Posten des Parteivorsitzenden, der zumindest früher die Kanzleroption beinhaltete, inzwischen offenbar so unattraktiv ist, dass keiner der drei derzeit kommissarischen Vorsitzenden Interesse angemeldet hat. In einem langwierigen, sich noch bis Dezember erstreckenden Abstimmungsverfahren wird nun eine neue „Doppelspitze“ bestimmt. Viele Bewerber sind der breiteren Öffentlichkeit unbekannt.

All dies sind jedoch eher Symptome des Niedergangs der Partei. Die Ursachen liegen tiefer.

Güllner diagnostiziert, die SPD habe die „Mitte verloren“ und schwenke „immer weiter nach links“. Das ist fraglos ein

Aspekt. Zu ergänzen wäre, dass das äußere linke Feld bereits besetzt ist, das Zeitgeistfeld erst recht. Vor allem aber hat die SPD ihr wichtigstes Klientel im Stich gelassen. Dies ist nicht mehr unbedingt der „klassische“ Arbeiter, allerdings der sozial schwächer Gestellte oder der „Schlechterverdienende“.

Der FDP haftet das Etikett „Partei der Besserverdienenden“ an. Die Liberalen fühlen sich damit seltsam unwohl, obwohl es sich durchaus um eine berechtigte Interessenvertretung handelt. Wesentliche Aufgabe der SPD wäre es gewesen, langfristig und nicht nur gegenüber der FDP, als große „Partei der Schlechterverdienenden“ aufzutreten. Platz verlassen, Wähler und Zukunft verpasst.

Platz verlassen, Wähler und Zukunft verpasst

Nach Pizza kommt Steak

Von Christiane Rinser-Schrut

Kent Hahne ist nicht unbedingt als Gründer der Apeiron Restaurant und Retail Management GmbH, sondern als Mitbegründer der Pizzeria-Kette Vapiano bekannt. Im Februar 2019 folgte ein Krisenbericht dem nächsten; Umsatzziele wurden verfehlt, Aktienkurse brachen ein, eine zu schnelle Expansion (Vapiano-Filialen in 33 Ländern) wurden als Krisenursache angegeben. Wie gut, dass Hahne schon Jahre zuvor seine Anteile an und seine Restaurants der Marke verkauft hat. Mit seiner neuen Firma führt er nun die Systemgastronomieketten L'Osteria (Pizzeria), The Ash (American Steak House), Bullitt (Burger und Wings, übernimmt die Fleischreste des Steakhouses), und GinYuu. Bei der Marke GinYuu, was thailändisch so viel wie „einfach essen, leicht

leben“ heißt, läuft es nicht so gut. Das liegt nach eigenen Angaben daran, dass die Kunden im mittleren Preissegment noch nicht an die asiatische Küche gewöhnt seien. Die Zeit der Selbstbedienungsgastronomie sei vorbei; das war wohl die bittere Lehre der Vapiano-Krise. So wird nun an dieser Schraube bei dem Asia-Restaurant gedreht, von der es bislang nur zwei laufende Filialen gibt. Eine wurde nach kurzer Zeit wieder geschlossen, Mietverträge für geplante vorzeitig gekündigt. Wie gut, dass die relativ neue Marke „The Ash“ läuft. Steaks, Steaks und nochmals Steaks – ob da wohl die Klimabilanz stimmt?

Erst vor Kurzem wurde das achte Steakhouse in Bochum eröffnet. Viel Platz, ein zentral platzierter Lavagrill, eine meterhohe lange Theke mit allem, was zu Fleisch schmeckt und Hochtische – das sind die Erkennungsmerkmale dieser Systemgastronomiekette. Essen soll zum Erlebnis werden.

Wo ist nur die Zeit geblieben, in der es hieß: „Wir gehen heute zu Renate essen“ und meinte damit, die gutbürgerliche deutsche Küche zwei Straßen weiter? Nach einer wissenschaftlichen Untersuchung der Carlson School of Management liegt Deutschland bei der Liste der Anteile von Restaurants mit einheimischer Küche auf dem letzten Platz. Auch welt-

weit belegt die deutsche Küche nur Platz zwölf von 20 der beliebtesten kulinarischen Richtungen. Systemgastronomie, angefangen bei McDonalds über Pizza- und Asia-Imbisse bis hin zu hochwertigeren Restaurantketten sprießt hingegen wie Pilze aus dem Boden. Hier weiß der Kunde schon vor seiner Bestellung, wie das Essen schmecken wird, und dabei ist es egal, ob er sich in Deutschland oder in England befindet. Gastronome mit nur einem Lokal können bei den Preisen kaum mithalten und verlieren viel zu häufig den Kampf gegen die Einheitsküche. Dabei geht nicht nur der individuelle Geschmack und ein Stück Kultur verloren, auch das persönliche Gespräch mit dem Wirt und die Erfüllung von ganz eigenen Wünschen bleibt auf der Strecke. Da sag ich nur: „Mahlzeit!“

Deutsche Küche kaum in Deutschland vorhanden



Trotz guter Lage an der evangelischen Kirche St. Georg geschlossen: Das Altdeutsche Bier- und Speiselokal Dorfkrug im Bremer Stadtteil Huchting

Bild: Imago/Eckhard Stengel

Kaum tritt im kollektiven Greta-Wahn eine kleine Ermüdung ein, so nimmt sich eine neue Erscheinung der Aufgabe an, die Menschheit in Unruhe zu halten. Es ist die „Extinction Rebellion“ (XR, Rebellion gegen das Aussterben), versehen mit einer exzellenten Organisation, Finanzierung, Presse und einem Emblem, der Sanduhr. Diese weist auf das Ende allen Lebens hin und mahnt dazu, sich dagegen zu erheben.

Wer meint, die Übergabe der Welt-Errettung-Fackel sei, pünktlich wie sie abläuft, ein erfreulicher Zufall, der glaubt auch, dass der Weihnachtsmann die Ostereier legt. Weltweite Bewegungen entstehen nicht einfach von selbst, sie müssen konzipiert, organisiert und mit ausreichenden Finanzmitteln versehen werden. All das braucht eine hochprofessionelle Führung, ohne diese kommt nichts zustande.

So geben die Leute von XR in Großbritannien völlig unbekümmert bekannt, dass sie freiwillige Helfer suchen, sogenannte XR volunteers, denen sie pro Mann und Woche 400 Pfund gegen das Versprechen bieten, dass sich diese den Prinzipien von XR unterordnen. Je mehr jemand ansonsten dem Staat auf der Tasche liegt und sonst nichts zu tun hat, umso leichter wird er das Angebot annehmen.

Auf anderer Bühne, mit eigenen Mimen, aber mit demselben Stück agiert die Bundesregierung. Sie hat dem Publikum das sogenannte Klimapaket vorgelegt, Applaus heischend und unter erheblicher Eigenwerbung. Große Dinge waren dabei nicht zu erwarten und sind auch nicht drin. Eines aber beinhaltet das Konvolut, das ebenso bemerkenswert als wenig beachtet ist.

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall, „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Das Klimapaket begründet Vorschriften, von denen einige bis tief in den privaten Bereich der Bürger hineinwirken. Das betrifft vor allem das Heizen und die Beweglichkeit, sei es nun mit dem Auto oder dem Flugzeug. All das, zusammen mit weiteren Punkten, soll einmal jährlich geprüft werden. Da stellt sich die Frage, ob dann ein Kommissar in der Tür steht und von einem Hausbesitzer Auskunft darüber verlangt, warum er im Winter seine Räume auf 22 Grad geheizt und sich nicht mit 18 Grad begnügt hat. Mit anderen Worten: Kontrollen dieser Art sind nur von einem Staat durchzuführen, der einen totalitären Charakter angenommen hat.

Das alles ist den Grünen und ihren Kumpanen im Geiste allzu wenig. Sie fordern einen stetig steigenden Kohlendioxidpreis, Ölheizungen werden, falls es nach ihnen geht, bald nicht mehr erlaubt, ebenso Autos mit Verbrennungsmotor. Das Fliegen soll deutlich teurer werden. Geplant sind auch Druckmittel, die den Menschen den Fleischkonsum erschweren, wenn nicht verbieten, dafür wird die vegetarische und vegane Ernährung gefördert.

Auch hier gilt: Ein Staat oder eine Partei, die sich anmaßt, den Bürgern vorzuschreiben, was und wie viel sie essen sol-

Die Öko-Diktatur nimmt Gestalt an

Von FLORIAN STUMFALL

len, trägt totalitären Charakter. Und auch hier stellt sich die Frage nach der Kontrolle. Diese verlangt immer nach einem Eingriffsrecht. Wenn sich ein solches auf die persönlichste Lebensgestaltung erstreckt, so ist es endgültig aus mit der Freiheit.

Natürlich kann derzeit noch niemand, der sich dagegen wehrt, in Straftat genommen werden, noch nicht. Doch es gibt andere Wege. In der Ausgabe 3/10 des „Psychotherapeutenjournals“ („PTJ“) wird die „Klimaleugnung“ als psychische Krankheit beschrieben, die in ihrer schlimmsten Form so aussieht: Es ist die „Überkompensation“, die zum „Kreuzritertum gegen den Klimaschutz“ und zur „aggressiven Leugnung der existenziellen Bedrohung“ führen könne. Diese Gruppe versuche, ihrer Todesangst aus dem Weg zu gehen, indem sie eine „symbolische Unsterblichkeit“ erreichen wolle und was sich die Seelenklempner noch so einfallen lassen. Die Rede ist auch von einer „akuten Eigen- oder Fremdgefährdung“. Diese entbindet den Therapeuten von der ärztlichen Schweigepflicht und reicht als Grund aus für eine zwangsweise Verabfolgung von Medikamenten und die Einweisung in eine psychiatrische Einrichtung.

Wer sich nun damit trösten will, dass dies die Auffassung irgendeines Spinners sei, dem sei gesagt, dass das „PTJ“ das Organ der Bayerischen Landeskammer der Psychologischen Psychotherapeuten ist,

der jeder Psychotherapeut zwangsweise angehört und die in ihrem Bereich hoheitliche Aufgaben ausführt. Alles ist vorbereitet für die Möglichkeit, jeden in ein Narrenhaus zu sperren, der die offizielle Theorie in Sachen Klimawandel anzweifelt. Die Öko-Diktatur nimmt Gestalt an.

Überraschen kann die Verbindung von Klima-Diskussion und Totalitarismus keineswegs. Beide brauchen für ihr Funktionieren die Angst. Vorgeblich gilt es, die Menschheit vor der Vernichtung zu bewahren. Diesem Ziel wäre natürlich alles andere unterzuordnen – Wünsche der privaten Lebensgestaltung, die gesellschaftliche Gliederung, die politische Ordnung, kulturelle Eigenheiten und Vorlieben, endlich Weltanschauung und Freiheit.

Die klassische Alternative der bisherigen Ideologien bestand darin, dass man eine gute Welt versprach anstelle der vorgefundenen schlechten. Heute reicht das nicht mehr aus. Die Alternative heißt jetzt: unsere Welt oder gar keine. Dies ist der gedankliche Hintergrund, wenn ein Herr Grönemeyer während eines Konzerts emphatisch plärrt, er und seinesgleichen würden „diktieren“, wie die Gesellschaft auszusehen habe.

In einem politischen Milieu, in dem der Widerspruch auch nur als störend und endlich als schädliche Krankheit empfunden

den wird – sei es von der volonté générale (allgemeiner Wille) des Jean-Jacques Rousseau, sei es durch die politische Korrektheit – gilt er als bald als strafbar. Abweichende Meinungen werden systematisch unterdrückt. Es regiert die Behauptung, der Sachstand sei unbestritten und die Wissenschaft einer Meinung. Abweichende Darstellungen sind aus Presse und elektronischen Medien weitestgehend verbannt, und das Publikum hat das hinzunehmen.

Wo es darum geht, die Freiheit einzuschränken und auf längere Sicht abzuschaffen, darf natürlich Brüssel nicht fehlen. Von dort kommen in diesem Kontext Tagesbefehle in reicher Zahl, vom Verbot der herkömmlichen Glühbirne über zahllose Effizienz-Vorgaben für Produkte aller Art bis hin zu genormten Wasserhähnen und Vorschriften für eine bessere Isolierung von Türen und Fenstern, als wüsste man nicht, dass derlei Schimmelbildung in den Räumen hervorruft.

Der niederländische Ökonom und Publizist Hans Labohm, jahrelang ständiger Vertreter der Niederlande bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und dort Mitglied des Ausschusses für Entwicklungshilfe, prognostiziert die möglichen Folgen der Klimadebatte: „Wir werden mit einer schleichenden Kollektivierung unserer Gesellschaften rechnen müssen – sofern die Klimapolitik fortgesetzt wird, die praktisch alle politischen Parteien vertreten, die derzeit an der Macht sind. Rechnen wir die gegenwärtige Entwicklung hoch, werden wir letztlich bei einer Art Öko-Plan- und Kommando-Wirtschaft landen.“ Da aber eine derartige Wirtschaftsform mit einer politischen Kommando-Ordnung einhergeht, führt dieser Weg unabwendlich zur Unfreiheit.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltansicht aufs Korn genommen.

Die Verwandlung des Gregor Sander

Wendezeit aus Sicht eines Drogisten – Berliner Autor stellt neuen Roman auf Frankfurter Buchmesse vor

Als Gregor Sander eines Morgens aus unruhigen Träumen erwachte, fand er sich in einem neuen Staat wieder. In Abwandlung von Kafkas Erzählung „Die Verwandlung“ könnte man das beschreiben, was dem Berliner Autor Gregor Sander widerfahren ist.

„Ich habe so viel gemacht, dass ich eigentlich nur noch Schriftsteller werden konnte“, sagt Gregor Sander. Für seine Erzählungen wurde Sander vielfach ausgezeichnet, sein Romandebüt „abwesend“ von 2007 war für den Deutschen Buchpreis nominiert, und das Drehbuch seines Werkes „Was gewesen wäre“ stammt ebenfalls aus seiner elektronischen „Feder“ und kommt als Film mit Christiane Paul und Ronald Zehrfeld am 21. November in die deutschen Kinos.

Der neue Roman „Alles richtig gemacht“ (Penguin Verlag, 240 Seiten, 20 Euro) des 1968 in Schwerin geborenen Schriftstellers ist bereits in aller Munde, wird in Kultursendungen des Landes in den höchsten Tönen gelobt und vom Autor an diesem Wochenende auf der Frankfurter Buchmesse vorgestellt. Die Geschichte liefert einen Einblick in die Lebensläufe der „Generation Wende“. Sie handelt von den Freunden Thomas und Daniel, die sich als Jugendliche kennenlernten und es sich im vereinigten Deutschland, den veränderten Umständen entsprechend, so angenehm wie möglich machen.

Den ironisch gemeinten Titel „Alles richtig gemacht“ will Sander doppeldeutig verstanden wissen. „Wenn einem das große Ding gelungen ist, kann man sagen: alles richtig gemacht. Man kann es aber auch sagen, wenn alles schief gegangen ist“, meint Sander. Was er selbst im Leben richtig gemacht hat, mögen andere entscheiden. Er hoffe jedoch, dass die Leute von ihm sagen, er habe gute Bücher geschrieben. Es sei ihm wichtig, dass man ihn als freundlichen Menschen sehe, der auch zuhören könne.

Was ist das für einer, den manche als ersten deutschen Nachwendeauteur bezeichnen, der Autoren bewundert, die 800 Seiten lange Bücher verfassen, der bei Lesungen mit tosendem Applaus vom Publikum begrüßt wird und doch eher bescheiden auftritt, so als ob ihn der plötzliche Erfolg beinahe überrumpelt hätte und er sich stets erinnern müsse, dass es auch Zeiten gab, als noch nicht

wohnen ein Gymnasium. Darin einen der wenigen Plätze zu ergattern, war äußerst schwierig. Da im ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden dieser auch alle Bereiche des täglichen Lebens kontrollierte, wurde ebenfalls darüber entschieden, wer zum Abitur zugelassen wurde und wer nicht. Sanders Notendurchschnitt von 1,3 nützte da wenig. Erst nach einer „Eingabe“,

vor der Altersbegrenzung zur Aufnahme an der Schule fand der heute so erfolgreiche Autor 1996 an der Berliner Journalistenschule einen Ort, an dem er sich äußerst wohlfühlte.

Die Lerninhalte gefielen ihm, der eigentlich immer nur schreiben wollte. Jetzt hatte Sander Mut, sich für ein Stipendium zu bewerben, was auch gleich klappte. Er sei richtig von sich selbst

kung aus dem häuslichen Umfeld. Gleichzeitig arbeiten außer ihm dort noch andere Leute in verschiedenen Professionen. Sander werfelt hier an seinen Büchern und, wie zuletzt, auch an einem Drehbuch gleichzeitig, was ganz schön anstrengend war. Einmal in der Woche steht er der „Kulturpresseschau“ bei Deutschlandfunk Kultur zur Verfügung.

Im jüngst erschienenen Werk wollte der Autor weg vom Klischee der Plattenbauten und dass es in der DDR kein Privateigentum gegeben habe. So arbeitet der Vater des Protagonisten Thomas Zeit seines Lebens in der eigenen Drogerie, bis ihn das neue System mit den großen Drogerie-Ketten dazu zwingt, sein Geschäft aufzugeben. Ohne seinen Laden, der von Generation zu Generation in der Familie weiter vererbt wurde, möchte auch er nicht mehr leben. Eigentlich wollte Sander in diesem Buch die DDR außen vor lassen. Dieses sei ihm aber nur bedingt gelungen, eines der 16 Kapitel spielt in der Vorwendezeit. „Es hatte sich nach der Wende wirklich alles geändert“, sagt er, „von der Krankenversicherung bis zur Berufsausbildung, vom Schulsystem bis zum Mietvertrag. Abiturzeugnisse wurden um ein paar Kommastellen abgewertet.“ Für junge Menschen sei das machbar, für Ältere sei es oft eine Überforderung gewesen.

Vom „Deutschland einig Vaterland“ seien wir leider noch ein ganzes Stück entfernt, meint Sander. Und auf die Frage, was wir Deutsche seiner Meinung nach tun müssten, um wieder ein vereinigtes Volk zu werden, antwortet der Schriftsteller beinahe weise: miteinander reden, nicht übereinander. *Silvia Friedrich*

Am 18. Oktober startet Sander in Frankfurt eine Lesetur, die ihn bis März unter anderen nach München (23.10.), Berlin (31.10., 8.1.) Köln (27.11.) und Potsdam (25.3.2020) führen wird. Alle Termine im Internet unter: www.randomhouse.de/termine/66177.rhd



Erfolgreicher Autor der „Generation Wende“: Gregor Sander

Bild: Thorsten Futh

alles so glatt lief? Er sei jemand, der in den letzten 50 Jahren viele Erfahrungen gemacht habe, für die er aber auch dankbar sei, lässt er wissen.

Was lange währt, wird endlich gut. Selten trifft der Inhalt eines Sprichwortes so sehr zu wie auf Sander, der seit 20 Jahren in Berlin-Mitte wohnt und sich mit Frau und zwei Söhnen auch dort zu Hause fühlt.

„Ich wollte nicht die Ausbildung zum Schlosser mit Abitur machen“, sagt Sander, aber zum Abitur wurde er im sozialistischen Teil Deutschlands zunächst nicht zugelassen. In Schwerin gab es zu DDR-Zeiten bei 130 000 Ein-

dem Oberbegriff für Beschwerden aller Art in der DDR, gelang es ihm, doch noch zum „Instandhaltungsmechaniker mit Abitur“ ausgebildet zu werden. Der Spaß am Beruf spielte dabei keine Rolle.

Sander wechselte sofort nach Ende der Ausbildung in die medizinische Richtung als Krankenpfleger und zu einem kurzen Intermezzo an der medizinischen Fakultät der Universität Rostock.

Der Autor bewundert Ärzte und ihren Beruf, seiner sei es jedoch nicht. Da ihn die Literatur immer interessiert hat, begann er an der Berliner Humboldt-Universität ein Studium der Geschichte und Germanistik. Endlich und kurz

beeindruckt gewesen, als ihm das gelang, lässt er wissen. Und plötzlich ging es aufwärts mit dem, was er am liebsten tat: schreiben. 2002 erschien der Erzählband „Ich aber bin hier geboren“, es folgten Preise und Stipendien, darunter auch 2012 eines an der Queen Mary University of London.

Ein Tag im Leben des Gregor Sander in Berlin beginnt so profan wie überall mit der Frühstückszubereitung für die Kinder. Danach geht es ins Büro, das sich in einer alten Fabrik in einem anderen Berliner Bezirk befindet. Hier ist er ungestört, auch ohne Internet, in dem man sich verliehen kann, und ohne jede Ablen-

Tätowierter Jesus

Kontrastreiches Nebeneinander im Bamberger Diözesanmuseum

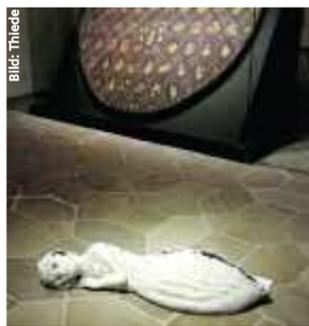
Das Bamberger Diözesanmuseum beherbergt bis zu 1000 Jahre alte sakrale Schätze von Weltrang. Sie haben unter dem Motto „Der Funke Gottes!“ Besuch von zeitgenössischen Werken bekommen. Die stammen von 60 internationalen Künstlern. Zum Motto äußert Kurator Alexander Ochs: „Wir sind überzeugt, dass jedes gute Kunstwerk einen spirituellen Antrieb in sich trägt, der sich dem Publikum mitteilt. Diesen nennen wir den Funken Gottes.“

Das heißt allerdings nicht, dass alle Gastwerke religiösen Charakter haben. Ai Weiwei etwa fällt mit einer 2000 Jahre alten Vase aus China auf, die er 2017 mit dem roten Coca-Cola-Schriftzug „verschönert“ hat. Inmitten von Hostienbehältern und Reliquiaren wirkt sie wie ein Fremdkörper.

Harmonisch reihen sich hingegen Karsten Konrads „Torno“ betitelte Stelen in die Gruppe der kunstvoll gestalteten Prozessionsstäbe (18. Jahrhundert) der Bamberger Zünfte ein. Und doch unterscheiden sie sich deutlich voneinander: Konrad hat Vasen und anderen ausrangierten Hausrat aufgestapelt, um ihnen zu Würde und Schönheit zu verhelfen.

Zwei Christustdarstellungen, die fast 900 Jahre auseinanderliegen,

bilden ein irritierendes Nebeneinander. Das mit 83 Zentimetern außergewöhnlich große romaneske Kruzifix aus Elfenbein (um 1130/40) ist eines der eindrucksvollsten Werke der Sammlung. Der Körper des wie schlafend wirkenden Gekreuzigten ist bis auf die Handwunden makellos. Ob man das auch vom neben ihm hängenden Schmerzensmann



Ikemuras „Funke Gottes“

behaupten will, ist Geschmacksache. Gemalt hat ihn Marianna Gartner. Titel: „Tattooed Jesus“ (2004). Einerseits erscheint es respektlos, dass Gartner den Körper Jesu mit zahlreichen Tätowierungen „verschandelt“ hat. Andererseits wirkt ihr Gemälde wie eine moderne Votivgabe (Weihegeschenk) in der Tradition der

Hervorbringungen der Volksfrömmigkeit, wie sie noch heute in vielen Kapellen zu finden sind.

Weltberühmt ist das Museum für seine von Kaiser Heinrich II. und seiner Gemahlin Kunigunde an den Bamberger Dom gestifteten Mäntel. Die Goldstickerei des viel bewunderten „Sternenmantels“ (um 1020) zeigt Christus als Weltenherrscher, umgeben von den zwölf Sternzeichen. Vor den Prunkmänteln des als Heilige verehrten Kaiserspaars liegt ein mit-leiderregendes Wesen. Seine Augenhöhlen sind leer, der Oberkörper weist Schnittwunden auf. Die japanisch-schweizerische Malerin Leiko Ikemura wählte für ihre Bronzeskulptur einen Titel, der uns alle betrifft: „Memento mori – Sei dir der Sterblichkeit bewusst.“

So ungewöhnlich wie die Schau ist die „Ausschilderung“ der Exponate. Sie besteht nur aus Nummern, um dem Publikum eine unverstellte Annäherung an die Werke zu ermöglichen. Deren Erläuterung liefert dann das Begleitheft. *Veit-Mario Thiede*

Bis 10. November im Diözesanmuseum Bamberg, Domplatz 5, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr, Eintritt 10 Euro. Internet: www.diocesamuseum-bamberg.de

Frühe Karrierefrau

Eine Wiedergutmachung für das Wunderkind Clara Schumann

Es war eigentlich eine perfekte Künstler-Symbiose: Der Komponist Robert Schumann und seine als Pianistin auftretende Ehefrau Clara befruchteten sich zu Lebzeiten gegenseitig. Während Clara nach ihrem Tod beinahe in Vergessenheit geriet, strahlte der Stern ihres Mannes umso heller. In Leipzig, wo Clara Schumann geborene Wieck am 13. September 1819 geboren wurde (siehe PAZ vom 13. September), sorgt man im Stadtgeschichtlichen Museum für eine Art Wiedergutmachung.

Unter dem Titel „Frauenliebe & Leben. Clara Schumann zum 200. Geburtstag“ zeigt man dort eine das Jubiläum abschließende Ausstellung, in der die Künstlerin und die Persönlichkeit Clara Schumann gewürdigt werden. Das Besondere hierbei: Die Besucher können selbst andere Gäste zu einem Kurzkonzert am Klavier einladen.

In den drei Themenbereichen „Das Leipziger Wunderkind“, „Die große Liebe“ und „Frauenleben“ zeigt die Ausstellung, wie und um welchen Preis es Clara Schumann gelang, ihre Pianistinnenkarriere zu verfolgen. Nach ihrer Hochzeit wusste sie ihre künstlerischen Ideale mit großer Leidenschaft und Arbeitsdisziplin sowie

Selbstbehauptung und Familiensinn zu verbinden. Sie war damit eine Ausnahme in der männerdominierten Gesellschaft des Biedermeiers. Konfliktfrei verlief das alles nicht: Liebe, Erschöpfung, Rivalität zwischen den Eheleuten, Schicksalsschläge, Genie und Wahnsinn gehören zum Bild dieses Star-Künstler-Liebespaars der Romantik.



Clara als 16-Jährige, 1835

Clara Schumanns Lebenselixier war und blieb dabei das Klavier. Es steht im Mittelpunkt der Ausstellung: Ein moderner Flügel, der die Präsenz des Klaviers im Leben Clara Schumanns und die Aura eines Konzertpodiums andeutet – und der auch von den Besuchern zum Klingen gebracht werden darf. Flankiert wird er von einem

MELDUNGEN

Kirche bald wieder nutzbar

Berlin – Die Sanierung der von Karl Friedrich Schinkel entworfenen Friedrichswerderschen Kirche ist abgeschlossen. Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK) wird das Kirchengebäude ab dem zweiten Quartal 2020 wieder als Ausstellungsraum für die Alte Nationalgalerie nutzen und dort eine auch international ausgerichtete Ausstellung zur Skulptur der Schinkelzeit präsentieren. Rund sieben Jahre war das von der SPK für Ausstellungen ihrer Skulpturensammlung genutzte Kirchengebäude nur von außen erlebbar, weil das Entstehen neuer Bauwerke in der unmittelbaren Nachbarschaft gravierende Schäden an der zwischen 1824 und 1830 erbauten Kirche verursacht hatte, die vom Boden bis zur Decke reichten (die PAZ berichtete). *tws*

»Konversation« in zwei Bildern

Berlin – „Gerard ter Borch: Die galante Konversation. Ein Meisterwerk und seine virtuosen Varianten“ heißt die Ausstellung, die vom 17. Oktober bis 29. Februar 2020 in der Gemäldegalerie des Berliner Kulturforums am Matthäikirchplatz zu sehen ist. Gerard ter Borch (1617–1681) gilt als einer der wichtigsten Genre-maler des goldenen Zeitalters der holländischen Malerei. Von seinem ikonischen Meisterwerk „Die galante Konversation“ – unter anderem von Goethe in den „Wahlverwandtschaften“ verewigt – haben sich zwei nahezu identische Versionen erhalten, die sich heute in der Berliner Gemäldegalerie und dem Rijksmuseum Amsterdam befinden. Erstmals seit über 350 Jahren werden beide Bilder nun in einer Ausstellung zusammengeführt – bereichert durch Wiederholungen, Teilkopien und Nachahmungen der berühmten Darstellung. *tws*

Haus Böttchergäßchen, Böttchergäßchen 3, 04109 Leipzig, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr, Eintritt: 5 Euro, freier Eintritt an jedem ersten Mittwoch im Monat. Internet: www.stadtdggeschichtliches-museum-leipzig.de

Symbol für den Terror der Roten Armee

Vor 75 Jahren verübten Sowjetsoldaten in der ostpreussischen Ortschaft Nemmersdorf ein Massaker an deutschen Zivilisten

Das im Oktober 1944 von Rotarmisten in der ostpreussischen Ortschaft Nemmersdorf begangene Massaker an deutschen Zivilisten steht bis heute exemplarisch für die vielen Kriegsverbrechen der sowjetischen Streitkräfte während des Zweiten Weltkrieges.

Im Sommer 1944 war die Rote Armee bis an die Grenze zu Ostpreußen vorgestoßen, verfügte dann aber über keine ausreichenden Ressourcen für weitere Angriffe mehr. Allerdings wollte der sowjetische Generalstab anlässlich des 27. Jahrestages der Oktoberrevolution am 7. November 1944 erneute Erfolgsmeldungen verkünden. Deshalb plante er für den Oktober eine Doppeloffensive der 1. Baltischen Front unter Armeegeneral Hovhannes Baghramjan und der 3. Weißrussischen Front unter Armeegeneral Iwan Tschernjachowski. Das Ziel der Doppeloffensive bestand in der Zerschlagung der 3. Panzerarmee der Wehrmacht unter Generaloberst Erhard Raus und der 4. deutschen Armee unter General der Infanterie Friedrich Hoßbach als Voraussetzung für die nachfolgende Eroberung Ostpreußens.

Die 1. Baltische Front stieß ab dem 5. Oktober 1944 in Richtung Memel und zur Ostseeküste vor. Dabei kam es zu ersten Begegnungen mit deutschen Zivilisten, die mit Plünderungen, Vergewaltigungen und Erschießungen endeten. Dass es sich hierbei um keine Einzelfälle handelte, zeigt die Offensive der 3. Weißrussischen Front ab dem 16. Oktober im Bereich zwischen Memel und Sudauen. Vier sowjetische Armeen, darunter auch die 11. Garde-Armee unter Generaloberst Kusma Galizki, traten auf 90 Kilometern Frontbreite zur Gumbinnen-Goldaper Operation an, in deren Verlauf der Durchbruch nach Königsberg erzwungen werden sollte. Das Vorhaben scheiterte indes an heftiger deutscher Gegenwehr. Jedoch gelang es der Roten Armee während der Doppeloffensive erstmals, deutsches Reichsgebiet zu beset-

zen – allein beim 60 Kilometer weit reichenden Vorstoß nach Ostpreußen hinein fielen 2000 Quadratkilometer in sowjetische Hand. Dazu kam die Eroberung der Städte Stallupönen (Ebenrode), Goldap und Sudauen.

Während der erbitterten Gefechte konzentrierte die 11. Garde-Armee am 20. Oktober 1944 star-

Angreifer damit von zentraler Bedeutung war. Allerdings befand sich Nemmersdorf ungeachtet dessen nur für anderthalb Tage in sowjetischer Hand. Die Rotarmisten mussten den Ort bereits am 23. Oktober 1944 gegen 2.30 Uhr wieder räumen, denn sie wurden nicht nur von der 5. deutschen Panzerdivision, sondern auch von

die übel zugerichteten Leichen ihrer Landsleute stießen, gehörten der Panzergrenadier-Feldwebel Helmut Hoffmann und der Soldat Harry Thürk von der Division „Hermann Göring“. Später trafen dann noch zahlreiche weitere Personen am Ort des Geschehens ein, darunter der Kreisbauernführer Fritz Feller, Himm-

überliefert. So berichtete Thürk, der es später zu einem der meistgelesenen Schriftsteller in der DDR brachte und „Konsalik des Ostens“ genannt wurde: „Ich habe tote Zivilisten auf einem eingefriedeten Misthaufen gesehen. Da lag ein älterer Mann, der hatte eine Mistgabel im Brustkorb stecken ... An einem Scheunentor,

Bandbreite der in der Literatur genannten Zahlen reicht von 19 bis etwa 100. Ebenso unklar bleiben zumeist auch die genauen Umstände des Todes der Opfer sowjetischer Mordlust. Daher wird von Seiten mancher Hobbyhistoriker wie Bernhard Fisch in Zweifel gezogen, dass es zu den geschilderten umfangreichen Vergewaltigungen und Leichenschändungen gekommen sei, und unterstellt Joseph Goebbels' Propagandaapparat, die Körper der Toten vor dem Eintreffen der Pressefotografen entsprechend präpariert und zurechtgelegt zu haben. Tatsächlich nutzten die Nationalsozialisten den Fall Nemmersdorf, um den Durchhaltenen der Deutschen zu stärken. Das heißt aber noch lange nicht, dass Augenzeugen wie Thürk gelogen oder übertrieben haben.

Jedenfalls verfügte die Siegermacht Sowjetunion nach der erneuten und diesmal endgültigen Eroberung des Tatorts Anfang 1945 über die Möglichkeit, sämtliche Beweise für die inzwischen weithin publik gewordenen Blutaten von Nemmersdorf verschwinden zu lassen. So finden sich heute in und um den Ort keine Gräber der Ermordeten mehr. Das erleichterte es der russischen Seite, das Massaker schon während des Nürnberger Prozesses abzustreiten und zu suggerieren, die „Hitlerfaschisten“ hätten das alles selbst inszeniert – eine Haltung, von der Moskau nie abgerückt ist.

Doch unabhängig davon, welche Lügen das Land der Täter verbreitet, liegen akribischen Nachforschungen des Bundesarchivs aus der Mitte der 1970er Jahre zufolge östlich von Oder und Neiße noch um die 3300 weitere Tatorte, an denen Rotarmisten 1944/45 deutsche Zivilisten abgeschlachtet haben. Das berechtigt zweifellos dazu, von systematischen sowjetischen Kriegsverbrechen zu sprechen, die nun schon ein Dreivierteljahrhundert lang ungestraft geblieben sind. *Wolfgang Kaufmann*



Nach der kurzfristigen Rückeroberung Nemmersdorfs: Ein Wehrmachtssoldat untersucht die Leiche eines getöteten Flüchtlings

ke Kräfte an einem Frontabschnitt zehn Kilometer südöstlich von Gumbinnen. Dadurch gelang es dem 2. Bataillon der 25. Panzerbrigade Galizkis am Morgen des 21. Oktober, die 600-Seelen-Gemeinde Nemmersdorf zu erreichen. Dort stand die weit und breit einzige für Panzer passierbare Brücke über den Fluss Ange-rapp, deren Inbesitznahme für die

Stoßtrupps des Panzergrenadier-Ersatzbataillons 413 und Einheiten der Fallschirm-Panzer-Division „Hermann Göring“ attackiert. Trotzdem hatte die Zeit ausgereicht, um unter den in Nemmersdorf verbliebenen Zivilisten und Flüchtlingen aus der Umgebung ein Blutbad anzurichten.

Zu den ersten Deutschen, die am Morgen des 23. Oktober auf

lers Leibarzt Karl Gebhardt, Major Hans Hinrichs vom Oberkommando der Wehrmacht, der Kriegsgerichtsrat Paul Groch und Hauptmann Karl Fricke vom Oberkommando der 4. Armee sowie einige Kriegsberichterstatter, Parteifunktionäre und höhere Chargen der SS beziehungsweise Geheimen Feldpolizei. Von diesen sind diverse Zeugenaussagen

am rechten Torflügel, war eine Frau angenagelt.“ Andere berichteten, sie hätten die Leichen ermordeter Kinder und Frauen gefunden – wobei die weiblichen Deutschen ganz offensichtlich auch auf viehische Weise vergewaltigt worden seien.

Wie viele Menschen bei dem Massaker von Nemmersdorf starben, ist bis heute umstritten. Die

Ein Ford Frankreichs und ein Pétain des Autobaus

Louis Renault war ein begnadeter Konstrukteur mit unternehmerischem Geschick – Vor 75 Jahren starb er 67-jährig in Paris

Theorie war nicht die Sache des Louis Renault, und Theoretikern stand er bis zu seinem Lebensende skeptisch gegenüber. Seine Leidenschaft galt dem Tüfteln. Der am 15. Februar 1877 in Boulogne-Billancourt, einem der vornehmsten Vororte von Paris, geborene Sohn eines bedeutenden Tuchfabrikanten eignete sich autodidaktisch das Funktionieren moderner Technik an. Dafür ließ er schon mal die Schule ausfallen. 1888 legte er sich in seinem Kinderzimmer elektrisches Licht und ein Jahr später versteckte er sich im Tender einer Lokomotive, um das Funktionieren einer Lok kennenzulernen. Als 14-Jähriger bekam er von seinem Vater einen alten Motor geschenkt, den er mit Hingabe auseinandernahm, um auch das Funktionieren dieser Errungenschaft der Technik zu ergründen.

In einem Holzschuppen auf dem Grundstück seiner Familie in Boulogne-Billancourt baute er 1898 einen Dreiradwagen von De Dion-Bouton in ein vierrädriges Automobil um. Der Umbau war bereits ein Innovationsträger. Renault ersetzte nämlich die übliche Kraftübertragung mittels Ketten durch ein von ihm konstruiertes Drei-Gang-Getriebe mit Kardanwelle zur Übertragung der Kraft

vom Motor auf die Hinterachse. Das war eine Innovation, die sich Renault patentieren ließ. Die Leistungsfähigkeit seines Umbaus stellte Renault 1898 öffentlichkeitswirksam unter Beweis, indem er mit seiner „Voiturette“ (Autochen, Kleinwagen) die immerhin 13 Prozent Steigung aufweisende Rue Lepic zum Montmartre erklimmte. Das beeindruckte. Weihnachten jenes Jahres gilt als der Beginn des Unternehmens Renault, denn damals ging ein Dutzend Bestellungen für Renaults Auto ein.

Rund zwei Monate später gründete Louis Renault mit seinen beiden wohlhabenden Brüdern Marcel und Fernand das Automobilunternehmen Renault. Das nötige Kapital stammte von den Brüdern und Lizenzgebühren. Der erfinderrische Renault ließ sich nicht nur den Antrieb der Hinterräder über eine Kardanwelle, sondern auch die einschraubbare Zündkerze, den Turbokompressor, den Sicherheitsgurt und die Trommelbremse patentieren.

Das Unternehmen expandierte schnell. Bereits 1910 war es der größte Automobilbauer des Kontinents. Seine Produkte waren leistungsstark. Das bewies diverse Autorennen unter Beteiligung von Renaults – im doppelten Wortsinn,

denn Louis und Marcel Renault setzten sich auch selbst hinter das Steuer. Die Motorsporterfolge waren gute Werbung. Allerdings verunglückte Marcel Renault 1903 bei einem Wettbewerb tödlich. Und Fernand erkrankte 1908 schwer und starb im darauffolgenden Jahr. Lois Renault blieb als Einziger übrig.

Noch zu Lebzeiten Fernand Renaults ergatterte Renault einen wichtigen Großauftrag. Die Pariser Taxiinnung bestellte insgesamt 250 Fahrzeuge. Das ermöglichte Renault nicht nur den Einstieg in die Serienproduktion, sondern war auch wichtig für den Nimbus. Denn der Transport französischer Soldaten durch vom Staat konfiszierte Pariser Taxis zur siegreichen Schlacht an der Marne während des Ersten Weltkriegs ist legendär. Dieses erwies sich für Renault ebenso als werbewirksam wie der kaum weniger legendäre Renault FT, der im Ersten Weltkrieg entwickelte und eingesetzte erste Panzer mit selbsttragender Wanne und drehbarem Geschützturm. Renault wurde im Ersten Weltkrieg in seinem Land zum nationalen Helden, zu einer Art Philippe Pétain des Automobilbaus.

Abgesehen von diesem Nimbus aus dem Ersten Weltkrieg sowie der Qualität und Fortschrittlich-

keit der Fahrzeuge profitierte Renault auch von effizienten Produktionsprozessen. Renault war ein Anhänger des sogenannten Taylorismus. Ähnlich wie Henry Ford mit der Fließbandarbeit setzte er auf konsequente Arbeitsteilung. Folgerichtig besuchte er wenige



Louis Renault

Jahre vor Beginn des Ersten Weltkriegs Ford und dessen Unternehmen. Letzterer ließ sich das gefallen, denn damals konkurrierten die beiden Autobauer noch nicht auf einem globalen Markt. Renault war begeistert. Dem ersten Besuch 1911 folgte 1928 ein zweiter. Nach der Rückkehr von der zweiten

USA-Reise begann Renault mit dem Bau eines neuen Werkes zusätzlich zum Stammsitz in Boulogne-Billancourt. Nach Fords Vorbild erhielt dieses Werk das mit eineinhalb Kilometern längste Fließband außerhalb der USA.

Die um diese Zeit einsetzende Weltwirtschaftskrise vermochte Renault im Gegensatz zu anderen Unternehmen nicht zu destabilisieren. Renault hatte eine ungemäin breite Produktpalette, die über Kraftfahrzeuge aller Klassen noch hinausreichte. Einbrüche in einzelnen Segmenten konnten so kompensiert werden. Zudem arbeitete Renault kaum mit Fremdkapital. Angebote der Banken, mit ihm zusammenzuarbeiten, schlug er aus. Renault wollte autark und unabhängig sein. Das führte bei Renault auch zu einer enormen Fertigungstiefe. Er wollte nicht von Zulieferern und deren Qualität abhängig sein. Dieses Bestreben, unabhängig, unumschränkter Herr über den und im eigenen Betrieb zu sein, kostete Renault nicht nur bei den Banken, sondern auch bei den Gewerkschaften und der politischen Linken Sympathien, möglicherweise ein Grund für seinen plötzlichen, relativ frühen Tod.

So gut Renault beim Ausbruch der Weltwirtschaftskrise aufgestellt war, so kalt erwischte ihn der

Zweite Weltkrieges, mit dessen Ausbruch er bis zuletzt nicht gerechnet hatte. Um eine Zerschlagung seines Lebenswerkes durch die deutschen Besatzer zu verhindern, versuchte er, sich mit diesen zu arrangieren. Wie dem Marschall von Frankreich und Staatsoberhaupt des Französischen Staates (Vichy-Frankreich) Pétain wurde ihm Kollaboration vorgeworfen.

Eingeladen zu einem Verhör fand sich Renault auf Anraten des mit ihm befreundeten Präsidenten der Anwaltskammer am 22. September 1944 im Pariser Justizpalast ein und wurde trotz vorheriger Zusicherung freien Geleits vom Untersuchungsrichter verhaftet. Einen guten Monat später war er tot. Woran der 67-Jährige am 24. Oktober 1944 plötzlich starb, ist bis heute ungeklärt. Die offizielle Todesursache lautete Harnvergiftung. Doch auch von tödlichen Misshandlungen in der Gefängniszelle ist die Rede. Laut seiner Ehefrau Christiane Renault raunte er ihr bei einem Besuchstermin zu: „Ich habe Angst, sie werden mich töten ... diese Kerle ... nachts kommen sie!“ Das Lebenswerk des Toten, beziehungsweise das, was alliierte Bomber davon übrig gelassen hatten, wurde entschädigungslos verstaatlicht.

Manuel Ruoff

Reisegrund: Tod oder Familienfeier

Wie die DDR reagierte, wenn Angehörige ihrer Bewohner im Westen starben oder einen runden Jahrestag begingen

Die Nachricht vom Tod naher Angehöriger ist traurig und an sich völlig unpolitisch, aber unter den Bedingungen der deutschen Teilung machten die SED-Funktionäre daraus einen politisch hochbrisanten Vorgang, der allerdings öffentlich nicht bekannt werden durfte.

Friedrich Dickel, Minister des Innern der DDR und Chef der Deutschen Volkspolizei von November 1963 bis November 1989 regelte am 12. April 1976 in einer internen Ordnung Nr. 110/76, dass die behördlichen Todesmitteilungen aus der Bundesrepublik nur nach vorheriger Prüfung durch die Staatssicherheit an die Angehörigen ausgehändigt werden durften. Wörtlich ist in der Ordnung Nr. 110/76 zu lesen: „Wird keine Zustimmung erteilt, hat keine Benachrichtigung zu erfolgen ... Die ersuchenden Dienststellen der BRD und von Berlin (West) erhalten keine Rückinformation über die Erledigung der Ersuchen. Jeglicher Schriftverkehr der Bereiche Inneres mit der BRD und Berlin (West) auf diesem Gebiet ist untersagt.“

Doch auch, wenn die traurige Nachricht den Empfänger erreichte, war völlig ungewiss, ob eine Reisegenehmigung tatsächlich erteilt wurde, denn die Antragsteller benötigten eine „schriftliche Zustimmung der Arbeitsstelle“, ohne dass Einzelheiten zum Verfahren geregelt worden wären. Es war ein absolut willkürliches Vorgehen im Hintergrund, gegen das sich niemand juristisch wehren konnte.

So ist in der Stellungnahme eines Vorgesetzten vom 24. Oktober 1983 zu lesen: „Die Mutter unserer Kollegin S., Reinigungskraft, ist verstorben. Kollegin S. teilte es mir heute (Montag, 24.10.83) mit. Zuvor hatten mich der ABV (Abschnittsbevollmächtigte der Polizei) und eine weitere Institution angerufen. Wir einigten uns auf Ablehnung. Meine Stellungnahme hierzu: Kollegin S. ist eine wenig bzw. kaum politisch profilierte Persönlichkeit, die oftmals sehr unbeherrscht auftritt. Da wir in einer sehr angespannten Situation leben, käme es mir darauf an, daß DDR-Bürger politisch bewußt, un-

sere Friedenskonzeption vertreten können und auch in der Lage sind, die Friedensbewegungen in der BRD zu werten. Dazu ist Kollegin S. keineswegs in der Lage. Wie mir Kollegin S. sagte, wird ihr Bruder ... an der Beerdigung teilnehmen können. Somit könnte eine Brücke zwischen der noch in der BRD lebenden Schwester (bislang bei der Mutter) und unserer Kollegin S. geschaffen werden.“

Die „weitere Institution“ wird hier die Staatssicherheit gewesen sein und alle „einigten“ sich darauf, dass die Beisetzung der Mutter in

wie diese Auszüge aus den Akten belegen:

19. Dezember 1975, Reisegrund: Silberhochzeit der Schwester: „Wir haben keinen Zweifel an der Ehrlichkeit der Kolln. Z. in ihrer Haltung zu unserer Republik. Es ist aber auch klar, daß sie politisch nicht kämpferisch auftreten wird. Deshalb können wir trotz aller positiven Seiten ... keine Befürwortung des Antrages geben.“

30. Juni 1978, Reisegrund: lebensbedrohliche Erkrankung des Vaters: „Partei- und Gewerkschaftsleitung befürworten den

der Aussprache sagte ich der Genn. von W. daß wir – wenn uns auch das persönliche Problem nicht unberührt läßt – einer Lehrerin und Genossin die Befürwortung nicht geben.“

14. November 1978, Reisegrund: lebensbedrohliche Erkrankung der Mutter: „Aus diesem Grunde hoffen wir, daß sie als Bürger unseres Staates auftritt und einen klaren politischen Standpunkt vertritt.“

7. Januar 1980, Reisegrund: Beisetzung der Mutter: „Wir schätzen den Genossen R. als einen bewuß-

ist die Rechtlosigkeit unserer Bürger in der BRD. Ich kann und will es nicht verantworten, dass sich die Kolln. P. einer unbegründeten Gefahr aussetzt.“

Dieses nebulöse Zustimmungsverfahren auf der Arbeitsstelle zeigt deutlich auf, dass Willkür ein zentrales Herrschaftsinstrument des SED-Staates war, um sich die Menschen gefügig zu machen. Ein gesicherter, gerichtlich einklagbarer Rechtsanspruch wurde immer dann unterbunden, wenn es politisch wurde. Dann herrschten allein willkürliche Maßnahmen

er zu ihr nach West-Berlin übersiedeln, denn sie durfte wegen einer Einreiseperrre nicht in die DDR einreisen. Sie schrieb mehrere Briefe an die DDR-Behörden und drohte damit, die bundesdeutsche Presse einzuschalten, was die SED-Funktionäre wohl sehr verärgerte. Schließlich gaben sie nach und der Mann bekam die „Position 4“ auf der Ausreiseliste vom 4. Dezember 1980. Die Übersiedlung zur Mutter stand kurz bevor. Doch das Schicksal wollte es anders. Am 15. Dezember 1980 starb der Mann. In einem Brief der Abteilung Inneres des Rates der Stadt ist zu lesen: „Die geschiedene Ehefrau lehnt jegliche Aktivitäten einer Beisetzung ab. Aus den bisherigen Aktivitäten der Mutter ist zu entnehmen, daß diese an einer Überführung nach Berlin-West interessiert ist. Wir sind in Übereinstimmung mit den Sicherheitsorganen an einer Einreise der Frau ... nach ... zwecks Beisetzung nicht interessiert. Frau ... steht in der Sperrkartei. Wir bitten um Einleitung entsprechender Maßnahmen. Eine Information durch uns nach West-Berlin erfolgte nicht.“

Die Akte endet mit einem kleinen handschriftlichen Zettel, auf dem am 24. Dezember 1980 vermerkt wurde: „mit VO (Verbindungsoffizier) des MfS abgestimmt am 22.12.80 zurück Gen. S. teilt mit – nichts veranlassen – Mutter sollte nicht benachrichtigt werden – absetzen von Liste und Ablage.“

Wann diese Mutter vom Tod ihres Sohnes erfahren hat und wann sie erstmalig Blumen auf sein Grab legen konnte, war der Akte nicht zu entnehmen. An der Einreise einer ehemaligen DDR-Bürgerin zwecks Beisetzung waren die SED-Genossen „nicht interessiert“. Sie mussten sich dafür vor niemandem rechtfertigen und im Artikel 86 der Verfassung waren die schönen Worte zu lesen: „Die sozialistische Gesellschaft, die politische Macht des werktätigen Volkes, ihre Staats- und Rechtsordnung sind die grundlegende Garantie für die Einhaltung und die Verwirklichung der Verfassung im Geiste der Gerechtigkeit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Menschlichkeit.“ *Heidrun Budde*



Ein menschliches Bedürfnis: Einem Nahestehenden das letzte Geleit zu geben

Bild: pa

der Bundesrepublik ohne die Tochter stattzufinden habe. So einfach war das und kein Gericht durfte diese Entscheidung nachprüfen.

Vorgesetzte, die ihre beruflichen Karrierechancen nicht riskieren wollten, beugten sich dem Druck und akzeptierten den aufgezwungenen politischen Zusammenhang für jede private Reise in die Bundesrepublik. Das führte zu einer Angepasstheit der Bürger, die mitunter bizarre Züge annahm,

Antrag, da unserer Meinung die Gewähr dafür gegeben ist, daß die Kollegin B. in der BRD wie ein bewußter Staatsbürger unserer sozialistischen DDR auftreten und pünktlich zurückkehren wird.“

27. September 1978, Reisegrund: Hochzeit des schwer kranken Bruders: „Ich erläuterte der Genn. von W. noch einmal ‚Grundregeln‘ für Reisen in die BRD. Diese müßten ihr als Genossin ohnehin bekannt sein ... Im Verlaufe

ten Genossen, der über einen festen Klassenstandpunkt verfügt und ihn jederzeit vertritt.“

23. April 1982, Reisegrund: 70. Geburtstag der Mutter: „Das schönste Erlebnis müßte ja wohl für die Oma sein, wenn sie ihren Geburtstag im Kreise ihrer Angehörigen in der DDR verbringt. Diese Begründung ist aber nur die eine Seite, die mich bewog, keine Befürwortung auszusprechen. Die andere, viel entscheidendere Seite

außerhalb der Rechtsordnung. Das zeigt ein weiterer Aktenvorgang zu einem Todesfall in der DDR auf.“

Eine Mutter, die 1978 legal als Rentnerin aus der DDR nach West-Berlin verzogen war, machte sich 1980 große Sorgen um ihren zurückgebliebenen erwachsenen Sohn. Er war Epileptiker, war inzwischen geschieden und hatte starke Alkoholprobleme. Die Frau wollte ihm helfen, und dazu sollte

Millionen Dollar lösten sich in Luft auf

Am Schwarzen Freitag platzten die vielen Träume vom schnellen Reichtum

Das abrupte Ende der sogenannten Goldenen Zwanziger kam am 25. Oktober 1929, dem Schwarzen Freitag, der eigentlich ein Donnerstag war, mit einem massiven Absturz der Aktienkurse an der New Yorker Wallstreet. Milliardenvermögen lösten sich in Luft auf. Der Börsenkrach verursachte eine Wirtschaftskrise, deren schwerwiegende Folgen auf der ganzen Welt zu spüren waren. Die Wirtschaft benötigte 25 Jahre, um sich von diesem Schock zu erholen.

Die Zeitverschiebung machte aus dem Schwarzen Donnerstag, an dem die Börse in New York zusammenbrach, in Europa den Schwarzen Freitag. Die Nachricht von den Turbulenzen erreichte Europa erst mit einem Tag Verzögerung. Und auch dann deutete man die Ereignisse von New York nicht richtig. Die Kurse an den europäischen Börsen stiegen sogar leicht an, man hoffte, nun werde Kapital aus den Staaten ins sichere Europa fliehen. Doch in den Staaten gab es kein Halten mehr. Die Wirtschaft wurde in einem Strudel abwärts gerissen.

Alarmsignale hatte es schon zuvor genügend gegeben. An der Wallstreet waren die Kurse schon länger merkbar abgesackt. Man hatte das zur Kenntnis genommen – und achselzuckend weitergemacht. Eine kleine Verstimmung an der Börse, das würde vorübergehen. Hatten die Kurse nicht seit 1924 um 300 Prozent zugelegt? Der Erste Weltkrieg hatte aus den weltweit verschuldeten USA einen Staat gemacht, bei dem andere Länder in der Kreide standen. Nach Inflation und Währungsschnitten glaubten die Menschen nicht mehr an den Sinn einer langfristigen Geldanlage. Es wurde nicht gespart, der internationale Geldmarkt war überflutet. Die Wirtschaft plante für morgen, nicht für übermorgen, kurzfristige Kredite waren gefragt.

Nach dem Mangel der Kriegsjahre schwappte die Konsumwelt hoch. Es musste viel nachgeholt, vieles ersetzt werden. Und viele Erfindungen kurbelten die Kaufreue an: Auto, Radio, Film, Perlon und Nylon – alles neu. In Detroit baute man jährlich fünf Millionen Autos zusammen. Aktien von Auto- und Radiobauern wa-

ren so begehrt wie später in den 90er Jahren Internetaktien bei den Kleinaktionären. Die Welt, so schien es, erfand sich neu. Die Industrieproduktion wuchs innerhalb von zwei Jahren um 25 Prozent. Wer an diesem Aufschwung teilhaben wollte, der spekulierte an der Börse. Nur leider konnte der Markt nicht die Mengen der Waren aufnehmen, die im Überschuss produziert wurden. Doch als das bemerkt wurde, war es zu spät. Die überhitzte Produktion förderte vor allem in den Staaten die Erwartung ständig steigender Aktienkurse. Der gehandelte Wert der Papiere lag weit über dem tatsächlichen Wert der Unternehmen. Es wurde gekauft, ohne lange zu fragen. Vielfach auch ohne eigenes Geld. Aktien wurden auf Kredit erworben, die Schulden sollten mit dem erwarteten Gewinn beglichen werden. Jeder wollte ein Stück vom Kuchen.

Im Rückblick waren Warnsignale klar erkennbar. Warum sie auf der Jagd nach dem leichten Gewinn gerne übersehen wurden, zeigte jüngst die Wiederholung der Krise im Jahr 2008. Sie hatte beim Zusammenbruch der Invest-

mentbank „Lehman Brothers“ dieselben Symptome. Nur war es 2008 nicht die Jagd auf Aktiengewinne, sondern das Platzen der Immobilienblase in den USA. Das Gemenge war jedoch das Gleiche. Der Finanzmarkt verfügte über Geld im Überfluss. Kredite wurden den Kunden förmlich aufge-drängt. Wer sie in einem Haus anlegte, benötigte keine weitere Sicherheit, das Haus genügte. So kamen auch Bürger an Geld, die kein Geld hatten. Kredite wurden an Leute vergeben, die weder über Job noch Einkommen verfügten. Das Geschäft florierte, bis die Immobilienblase überdehnt war und die Welt abermals in wirtschaftlichen Turbulenzen taumelte. Wie 1929 hatte man wieder einmal alle Warnzeichen ignoriert.

Auch 1929 begann der Niedergang an der Börse nicht über Nacht. Seit Anfang Oktober standen auf den Kurszetteln fast nur noch Minuszeichen. Es dämmerte den Anlegern, dass sich die Hoffnung auf baldigen Reichtum nicht erfüllen könnte. Der Abwärtstrend beschleunigte sich, bis am 20. Oktober gemeldet wurde:

„Verkaufswelle sinkender Aktien überschwemmt den Markt.“

Die Anleger überkam Angst. Diejenigen, die ihr Ersparnis angelegt hatten, fürchteten um ihr Geld, diejenigen, die auf Pump spekuliert hatten, fürchteten, ihre Schulden nicht begleichen zu können. Die Unruhe war so spürbar, dass die Polizei am 23. Oktober das Umfeld der Wallstreet abspernte. Am folgenden Tag brach die Panik aus. Die Anleger versuchten, ihre Aktien zu verkaufen, ganz gleich für welchen Preis. Mehrfach brach der Markt zusammen.

Die Bosse der Finanzimperien versuchten mit einem bewährten Trick, die Situation zu retten. Sie ließen durch bekannte Händler mit vorzüglichem Ruf mitten im Absturz große Mengen an Papieren kaufen. Das stoppte vorübergehend den Abwärtstrend. Die beteiligten Banken schlossen den Tag sogar mit leichtem Gewinn ab, sie waren eingestiegen, als die Kurse besonders niedrig waren, anschließend zogen sie wieder an. Aber Hunderttausende Kleinanleger hatten ihr Geld verloren. Zudem hatten die mechanisch be-

triebenen Börsenticker die Kursstürze nicht mehr bewältigen können. Sie lieferten noch Katastrophenmeldungen, als die Katastrophe abgewendet schien.

Ein Sprecher der Bankenbosse betonte inmitten der Turbulenzen, es sei nicht Aufgabe der Banken, einen Aktienkurs zu halten oder die Profite der Anleger zu schützen. Diese Worte beschleunigten den Absturz, die Kleinanleger fühlten sich verraten. Einige Aktien verloren 99 Prozent ihres Wertes. An einem einzigen Tag wurden 16410030 Aktien an der Wallstreet verramscht.

Millionen Anleger verloren ihr Ersparnis, kleinere und größere Vermögen. Der Absturz beschränkte sich nicht auf einige Tage. Er hielt an, 90 Prozent des in Aktien angelegten Geldes der US-Amerikaner löste sich bis 1932 in Luft auf. In den Staaten waren 30 Millionen Menschen ohne Arbeit. Wichtige Industrien waren zusammengebrochen, große Banken ebenso. Erst 1959 erreichten die Aktienkurse an der Wallstreet wieder die Höhe, auf der sie vor dem Absturz 1929 gestanden hatten. *Klaus J. Groth*

Moment der Woche



Bild: Ina J. / ImagesCHROMORANGE

Der Tourismus in Deutschland legt weiter zu. Im Jahre 2018 zählte das deutsche Beherbergungsgewerbe 478 Millionen Übernachtungen, das waren 29 Prozent mehr als zehn Jahre zuvor.

Traumziel Deutschland

Auf die Einwohnerzahl umgerechnet ist Mecklenburg-Vorpommern das erfolgreichste deutsche Reiseland. Hier zählten die Statistiker 19 touristische Übernachtungen pro Einwohner im Jahre 2018. Bei den absoluten Zahlen liegen beispielsweise die großen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen vorn auf der Liste der meistbesuchten Urlaubsziele. *H.H.*

Auf die Einwohnerzahl umgerechnet ist Mecklenburg-Vorpommern das erfolgreichste deutsche Reiseland. Hier zählten die Statistiker 19 touristische Übernachtungen pro Einwohner im Jahre 2018. Bei den absoluten Zahlen liegen beispielsweise die großen Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen vorn auf der Liste der meistbesuchten Urlaubsziele. *H.H.*

Von Psychopathen geführt

Persönlichkeitsstörungen sind bei der politischen Karriere oft sogar hilfreich

Wenn von Psychopathen in der Politik die Rede ist, dann fallen meistens die Namen von historischen Personen, wie Mao, Stalin oder Hitler. Derartige Darstellungen sollen zu dem Schluss führen, Menschen mit Persönlichkeitsstörungen könnten sich nur in autoritär oder totalitär organisierten Ge-

Führungskräfte drei bis viermal so oft verhaltensauffällig

sellschaften ihren Weg zu den Schalthebeln der Macht bahnen, wohingegen man in einer Demokratie vor solchen Gefahren schon ganz grundsätzlich gefeit sei. Doch dies ist eine Fehlannahme.

Aus der psychologischen Forschung ist seit Langem bekannt, dass sich Personen mit krankhaften psychischen Auffälligkeiten überdurchschnittlich häufig in Führungspositionen wiederfinden. Persönlichkeitsstörungen, wie Narzissmus, Pseudologismus oder Empathielosigkeit gelten unter einzelnen Forschern

gar als Erfolgsfaktor für den Aufstieg an die Spitze eines Unternehmens.

Während in der Normalbevölkerung nur rund vier Prozent der Menschen psychopathische Verhaltensmuster zeigen, gehen Wissenschaftler davon aus, dass der Anteil bei Führungskräften dreibis viermal so hoch liegt. Zwar existieren bislang keine eingehenderen Forschungen zur Verteilung von psychischen Auffälligkeiten unter Politikern, es gibt jedoch keine ernstzunehmenden Gründe, die gegen die Annahme sprechen, dass das politische Spitzenpersonal in unserem Land nicht in einem ähnlichen Maß von Psychopathen durchsetzt ist, wie dies auch bei Unternehmensführungen der Fall ist.

Das Umfeld, in dem Politiker und Manager heute arbeiten, kann psychopathologische Auffälligkeiten dabei durchaus bestärken. Es ist geprägt durch häufige Veränderungen, die letztlich auch soziale Normen betreffen. Dies führt zu einer Vielzahl von höchst unterschiedlichen Erwartungen, die an politische Verantwortliche herangetragen werden. Anders als in früheren Tagen werden

die gewählten Amtsträger an der Spitze des Staates auch nicht mehr automatisch als Respektpersonen wahrgenommen.

Wer morgens im Parlament den knallharten Kriminalitätsbekämpfer, nachmittags im Kabinett den ausgleichenden Taktierer und abends bei Markus Lanz den gefühlvollen Landesvater mimen muss, der hat nicht selten Schwierigkeiten, eine stabile Rollenidentität zu finden. Menschen mit einer narzisstischen Persönlichkeitsstörung fällt die Erbringung dieser Anpassungsleistung leichter.

Sie kompensieren die unterschiedlichen an sie gestellten Erwartungen schlichtweg damit, dass sie sich ein grandioses Selbstbild herbeiphantasieren. Positive Effekte schreiben sie ausschließlich ihrer eigenen Leistung zu, wohingegen die Beiträge anderer Akteure geleugnet oder kleingeredet werden. Meist umgeben sie sich mit einer Kamarilla von Mitarbeitern, die ihnen bedingungslose Loyalität erweist und ihre Entscheidungen nicht infrage stellt. Dies führt zu einer verzerrten Realitätswahrnehmung und

nicht selten dazu, dass Narzisstischen Entscheidungen mit erheblichem Risiko und fatalen Konsequenzen treffen.

Doch auch Menschen mit einer dissozialen Persönlichkeitsstörung werden von Führungspositionen angezogen. Sie zeichnen sich aus durch fehlendes Verantwortungsgedühl, einen überstei-

Stete Rollenwechsel erschüttern die eigene Identität

gerten Machtdrang, oberflächlichen Charme und überzogenes Selbstvertrauen. Ihre Mitmenschen manipulieren sie, ohne jedoch tiefgehende Beziehungen zu ihnen begründen zu können.

Es ist unschwer zu erkennen, dass solche Eigenschaften im politischen Alltagsgeschäft einen Wettbewerbsvorteil darstellen können, doch im Zentrum des Handelns von Menschen mit einer Persönlichkeitsstörung steht nicht das Allgemeinwohl, sondern die Erzielung eines psychischen Spielgewinns. *Dirk Pelster*

Als Katastrophen noch »normal« waren

Fluten, Trockenheit, Hitze- oder Kältewellen: Heute soll alles ein Vorzeichen der Apokalypse sein – Das war nicht immer so

Immer, wenn mal wieder ein paar Tage hintereinander die Sonne scheint und es über 30 Grad warm wird oder längerer Regen fällt und die Pegel der Flüsse steigen, behaupten manche Medien und „Experten“, nun schlage der Klimawandel aber mit voller Wucht zu. Dabei zeigt ein Blick in die Geschichte, dass es schon immer Wetterkapriolen gegeben hat und die Menschen damit ebenso umzugehen wussten wie mit deren Folgen, ohne gleich hysterische Weltuntergangs-Phantasien zu entwickeln. So auch in der sächsischen Hauptstadt Dresden.

Die anderthalb heißen Sommer der Jahre 2018/19 haben die Klima-Apokalyptiker zu großer Form auflaufen lassen: „In zwölf Jahren sorgt der Klimawandel für den Untergang der Welt oder zumindest der Menschheit.“ Dies verkünden mittlerweile nicht nur infantile und kognitiv beeinträchtigte Schulschwänzer, sondern auch Politiker wie die demokratische US-Kongressabgeordnete Alexandria Ocasio-Cortez, welche sich den totalen „ökologischen Umbau“ der amerikanischen Gesellschaft zum Ziel gesetzt hat.

Schaut man allerdings in die Vergangenheit, wird schnell klar, dass außergewöhnliche Wetterlagen und deren Folgen zu jeder Zeit zum Leben dazugehörten. Dies belegen nicht nur die Zahlen aus Ocasio-Cortez' Geburtsstadt New York, wo beispielsweise im Juli 1934 eine Rekordtemperatur von plus 55 Grad Celsius gemessen wurde, sondern auch die Ereignisse in und bei Dresden seit der Stadtgründung um das Jahr 1200.

Anhaltend hohe Temperaturen und daraus resultierende Dürren plagten die Menschen hier unter anderem schon 1473, 1504, 1563, 1590, 1616, 1642, 1790 (damals kam es deswegen sogar zum Kur-sächsischen Bauernaufstand), 1842, 1874, 1893, 1904, 1911, 1921, 1934, 1935 und 1954. So meldete die Chronik des Rates der Stadt für 1473: „Der Sommer war so heiß und trocken, dass es Trinkwasser nur noch gegen Geld gab.“ Und 1590 hieß es dann: „Wegen

großer Dürre blieben die Mühlen stehen. Die Elbe war fast ausgetrocknet.“ Letzteres passierte auch 1954, als der Pegel des Flusses auf unter zehn Zentimeter fiel und sich wieder einmal die legendären „Hungersteine“ auf dem Grund zeigten.

Solcherart Wetter – oder im Gegenzug eben zu wenig Sonne und zu viel Nässe – sorgte oft für schlechte Ernten, die dann schnell zu Teuerungen bei Grundnahrungsmitteln aller Art führen konnten. Hierüber wurde in Dresden ebenfalls akribisch Buch geführt: Etwa 20 Mal stiegen zwischen 1362 und 1639 die Preise für Getreide auf teilweise astronomische Höhen.

Am schlimmsten war es wohl im Jahre 1623, als der Scheffel Korn (nach Dresdner Maß 107 Liter) bis zu 26 Gulden kostete. Zur Orientierung: Der Gulden war ei-

ne Goldmünze im Gewicht von knapp 2,5 Gramm, deren Wert und damit Kaufkraft heute bei reichlich 100 Euro läge. Aber auch die vier Jahre lang anhaltende Teuerung von 1434 bis 1437, welche wahrscheinlich neben dem Wetter auch aus einem verheerenden Hussiten-Einfall und den nachfolgenden Kämpfen gegen die böhmischen Marodeure resultierte, muss den Menschen in der damaligen kurfürstlichen Residenzstadt extrem zugesetzt haben.

Wenn es nicht zu heiß und zu trocken oder zu nass war, dann wurde strenger Frost zum Problem. Dieser trat insbesondere in den Jahren 1416, 1466, 1524, 1597, 1612, 1664 und 1673 bis 1679 auf, wobei es sich bei den Kältewellen im 17. Jahrhundert um Auswirkungen der sogenannten „Kleinen Eiszeit“ handelte. Nun versagten

die Mühlen anstatt wegen Wassermangels wegen Vereisung, und in den Wäldern fielen „viel hundert Stück Rotwild ... tot um.“ Außerdem herrschte neben Hunger auch eine Weinknappheit, weil der Frost bereits im Spätsommer einsetzte und die Trauben verdarb.

Die größte wetterbedingte Geißel der Bevölkerung im unmittelbaren an der Elbe gelegenen Dresden waren freilich die ständig wiederkehrenden, verheerenden Hochwasser, bei denen der Pegel des Flusses über sieben Meter stieg, was heute zur Ausrufung der höchstmöglichen Alarmstufe führen würde.

Zwischen den Jahren 1200 und 2013 muss es um die 35 solcher extremen Hochwasserereignisse gegeben haben. Das heißt, die angeblichen „Jahrtausend-Fluten“ von 2002 (Elbpegel an der Augu-

stusbrücke neben dem Residenzschloss: 9,40 Meter) und 2013 (Pegel: 8,76 Meter) waren keineswegs einmalige Ereignisse und somit Hinweise auf den behaupteten Klimawandel in der Gegenwart. Ähnlich hoch stieg das Wasser schließlich auch schon 1845 (8,77 Meter), 1501 und 1784 (jeweils 8,57 Meter), 1655 (8,38 Meter) sowie 1862 und 1799 (jeweils 8,24 Meter).

Aus der Zeit davor existieren keine konkreten Messwerte, weswegen es durchaus im Bereich des Möglichen liegt, dass der Fluss früher noch dramatischer anschwellte. So beispielsweise während des legendären „Magdalenenhochwassers“ von Juli 1342, das ganz Mitteleuropa heimsuchte, oder in den schlimmen Flutjahren 1272, 1275, 1318, 1400, 1430 und 1432. Wenn man die in alten Urkunden benannten Schäden berücksichtigt, sind hier sogar auch Pegelstände von über zehn Metern denkbar.

Angesichts dieser vielen Naturkatastrophen, Teuerungen und Hungerjahre dürfte kaum verwundern, dass es um die Gesundheit der Menschen in Dresden oft nicht sonderlich gut bestellt war und permanent Krankheiten ausbrachen: Sei es der Scharbock (Skorbut, 1468) oder seien es der „englische Schweiß“ (eine bisher nicht identifizierte Virus-Erkrankung; 1529), „das rothe Wehe“ (Rote Ruhr; 1559) und die „hispanische Zips“ (Spanische Grippe; 1580).

Am stärksten wurde die Stadt freilich von der Pest heimgesucht – eine der gravierendsten Konsequenzen der frühen Globalisierung, denn der Erreger Yersinia pestis kam ab 1347 mit Handelsschiffen und parallel auch über die Seidenstraßen aus Asien nach Europa. Von 1349 bis 1640 registrierten die Chronisten insgesamt 22 große Pestwellen in Dresden.

Diese veranlassten Herzog Heinrich den Frommen 1540, mit seinem Hofstaat nach Freiberg zu wechseln; und 1607 flüchtete Kurfürst Christian II. vor der „Pestilenz“ nach Torgau und Annaberg. Besonders arg wütete der

„Schwarze Tod“ freilich in den Jahren 1585 und 1634. Da verzeichneten die Chronisten allein schon 2305 Tote – bei anfangs noch rund 12 000 Einwohnern: „Vorm Wilsdruffer Tor blieb kaum jeder 15. Hauswirt am Leben.“ Der absolute Höhepunkt des Sterbens lag indes wohl im Jahre 1632: „Die Pest grassierte dermaßen, dass dieses Jahr zu Alt- und Neu-Dresden ingleichen vor den Toren an die 6892 Todten gezählt wurden.“

Dennoch verfielen die Stadtväter damals nicht in Panik oder Weltuntergangsstimmung, sondern versuchten ungeachtet ihrer noch sehr begrenzten medizinischen Kenntnisse, die Seuche mittels sinnvoller Maßnahmen

Einst reagierten die Leute vor allem pragmatisch

einzu-dämmen und damit möglichst viele Bürger Dresdens zu retten. So durch das Verbot von Menschenansammlungen, die Schließung von Märkten und Wirtshäusern sowie strenge neue Vorschriften zur Reinhaltung der Straßen – außerdem stand auf das Fälschen von Gesundheitspässen jetzt die Todesstrafe. Darüber hinaus wurde auch zeitweise der Handel mit Böhmen ausgesetzt.

Dieses besonnene Vorgehen kontrastiert stark mit den aktuellen Reaktionen von „Klimaschützern“ auf Wetterereignisse jenseits des Durchschnitts. Heute wissen wir viel mehr über natürliche Zusammenhänge, was die Verfechter der grünen Quasi-Religion aber nicht daran hindert, fanatisch ihre Dogmen zu verbreiten und einen unsinnigen Vorschlag zur „Klimaretteung“ nach dem nächsten in die Welt hinauszuposaunen, anstatt nüchtern an die Problematik heranzugehen. Aber das passiert eben, wenn man lieber auf der Straße herumkrakeelt statt zu lernen und dann fehlendes Wissen durch Glauben ersetzen muss. *Wolfgang Kaufmann*



Seit Jahrhunderten wiederkehrend: Hochwasser in Dresden Anno 1890

Bild: bpk



Fluch und Segen großer Beliebtheit

Besucheransturm auf die Kurische Nehrung – Marode Infrastruktur und Unachtsamkeit der Besucher führen zu Problemen

Die Kurische Nehrung ist ein Ort, der als Touristenattraktion des Königsberger Gebiets immer beliebter wird, doch mit dem Touristenansturm häufen sich auch die Probleme.

Viele stellen sich die Frage, wie es der Perle der Ostsee angesichts des Touristenansturms geht und wohin die Kurische Nehrung sich entwickeln wird. Am Zugang zum Nationalpark herrschen bereits am Kontrollpunkt Chaos und Aufregung. Autos stehen stundenlang Schlange, um in den Nationalpark Kurische Nehrung eingelassen zu werden. Das System, nach dem Autos in den Nationalpark hereingelassen werden, ist weit davon entfernt, optimal zu sein. Alles geht genauso wie vor 20 oder 30 Jahren, als die Zahl der Pkws, die auf die Kurische Nehrung fuhr, noch deutlich geringer war. Um Zugang zum Nationalpark zu erhalten, muss man zuvor einen sogenannten Umweltbeitrag in Höhe von umgerechnet rund vier Euro pro Fahrzeug und 2,10 Euro pro Person entrichten. Zunächst muss man das Auto verlassen, um sich zum Kassenhäuschen zu begeben, vor dem sich ebenfalls lange Schlangen bilden. Hat man sein Ticket endlich erhalten, kehrt man zum Auto zurück und fährt bis zum Schlagbaum. Das heißt, während des Bezahlvorgangs hat das Fahrzeug die ganze Zeit den Weg blockiert.

Viel einfacher hat man das Problem bei der Bahn für die Fahrt von Königsberg nach Cranz gelöst: Während der Hauptsaison wurden Fahrkarten nicht nur an der Kasse,

sondern auch bei Schaffnern auf dem Bahnsteig verkauft, die über mobile Registrierkassen Fahrkarten in Sekundenschnelle ausdrucken. Die Schaffner gingen am Bahnsteig entlang und verkauften die Fahrkarten ohne lange Schlangen.

Die Leitung des Nationalparks begründet das Fehlen eines solchen Systems damit, dass das Finanzamt dies nicht gestattet. Warum es der Bahn erlaubt sein soll und dem Nationalpark nicht, bleibt unverständlich.

Weil es so viele Beschwerden wegen der langen Schlangen an der Zufahrt zur Kurischen Nehrung gab, hat Gouverneur Anton Alichanow reagiert. Er schlug vor, ein automatisches System für die Zufahrt einzurichten, das wohl aber erst im kommenden Jahr eingeführt wird.

Nicht nur die Zahl der Personenkraftwagen nimmt zu, sondern auch die der Busse Richtung Kurische Nehrung. Ihre berühmten Dünen werden stark beworben. Inzwischen wollen nicht nur Touristen aus dem Westen diesen

Ort besuchen, sondern zunehmend auch Russen.

Dabei hat sich die Infrastruktur auf der Kurischen Nehrung in den vergangenen zehn Jahren nicht ge-

ändert. Sie ist nicht nur unverändert geblieben, sondern befindet sich weithin im Verfallstadium.

Das betrifft ebenso die Siedlungen wie auch den Nationalpark selbst. Allein die große Zahl von Verkaufsstellen springt ins Auge, die wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. An Sehenswürdigkeiten wie der Düne Epha beispielsweise

und beim „tanzenden Wald“ gibt es Dutzende Kioske, Pavillons und Cafés, in denen man Souvenirs sowie Speisen und Getränke kaufen kann zu Preisen, die doppelt so hoch sind wie in Königsberg.

War die Düne Epha schon immer ein touristischer Anziehungspunkt, so hat der „tanzende Wald“ erst in den letzten Jahren an Popularität gewonnen. Dabei waren die Kiefern mit den zu Kreisen gewundenen Stämmen schon immer dort und hatten bislang keine große Aufmerksamkeit erregt.



Mal kurz zum Baden auf die Nehrung: 14 Moskauer Ausflügler kamen per Helikopter

Bild: J.T.

Erst durch die Werbekampagnen der Reiseunternehmen gibt es dort nun Massentourismus. Ein Teil der Bäume ist aufgrund der Unachtsamkeit der Besucher bereits abgestorben. Im Grunde genommen sind die Kiefern an dieser Stelle der Kurischen Nehrung nichts Außergewöhnliches, es gibt sie auch an anderen Orten, für die sich aber bislang niemand interessiert hat.

Eine ruhige und fast abgeschlossene Ecke

der Nehrung ist das Museum, das sich 14 Kilometer vom Nationalparkeingang entfernt befindet. Es gibt jetzt eine umfangreiche Freiluftausstellung, die auf Kosten der Europäischen Union entstanden ist und die davon erzählt, wie die Stämme der Kurischen Nehrung hier gelebt haben und was sie im Mittelalter getan haben. Dort befindet sich eine Rekonstruktion der uralten Siedlungen und Befestigungsanlagen, in denen die Menschen früher lebten.

Wie ehemals, sind die außergewöhnlichen, sauberen, breiten und fast menschenleeren Sandstrände bemerkenswert. Ihretwegen lohnt

es sich immer wieder herzukommen, um sich von der Stadt zu erholen. Solche Orte gibt es sonst fast nirgendwo an der Ostsee. Es ist nicht verwunderlich, dass wohlhabende Moskauer nicht nur bereit sind, weite Wege auf sich zu nehmen, um die Kurische Nehrung zu sehen. Manche fliegen ihr buchstäblich zu. So kommt es gelegentlich vor, dass die Ruhe der Badenden von Hubschrauberlärm gestört wird, wie kürzlich geschehen, als plötzlich drei Hubschrauber auftauchten, die entlang der Küste flogen, um dann steil abzustürzen und direkt am Strand von Pillkopen [Morskoje] unter den erstaunten Urlaubern zu landen, nur zwei Kilometer von der Staatsgrenze zu Litauen entfernt.

„Was ist passiert?“, fragten sich die besorgten Badegäste. Einige dachten, es sei eine militärische Übung, andere glaubten, es handle sich um eine feindliche Flugzeugattacke. Die Auflösung war denkbar banal: Es waren Moskauer, die zum Baden und Sonnen an einem tollen Strand auf der Kurischen Nehrung hergeflogen waren. Drei Hubschrauber mit 14 Passagieren an Bord hatten einen Ausflug von Moskau an die Ostsee unternommen über zwei Staatsgrenzen hinweg mit nur einer einzigen Tankfüllung.

Das alles, weil die Kurische Nehrung so „in“ ist. Und in der Tat: Vergisst man den schwierigen Zugang und die Menschenmengen und begibt sich an einen weniger stark frequentierten Ort, bietet der Nationalpark ausschließlich positive Eindrücke.

Jurij Tschernyschew

»So ein Tag, so wunderschön...«

In feierlicher Atmosphäre beging der »Verein der Deutschen in Klaipeda« sein 30. Jubiläum

Am 21. September feierte der »Verein der Deutschen in Klaipeda« sein 30-jähriges Bestehen. Im Konzertsaal von Memel [Klaipeda], dem ehemaligen Schützenhaus, versammelten sich zirka 200 Vereinsmitglieder und Gäste. Das Fest begann mit dem Lied „Ännchen von Tharau“. Mit diesem Lied präsentierte sich der Verein im Jahr 1989 zum ersten Mal offiziell während der Enthüllung des Simon-Dach-Brunnens auf dem Theaterplatz der Stadt. An die damaligen bewegenden Augenblicke dieses besonderen Ereignisses erinnerten alte Fotos – noch in Schwarz-Weiß – auf einer großen Leinwand.

Der Vereinsvorsitzende Klaus Peter Paul Grudzinskas und die Zweite Vorsitzende Marta Einars stellten die Ehrengäste vor: Vytautas Grubliauskas, Bürgermeister der Stadt Memel [Klaipeda]; Arunas Baublys, deutscher Honorarkonsul in Westlitauen; Hans-Jörg Froese, stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.; Uwe Jurgsties, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise e.V.; Friedrich-Wilhelm Böld, Landesvorsitzender der Landsmannschaft der



Gemeinsam auf der Festbühne: Veranstalter und Ehrengäste

Ost- und Westpreußen Bayern e.V.; Jelena Butkeviciene, Leiterin des Zentrums für Minderheiten-Kulturen der Stadt Memel, und die Vorsitzenden der Minderheitenvereine in Memel sowie einige Vorsitzende der Deutschen Vereine in Lettland.

Die Entwicklungsgeschichte des Vereins wurde durch Arnold Pikkaps, Vorstandsmitglied und Direktor des Simon-Dach-Hauses, und Rasa Miuller, Kulturmanagerin des Vereins, dargestellt und mit vielen Fotos auf der großen Leinwand illustriert. Zur größten Überraschung erfolgte der Auftritt des Bürgermeisters auf der Bühne zu-

sammen mit einem Streichquartett. Danach folgte sein Grußwort, in dem er die Bedeutung des Vereins in den vergangenen 30 Jahren hervorhob. Mit musikalischen Einlagen zwischen den Grußworten und Glückwünschen gestaltete sich die über zwei Stunden lange Veranstaltung für die Teilnehmer kurzweilig. Für die musikalischen Einlagen sorgten das Streichquartett, Schüler des Hermann-Sudermann-Gymnasiums, Inga Pakalniškienė, Leiterin des Chors der evangelisch-lutherischen Gemeinde, und die Gesangsgruppe Capella A. Die aktivsten Mitglieder des Vereins wurden mit Ehrenurkunden

und die Förderer mit Danksagungen ausgezeichnet. Der Abschluss des Festteils der Veranstaltung gestaltete sich sehr bewegend. Alle Musiker kamen auf die Bühne, um gemeinsam „So ein Tag so wunderschön wie heute“ zu singen. Die Teilnehmer im Saal sangen mit.

Im Anschluss waren alle Anwesenden zum Essen eingeladen. Für manche waren die den Ostpreußen so bekannten Königsberger Klopse eine Premiere. Die Getränke gab es aus der in der Stadt ansässigen Brauerei „Švyturys“.

Zum Abschluss folgte noch ein bewegender Akt: Vertreter des Vereins besuchten den ehemaligen Memeler Zivildfriedhof (bis 1945) sowie anschließend den deutschen Soldatenfriedhof, auf denen jeweils Blumengestecke in Schwarz-Rot-Gold niedergelegt wurden. Jurgsties und Froese sprachen Gedenkworte.

Am Abend vor der großen Feier, dem des 20. September, wurde am Simon-Dach-Haus eine Gedenktafel für Heinz Oppermann enthüllt, den Menschen, der durch seinen selbstlosen Einsatz von Anfang an viel für den Verein gekämpft und in Deutschland und Litauen bewirkt hat. R.M.

Rettung aus der Luft

Grieslienen erhielt Hubschrauberstützpunkt

Anfang Oktober wurde der neue HEMS-Stützpunkt (HEMS, Helicopter Emergency Medical Service, dt. Luftrettung) in Grieslienen [Gryzliny], Kreis Allenstein, offiziell eröffnet. An der Veranstaltung nahmen der stellvertretende Gesundheitsminister Waldemar Kraska, der Woiwode Artur Chojecki und der Direktor der Luftrettung, Robert Galazkowski, teil.

Zuvor war der medizinische Hubschrauberstützpunkt in einem Hangar am Flughafen Deuthen [Dajtki] untergebracht. Je nach Wetter benötigte man manchmal mehrere wertvolle Minuten, um die Maschine zu starten. Temperaturschwankungen waren schädlich für die elektronischen Geräte, was wiederum eine Bedrohung für die Hubschrauberbesatzung und die transportierten Patienten darstellte. Der neue HEMS-Stützpunkt in Grieslienen erfüllt alle Weltstandards. Der Hubschrauber ist in einem

speziellen Hangar abgestellt, von dem aus er innerhalb nur einer Minute auf Schienen auf einer speziellen Plattform herausfährt. Die Hubschrauberbesatzung hat endlich komfortable Arbeitsbedingungen. Jetzt braucht die Luftrettungsmannschaft nur noch drei Minuten um zu starten.

„Wir fliegen praktisch in der gesamten Woiwodschaft, in verschiedene Richtungen“, sagte Roman Kozłowski, Leiter der Allensteiner Abteilung der Luftrettung – „Zur Straße Nr. 7, wo wir oft eingreifen, werden wir es von Grieslienen aus noch näher haben als von Allenstein, und dann transportieren wir Menschen, die Hilfe brauchen direkt ins Krankenhaus.“

Edyta Gladkowska



Modern ausgestattet: Luftrettungsstützpunkt

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Sowa, Otto, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 24. Oktober

ZUM 101. GEBURTSTAG

Wiedenhöft, Frieda, geb. **Strauß**, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Göbel, Betty, geb. **Lagies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

ZUM 99. GEBURTSTAG

Baumgart, Erwin, aus Georgenforst, Kreis Elchniederung, am 24. Oktober

Kock, Elsbeth, geb. **Kinski**, aus Lyck, am 24. Oktober

Schweins, Gertraud, geb. **Bürgel**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 18. Oktober

Volz, Luise, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 21. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fritz, Lieselotte, geb. **Schwabe**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 20. Oktober

Grube, Christel, geb. **Meier**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 23. Oktober

Heitmann, Irmgard, geb. **Rehra**, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 21. Oktober

Pawelzik, Hildegard, geb. **Brzowska**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 19. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Eberhardt, Gertrud, geb. **Gnosa**, aus Treuburg, am 23. Oktober

Herrmann, Martha, geb. **Krapa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. Oktober

Riekers, Herta, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober

Schwemer, Herta, geb. **Bucziowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kalkowski, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober

Petz, Gertrud, geb. **Seemund**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 19. Oktober

Schmalfeldt, Helene, geb. **Schulz**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 20. Oktober

Weber, Irma, geb. **Twardy**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 117, am 21. Oktober

Welsch, Bruno, aus Altginnendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober

Zwirlein, Elfriede, geb. **Radzweit**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 22. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Klein, Gisela, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Oktober

Malinka, Helmut, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 20. Oktober

Packhäuser, Hertha, geb. **Kuberk**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 24. Oktober

Rußland, Greta, geb. **Adam**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Oktober

Soth, Irmgard, geb. **Kukowski**, aus Lyck, Bismarckstraße 57, am 23. Oktober

Storck, Leni, aus Walden, Kreis Lyck, am 21. Oktober

Sturm, Charlotte, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Pankuweit, Heinrich, aus Bonn, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 23. Oktober

Seifert, Elfriede, geb. **Kledtke**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober

Thiel, Liselotte, geb. **Noll**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober

Wieden, Ruth, geb. **Fidorra**, aus Neu Werder, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bondzio, Dr. Wilhelm, aus Lyck, am 22. Oktober

Bohnert, Fritz, aus Groß Ladtkem, Kreis Fischhausen, am 22. Oktober

Krüger, Hildegard, geb. **Koß**, aus Treuburg, am 20. Oktober

Schacht, Grete, geb. **Kutzborski**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober

Schmid, Liselotte, geb. **Bahr**, aus Fischhausen, am 19. Oktober

Skrotzki, Gertrud, geb. **Neumann**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 18. Oktober

Ziegler, Ursula, geb. **Staschik**, aus Lötzen, am 20. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Barsch, Marie, geb. **Mahnke**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober

Bergmann, Ursula, geb. **Monsehr**, aus Treuburg, am 23. Oktober

Glüsing, Gerda, geb. **Veit**, aus Wargen, Kreis Fischhausen, am 19. Oktober

Koslowski, Dieter, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 22. Oktober

Kowalski, Helga, geb. **Holz**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 24. Oktober

Luft, Dr. Volker, aus Lötzen, am 22. Oktober

Timmler, Werner, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Albrecht, Arno, aus Wehlau, am 22. Oktober

Balzer, Helmut, aus Millau, Kreis Lyck, am 20. Oktober

Böhm, Herbert, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 20. Oktober

Hanke, Elfriede, geb. **Nitschmann**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 20. Oktober

Hellmig, Gisela, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 18. Oktober

Korzen, Ernst, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 23. Oktober

Palfner, Werner, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 21. Oktober

Pogrzeba, Edith, geb. **Dolenga**, aus Regeln, Kreis Lyck, am 18. Oktober

Putzler, Irmgard, geb. **Hahn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober

Rothkamm, Hans, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 24. Oktober

Wesolowski, Herta, geb. **Tiburski**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bartosik, Werner, aus Milchhof, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

Hinze, Lydia, geb. **Preuß**, aus Schatzberg, Kreis Preußisch Eylau, am 24. Oktober

Koch, Frieda, aus Kurschen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Oktober

Petersen, Edith, geb. **Frenkler**, aus Gründann, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober

Pohlentz-Boehlke, Hannelore, aus Mohrunen, am 19. Oktober

Press, Winfried, aus Hardteck, Kreis Goldap, am 18. Oktober

Riedel, Githa, aus Insel, Kreis Lyck, am 20. Oktober

Rogalla, Hans-Jürgen, aus Seligen, Kreis Lyck, am 19. Oktober

Sbrzesny, Christel, geb. **Garwens**, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Oktober

Struppek, Horst, aus Jesken, Kreis Treuburg, am 21. Oktober

Wersing, Emmi, geb. **Marzinzik**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 18. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Arndt, Walter, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 18. Oktober

Bentrup, Inge, geb. **Kempka**, aus Ortelsburg-Waldsee, am 21. Oktober

Ebisch, Werner, aus Ebenrode, am 22. Oktober

Ewert, Rudi, aus Bladiu, Kreis Heiligenbeil, am 21. Oktober

Goeritz, Ulrich, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober

Gorski, Helga, geb. **Vallentin**, aus Bladiu, Kreis Heiligenbeil, am 20. Oktober

Hansch, Liesbeth, geb. **Jankowski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 21. Oktober

Jakst, Elfriede, geb. **Katzmarzik**, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober

John, Herbert, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 23. Oktober

Kaiser, Angelika, geb. **Olbrich**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober

Konietzny, Edeltraud, geb. **Sokolowski**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. Oktober

Mordhorst, Inge, geb. **Sudau**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober

Schaschke, Peter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 24. Oktober

Somplatzki, Erwin, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 24. Oktober

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Stengel, Irmgard, geb. **Groß**, aus Pomedien, Kreis Wehlau, am 22. Oktober

Uschkoreit, Eckehard, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 19. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Arndt, Horst, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 24. Oktober

Bäsmann, Ute, geb. **Waldhauer**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 22. Oktober

Böning, Helga, geb. **Haberland**, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Oktober

Gottowik, Eberhard, aus Klausen, Kreis Lyck, am 23. Oktober

Halbgebauer, Erika, geb. **Czybulka**, aus Blumental, Kreis Lyck, am 20. Oktober

Jelonnek, Irmgard, geb. **Klekotta**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 24. Oktober

Kempka, Walter, aus Neuenwalde, Kreis Ortelsburg, und aus Jessonowitz, Kreis Neidenburg, am 20. Oktober

Kloppfleisch, Friedrich, aus Tapiu, Kreis Wehlau, am 24. Oktober

Lempio, Hans-Jürgen, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 23. Oktober

Maschlatzki, Horst, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober

Matousek, Annemarie, geb. **Smorra**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 21. Oktober

Messer, Astrid, Kreisgemeinschaft Bremen, am 24. Oktober

Miermann, Helga, geb. **Makrutzki**, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, am 21. Oktober

Pezold, Erika, geb. **Loetz**, aus Raineck, Kreis Ebenrode, am 21. Oktober

Riemann, Reinhard, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 22. Oktober

Rosenau, Heinz, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 18. Oktober

Schmidt, Werner, aus Lyck, am 23. Oktober

Seiffert, Irmgard, geb. **Marchlewski**, aus Kurkau, Kreis Neidenburg, am 22. Oktober

Anzeigen

Bernstein
Lieder für Ostpreußen
Liederliste anfordern, 1 CD gratis
von Heimatsänger Bern Stein
B. Krutzinna, Oelmühlenallee 1, 24306 Plön
bernstein1947@aol.com Tel. 04525 1764

Heimatliche Qualitätswaren
ab sofort wieder lieferbar
1000 g

Ger. Gänsebrust, mager, oh. Kn.	ca. 800 g	36,99 €
Ger. Gänsebrust, mit Kn.	ca. 1000 g	22,99 €
Gänseeschmalz, ca. 200-g-Becher	Stück	2,69 €
Gänseleberwurst	ca. 150 g	16,99 €
Gänseflumen (als fertiger Brotaufstrich)	ca. 300 g	6,49 €
Teewurst, Rügenwalder Art	ca. 100 g	17,99 €
Salami, mit Knoblauch	ca. 500 g+2000 g	20,99 €
Krautwurst mit Majoran, fest	ca. 400 g	18,99 €
Krautwurst mit Majoran, streichfähig	ca. 150 g+850 g	16,99 €
Schweinemettwurst mit geb. Pfeffer	ca. 400 g	16,99 €
Hauss. Leberwurst, geräuchert	ca. 400 g	15,99 €
Lungwurst (vacu verpackt)	ca. 500 g+1000 g	10,99 €
Grützwurst geräuchert, mit u. ohne Rosinen		11,99 €
Hauss. Blutwurst, geräuchert	ca. 750 g	13,99 €
Zungenwurst	ab ca. 500 g	13,99 €
Hauss. Sülze	ca. 400 g	11,99 €
Ger. Schinkenspeck	500 g+2,0 kg	13,99 €

und vieles mehr!!!
Fordern Sie auch eine umfangreiche Bestellliste an!
Sie finden uns im Internet unter www.kinsky-fleischwaren.de
Der Versand erfolgt auf Rechnung. Die Mehrwertsteuer ist in den Preisen enthalten.
Ab 100,00 Euro Warenwert senden wir innerhalb Deutschland portofrei!

KINSKY Fleischwaren GmbH
Rosenburger Weg 2 · 25821 Bredstedt
Tel. 0 46 71 - 91 38-0 · Fax 0 46 71 / 91 38-38

Skilandat, Erhard, aus Schulzenwiesen, Kreis Elchniederung, am 21. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Gehrs, Gudrun, geb. **Sommerfeld**, aus Liebenau, am 23. Oktober

Klesatschke, Annemarie Helga, geb. **Herbst**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober

Klessler, Astrid, Kreisgemeinschaft Bremen, am 24. Oktober

Lieder, Hartmut, aus Polennen, Kreis Fischhausen, am 18. Oktober

Schmidt, Renate, geb. **Holländer**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 21. Oktober

Willhöft, Regina, geb. **Prill**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 22. Oktober

Zusendungen für Ausgabe 44

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 44/2019 (Erstverkaufstag: 1. November) bis spätestens Mittwoch, 23. Oktober an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO

- 19. bis 20. Oktober:** 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 1. November:** AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
- 2. bis 3. November:** Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 9. bis 12. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Ehrung für Kerwien

Im Rahmen der Feierstunde der Angerburger Tage konnte Kreisvertreter Wolfgang Schiemann das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen an Erich Kerwien verleihen. Erich

Kerwien war sichtlich überrascht und gerührt. Schiemann hob in seiner Laudatio die vielen Verdienste hervor, die sich Erich Kerwien in den vielen Jahren seiner Arbeit für Angerburg und Ostpreußen erworben hat. Hier der Wortlaut der Laudatio:

Durch seinen Wohnort in Mitteldeutschland konnte sich Erich Kerwien erst nach der politischen Wende für Angerburg und Ostpreußen aktiv engagieren. Seit 1990 nimmt Erich Kerwien regelmäßig an den Angerburger Treffen teil. Am 19. September 2009 erfolgte seine Wahl in den Kreisausschuss der Kreisgemeinschaft. Seit diesem Tag arbeitet er aktiv im Vorstand mit. Auch im hohen Alter nimmt er den weiten Anreiseweg nach Rotenburg (Wümme) auf sich, um bei den drei bezie-



Angerburger geehrt: Kreisvertreter Wolfgang Schiemann (links) und Erich Kerwien (rechts). Für Ehefrau Brigitte gab es ein kleines Blumenpräsent

Bild: privat

hungsweise zwei Vorstandssitzungen im Jahr dabei zu sein. In den Sitzungen bereichert er durch gute und ausgewogene Wortbeiträge die Diskussion.

Erich Kerwien engagiert sich besonders bei den Vorbereitungen der Heimatpolitischen Tagungen und der Angerburger Tage. Hierbei kümmert er sich meist

um organisatorische Arbeiten, sorgt für die Vorbereitung der Räumlichkeiten, für den Saal schmuck, die Ausschilderung und um den Bücherverkauf. Diese Tätigkeiten sind für den erfolgrei-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

chen Ablauf der Veranstaltung unverzichtbar. Daher ist es lobenswert, dass sich Kerwien dieser Arbeiten, die eher im Hintergrund erfolgen, angenommen hat und selbstständig erledigt.

Erich Kerwien ist besonders erfolgreich in der Werbung neuer Bezieher des Angerburger Heimatbriefes. Hierfür nutzt er insbesondere Vertriebenenzusammenkünfte in Mitteldeutschland und spricht dort viele Personen an. Diese Tätigkeit ist sehr lobenswert, da sich die Kreisgemeinschaft über den Vertrieb des Heimatbriefes finanziert.

Seit vielen Jahren besucht er regelmäßig, meist jährlich, den Ort seiner Kindheit Dowiaten im Landkreis Angerburg. Bei diesen Reisen kommt er mit den heutigen Bewohnern des Ortes ins Gespräch und sorgt so für Verständigung und Ausgleich. Auch unterhält er gute Kontakte zur Kirche in Engelstein im Landkreis Angerburg, in der er 1933 getauft wurde.

Engagiert ist Erich Kerwien ebenfalls für den Altvaterturm in Thüringen. Er wirkte seinerzeit an der Ausgestaltung des Ostpreußenzimmers mit und steht dem dortigen Vorstand stets mit Rat und Tat zur Seite.

Für die Arbeit der Kreisgemeinschaft Angerburg sind Personen wie Herr Kerwien unverzichtbar!

Michael Meyer



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesen-see, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Bremer Treffen

Bremen – Am Donnerstag, dem 14. November, findet in Bremen das 11. Lycker Treffen statt. Dazu lädt Landsmann Wilhelm Norra, Ortsvertreter von Sareiken, Bezirksvertreter Lyck Land sowie Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck, alle Lycker und deren Freunde aus Bremen und „umzu“ sowie auch gern Interessenten aus weiter Entfernung ein. Das Treffen findet am 14. November im Best Western Hotel Zur Post, Bahnhofplatz 11, 28195 Bremen, von 13 bis zirka 18 Uhr statt. Das Hotel Zur Post liegt rechts, schräg gegenüber vom Hauptausgang des Bremer Hauptbahnhofes. Bis zum Hotel sind es nur zirka 50 Schritte. Wer jemanden mit dem Auto zum Hotel bringen muss, fährt zum Aussteigen bis zum Eingang vor; man kann sich auch bei der Rezeption erkundigen, ob in der Hotelgarage neben dem Hotel gegen Entgelt ein Parkplatz frei ist. Parkplätze befinden sich auch in der Hochgarage am Hillmannplatz, auf der Bürgerweide hinter dem Hauptbahnhof sowie am ehemaligen Güterbahnhof; die Straße hinter dem Überseemuseum führt dort hin. Informationen bei Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen, Telefon (0421) 820651.

SCHLOSSBERG
(PILKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Tanja Schröder, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Heimatgruppe

Osnabrück – Sonnabend, 26. Oktober, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, Osnabrück: Herbsttreffen der Teutonen. Nähere Informationen: Renate Berger, Telefon (05471) 4926.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenberg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Bilderreise

Neumünster – Sonnabend, 19. Oktober, 15.30 Uhr, Lötzer Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), Neumünster: Manfred E. Fritsche, Eckernförde, zeigt „Bilder einer Reise durch Ostpreußen in 2018“. Das Museum ist an Veranstaltungstagen bereits um 10 Uhr geöffnet.

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de.



Gute Laune in Schloßberg: Gemeinsames Singen zum Ende der Kinderfreizeit

Bild: privat

der Stadt Hamburg mit Stadtbummel und Einkaufsmöglichkeiten sowie eine Hafentour. Verbunden war diese Tagesfahrt mit dem Besuch der Heimatstube Winsen. Dort wurde das Wissen um Ostpreußen, neben einem Vortrag von Hendrik in der Jugendherberge vertieft. Das obligatorische Foto auf der Treppe durfte natürlich auch nicht fehlen. Und wie in jedem Jahr hat auch der Heidepark Soltau seine positiven Spuren hinterlassen. Die Achterbahnen waren hier der große Renner und haben bei allen für reichlich Bauchkribbeln gesorgt. Es waren wunderschöne Tage in der kleinen Stadt Otterndorf, die wir auch durch die Stadtrally noch intensiver kennen gelernt haben. Zum Abschiedsnachmittag wurden schon in den ersten Tagen Freunde, Bekannte und Eltern mit tollen selbstgebastelten Karten eingeladen. Dafür haben die Kinder lange geprobt und unter anderem mit lustigen Sketchen, Tanz- und Gesangseinlagen begeistert. Unser Freizeitleiter Hendrik Stehr sorgte mit der Präsentation eines Videos der vergangenen Tage dafür, dass alle diese tollen Eindrücke der Freizeit mit nach Hause genommen werden können. Der Abschied war dann auch sehr tränenreich, mit dem Versprechen sich bald zu schreiben und der Hoffnung auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr. Unser ganz besonderer Dank geht an die Jugendherberge Otterndorf, die viele kleine und große Wünsche und Anliegen erfüllt hat. Wir wurden dort bestens versorgt. Norbert und Edith Schattauer, die im Hintergrund stets alles bestens organisiert haben und für alle immer da und ansprechbar waren. Und natürlich an alle und jeden, die diese Freizeit durch ihren Einsatz möglich machen.

Susanne Renger



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Weg der Erneuerung

Der Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. geht weiter auf dem Weg der angekündigten Erneuerung und Verjüngung nach dem in letzten Jahr eingetretenen Veränderungen. Er traf sich in Ellingen, um zugleich auch mit dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen/Bayern und seinem Direktor, Wolfgang Freyberg, ein gegenseitiges Vertiefen der Beziehungen zu ermöglichen.

Die in Magdeburg 2018 bereits durch die Stadtvertreter-Versammlung designierten Nachrücker in den Vorständen wurden bestätigt. Somit besteht der Vorstand



Anwesende Vorstandsmitglieder und Sonderbeauftragte der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. (v.l.): Vorstandsmitglieder Manfred Urbschat, Manfred Gesien, Franz Stenzel, Valentina Manthey, Erwin Feige, Christine Schoenwiese und Günter H. Hertel

aus den bisherigen Mitgliedern Erwin Feige (1. Vorsitzender), Manfred Gesien (Stellvertreter und 2. Vorsitzender, Schatzmeister), Manfred Urbschat (Geschäftsführer), Hans Dzieran (Beirat) und zwei neuen Mitgliedern, Valentina Manthey und Franz Stenzel (bisher Mitglieder der Stadtvertretung). Den beiden neuen Vorstandsmitgliedern sind Aufgabenfelder (Franz Stenzel: Veranstaltungsorganisation, Valentina Manthey: Zusammenarbeit mit der Stadt Sovjetsk) zugeordnet worden, die im Detail bis zur

nächsten Vorstandssitzung zu fixieren sind.

Neben den beiden neuen Vorstandsmitgliedern wurde der ebenfalls in Magdeburg als Nachrücker designierte Günter H. Hertel zum kommissarischen Sprecher der Versammlung der Stadtvertretung und Christine Schoenwiese zum kommissarischen Mitglied der Stadtvertretung mit Sonderaufgaben des Vorstands als Volljuristin (Aufgabenfeld Mitgliederverwaltung) einstimmig bis zur Wahl durch die nächste ordentliche Versammlung der Stadt-

vertretung im Jahre 2020 bestimmt.

Neben der personellen Veränderung wurde eine neue Geschäftsordnung des Vorstands verabschiedet, die zahlreiche Hinweise der Stadtvertreter in Magdeburg aufnimmt. Natürlich wurden auch die Vorbereitungen für die nächsten wichtigen Ereignisse getroffen, insbesondere für das gemeinsame Nachbarschaftstreffen mit den Kreisgemeinschaften Elchniederung und Tilsit-Ragnit am 16. Mai 2020 in Lüneburg.

Dem Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, der die Versammlung höchst informativ und immer voller Respekt vor den Vertriebenen und ihren Leistungen durch die Ausstellung führt, wurde „in Würdigung treuer Verbundenheit mit der Stadt Tilsit“ die Ehrenmedaille der Stadtgemeinschaft durch Erwin Feige überreicht. Wolfgang Freyberg sprach in seiner Dankesrede auch von seiner lebhaften Erinnerung an einen gemeinsamen Besuch einer Tilsiter Wohnung im Jahre 2014, aus der mit Freudenstrahlen die jetzige Einwohnerin trat und Erwin Feige umarmte. Sie wohnt in jener Wohnung, in der der heutige 1. Vorsitzende aufwuchs.

Eine außerordentliche Würdigung erfährt das neugewählte Vorstandsmitglied Franz Frenzel, der aufgrund zahlreicher, uneigennütziger Hilfsgütertransporte sowohl bei der Tilsiter Bevölkerung als auch bei der dortigen Stadtverwaltung in den letzten 30 Jahren nachhaltigen Eindruck hinterlassen hat.

Wir freuen uns ganz tief und herzlich, dass der Bundespräsident unserem neuen Vorstandsmitglied Franz Stenzel das Bundesverdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen hat. Die Bürgermeisterin Birgit Jörder der Stadt Dortmund überreicht das Verdienstkreuz im Rahmen eines Empfangs am 14. Oktober. Eine Gratulation konnte der Vorstand seinem neuen Mitglied schon in Ellingen aussprechen. Eine ausführliche Würdigung in der PAZ wird folgen.

Günter H. Hertel

G. Hertel ist Mitglied der Stadtvertretung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. i.A. des 1. Vorsitzenden der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPENBADEN-
WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.

Göppingen – Mit 27 treuen, teils von weither angereisten Landsleuten, durfte die LOW Kreisgruppe am vergangenen Sonnabend hier in Göppingen ihr 70-jähriges Gründungsfest feierlich begehen. Leider konnten einige Landsleute, bedingt durch persönliche Gründe, an diesem Festtage nicht teilnehmen.

Eingebettet in eine heimatliche Herbst- und Erntedankfeier war es für die Teilnehmer wieder ein schöner und ergreifender Rückblick auf vergangene Zeiten. Unter den Gästen konnte die Vorstandschaft auch die Kulturreferentin, Ulla Gehm, aus Schwäbisch Hall sehr herzlich begrüßen. Trotz Ihrer fortgeschrittenen Sehbehinderung ließ es sich Frau Gehm nicht nehmen, mit dem Zug zu uns nach Göppingen zu kommen. Zur Unterstützung unserer Festes brachte sie aus der Stuttgarter Gruppe Frieda Färber



Schon lang dabei: Margit Korn (l.) mit den für Treue zur Gemeinschaft Geehrten

Bild: privat

mit. Diese übernahm stellvertretend den Platz, der auch durch Krankheit bedingt, entschuldigten, Bundesfrauen Beauftragten, Uta Lüttich, und hat uns nicht nur Grüße von ihr bestellt, sondern überraschte uns alle mit einem großen Korb voll selbstgebackenen ostpreußischen Raderkuchen. Unser Fest begann mit dem

gemeinsamen Mittagessen, wo in bewährter Tradition uns das Heimatgericht, Königsberger Kloppe, serviert wurde.

Nach dem Essen machten wir mit Vera Pallas, unserer Frauen-

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15

gruppenleiterin, gemeinsame Gymnastikübungen, um für das Hauptprogramm nun aufnahmebereit zu sein.

Die Einführung in das Programm erfolgte durch Ina Meister. Sie ging in ihren Ausführungen zurück zu den Anfangsjahren, in denen noch lange der große Wunsch nach einer Rückkehr in die Heimat lebendig war. Die Gruppe konnte in all dieser Zeit auf viele ehrenamtlich tätige Vorstände und lange Jahre auch auf eine hohe Anzahl von Mitgliedern zurückblicken. Aber durch Ableben oder Wegzug schrumpfte die Gruppe auf heute gerade mal noch 40 Mitglieder.

Nun durften wir die Ehrung für verdiente Frauen und Männer vornehmen. Das Ehepaar Korn überreichte mit dankbaren Worten die Urkunden, in denen jeweils die jahrelange Treue zur Gemeinschaft besonders hervorgehoben wurde. Auch Vera Pallas, konnte heute für bereits 30 Jahre Treue und ihr persönliches Engagement zur Erhaltung der heimatischen Kultur geehrt werden.

Gemeinsam sangen wir nun unser Ostpreußenlied: „Land der dunklen Wälder“. Im Nachmittagsprogramm erfreuten uns verschiedene Vorleser mit Anekdoten aus ostpreußischen Herbst- und Erntezeiten, alles unter der Überschrift: „Wir binden den Plon“. Dazwischen sangen wir aus unseren eigenen Liederheften schöne Lieder, wie: „Auf dem gelben Wagen“, oder „Bunt sind schon die Wälder“!

Zum Abschluss gab es noch Kaffee und Kuchen, sodass auch die von Weithergereisten nicht hungrig, und auch noch vor dem Dunkelwerden wieder zu Hause sein konnten.

Die Vorstandschaft freut sich auf ein Wiedersehen mit allen Mitgliedern im Dezember zur traditionellen Adventsfeier.

Ina Meister

Ludwigsburg – Dienstag, 22. Oktober, 15 Uhr, Krauthof, Beihinger Straße 27: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonnabend, 26. Oktober, 9 Uhr, Kulturzentrum Ostpreußen, Deutschordensschloss Ellingen: Landeskulturtagung der Landmannschaft.

Ansbach – Sonnabend, 19. Oktober, 15 Uhr, Orangerie: Bericht von einer Reise im Sommer 2019 in den nördlichen Teil Ostpreußens (Bildpräsentation) von Oswin Palfner, anschließend gemeinsames Tilsit-Käseessen.

Hof – Die Landmannschaft der Ost- und Westpreußen traf sich zu ihrer monatlichen Zusammenkunft im Restaurant Altdeutsche Bierstube. Vorsitzender Christian Joachim begrüßte Mitglieder und Gäste und wünschte den Geburtstagskindern des letzten Monats viel Glück und Gesundheit.

Bei seinem Vortrag führte er die Zuhörer zurück in die Vergangenheit. Ost- und Westpreußen war eine Region mit vielen Seen, die aber keine Verbindung miteinander hatten. Daher war der Wunsch verständlich, diese Seen zu verbinden. Jedoch lagen die Gewässer auf unterschiedlichem Höhenniveau. Bei Straßen und Bahnstrecken ist das Überwinden von Höhenunterschieden kein großes Problem, erklärte Christian Joachim. Mit Serpentinchen, Tunneln und Brücken können Hindernisse überwunden werden.

Bei Wasserwegen ist das anders. Wasser fließt nicht bergauf – und auf einer schiefen Ebene kann man es nicht halten. Um eine ebene Wasserfläche zu schaffen, muss man Staustufen bauen, die jedoch der entsprechenden Technik bedürfen. Ein damals bekannter Lösungsansatz war, das Ober- und Unterwasser durch eine Schleusenkammer zu verbinden, sodass die Schiffe durch Heben oder Absenken des Wasserspiegels auf das gewünschte Niveau gebracht wurden. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wuchs im sogenannten Oberland – das ist die Gegend um Osterode in Ostpreußen und Deutsch Eylau – das Bedürfnis, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und das Holz nach Norden in Richtung Meer zu bringen und in der Gegenrichtung Industriegüter sowie Kohle und Dünger in das Landesinnere zu schaffen. Also galt es, die vorhandenen Seen durch einen Kanal in Richtung Ostsee zu verbinden. Von Osterode bis Elbing musste ein Höhenunterschied von rund 104 Metern überwunden werden. Zur damaligen Zeit hätte das den Bau von etwa 32 Schleusen erfordert. Allein aus Kostengründen war das nicht zu verwirklichen. Da fand der Königsberger Baumeister Steenke die Lösung. Er wollte, nach amerikanischem Vorbild, mit geneigten Ebenen, sogenannten „Rollbergen“, die Höhenunterschiede überwinden. Unter seiner Gesamtleitung erstellte Geheimrat Oberbaurat Lentzen die Pläne. Vier geneigte Ebenen wurden im Kreis Preußisch Holland mit einem Höhenunterschied von jeweils zirka 20 Metern gebaut und mit fünf bereits vorhandenen Schleusen, von denen eine später durch eine geneigte Ebene ersetzt wurde, verbunden. Das Besondere ist der Antrieb der gesamten Anlage.

1860 konnte der Oberländer Kanal eingeweiht werden. Von Elbing bis Osterode – eine Strecke von 81 Kilometer – beträgt die Fahrzeit etwa zehn Stunden. Wirtschaftlich wurde der Kanal zur Güterbeförderung genutzt. Auf der Bergfahrt ins Oberland transportierten die Schiffe vornehmlich Steinkohle, Gips, Eisen und Baumaterialien – auf der Talfahrt nach Elbing Holz, Getreide, Feldfrüchte und Stückgüter. Der Bau der Eisenbahnstrecke Elbing-Osterode-Mielau machte den Kanal für die weitere Güterbeförderung unrentabel. Er diente fortan fast ausschließlich dem Fremdenverkehr, war eine Sehenswürdigkeit und wurde viel befahren. Auch heute noch ist die Fahrt auf dem Oberländer Kanal ein Erlebnis. Der langsam verlandende Drausensee ist ein Vogelparadies und man kann Reiher, Kormorane, Störche und viele andere Vogelarten beobachten. Die Zuhörer dankten Christian Joachim für den ausführlichen und interessanten Vortrag.

Nürnberg – Dienstag, 22. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nbg.-Langwasser, Ende der U1 gegenüber: Wir feiern das Erntedankfest.

Berlin – Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



BARTENSTEIN

Anfragen für gemeinsame Treffen, Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404



TILSIT-RAGNIT

19. Oktober, 13 Uhr. Neue Adresse beachten: Restaurant Galija am Schloß, Otto-Suhr-Allee 139, 10585 Berlin, Anfragen: Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



BREMEN

Bremen – Montag, 21. Oktober, 18 Uhr, Domkapitelsaal „Kapitel 8“, Domshöhe 8 (1.OG), 28195 Bremen: Lesung mit Henriette Piper „Der letzte Pfarrer von Königsberg. Hugo Linck zwischen Ostpreußen und Hamburg.“ Der Eintritt ist frei.

Fast alle Königsberger und die meisten Ostpreußen haben es gelesen – das Buch „Königsberg 1945 – 1948“, über Hugo Linck. Wer war dieser mutige und fürsorgliche Pfarrer Hugo Linck?

Als Mitglied der Bekennenden Kirche stand der Königsberger Pfarrer Hugo Linck (1890–1976) im Widerspruch zum NS-Regime. Trotz drohender Eroberung Ostpreußens durch die Rote Armee entschied er sich im Januar 1945 gegen die Flucht und blieb bei seiner Gemeinde. Er betreute die deutschen evangelischen Christen im eroberten Ostpreußen. Auf Predigtreisen mit langen Fußmärschen suchte er sie im ganzen Umland auf, um die christlichen Handlungen zu feiern (Taufe, Einsegnung, Hochzeit, Beerdigung), bis er zusammen mit seiner Frau und den letzten Überlebenden der „Kaliningrader Hölle“ im Frühjahr 1948 ausgewiesen wurde.

Die Beschreibung dieser Jahre von Hugo Linck erschien in der 1. Auflage 1951 und wurde danach mehrmals neu aufgelegt, zuletzt 1987. Hugo Linck verstand sich dabei als Chronist dieser Jahre. Jetzt ist es endlich möglich, die Person Hugo Linck kennenzulernen. Dies verdanken wir seiner Enkeltochter. Auf der Grundlage von Hunderten von Briefen aus dem Nachlass ihrer Großeltern rekonstruiert Henriette Piper die ereignisreiche Lebens- und Familiengeschichte eines Mannes, der sein Gewissen und seine Verantwortung gegenüber den Mitmenschen stets über sein eigenes Wohlergehen stellte.

Sie haben die Möglichkeit, das Mitte September erscheinende Buch als Erste kennenzulernen. Dies verdanken wir dem Historiker Christopher Spatz, der die Autorin unterstützt und begleitet hat, Horst Baraczewski (Buchhandlung Geist) und Pfarrer Jung von der Bremer Domgemeinde, der die Buchvorstellung in das Veranstaltungsprogramm der Gemeinde aufgenommen hat.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Donnerstag, 24. Oktober, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, Delegiertenversammlung der Landmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Hamburg. Im Anschluss findet das Treffen der Gruppenleiter und des Kulturreferats statt.

Frauengruppe – Freitag, den 25. Oktober, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1, Hamburg: Erntedank und Blättertan, Kaffee, Tee und Erntefladen, herzlich willkommen.

www.preussische-allgemeine.de



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Dillenburg – Mittwoch, 30. Oktober, 15 Uhr, Café Eckstein: Versammlungstag und Kaffeetrinken, danach Vortrag von Dietmar Balchun über Martin Luther und Herzog Albrecht, der die Reformation in Preußen einführte. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Bericht – Bei der Monatsversammlung am 26. September sprach Lothar Hoffmann über den in Kahlberg/Frische Nehrung wohnenden autodidaktischen Maler Edmund Dobrolinski und über das Ostseebad Kahlberg. Gundborg Hoffmann las zuerst eine Beschreibung der Frischen Nehrung und des Seebads Kahlberg aus dem Vorwort des Buches über Kahlberg von Klaus Dobers. Kahlberg war früher ein Seebad mit vielen Möglichkeiten, sich zu erholen: breiter Strand, Kalt- und Warmbad, gepflegter Kurgarten mit Theater und Musik in den Sommermonaten, eine 1600 Meter lange Strandpromenade, viele Hotels, Pensionen und Restaurants. Man konnte Tennis spielen und Feste feiern. Alle Kurgäste, ob länger anwesend oder nur Tagesausflügler, waren immer zufrieden. Man konnte das Bad auch mit einem der Ausflugschiffe erreichen, von Elbing her, von Tolkmere oder über das Haff von Frauenburg aus. Vor dem Krieg kamen jährlich etwa 12 000 Besucher nach Kahlberg. Dort in Kahlberg verbrachten Hoffmanns, oft gemeinsam mit dem Ehepaar Hein, viele Ferienwochen, und zwar im Haus von Edmund Dobrolinski. Dieses Haus war das Elternhaus von Gruppenmitglied Hans Hein. Edmund Dobrolinski hatte es nach dem Krieg erworben und mit Ziegeln an der Außenseite versehen, sodass es wie ein altes Bauernhaus wirkte. Es steht in Liep, dem beschaulichsten und ruhigsten Ortsteil von Kahlberg. Davon zeigte Lothar Hoffmann mehrere Fotos.

Zum Malen war Edmund Dobrolinski gekommen, weil im Nachbarhaus drei russische Maler wohnten, die ihm die Anfänge der Ölmalerei beibrachten und ihm sogar Pinsel und Farbe schenkten. Das erste Bild kaufte Hoffmanns bereits 1992. Lothar Hoffmann zeigte uns Bilder von den Gemälden von Edmund Dobrolinski, die in seinem Haus hängen: ein altes verfallenes Bauernhaus und den Leuchtturm. Beide Gebäude gibt es heute nicht mehr. Andere Fotos zeigten ein altes Boot am Ostseestrand, den Blick von der hohem Düne auf den Strand der Ostsee, die Frauen von Kahlberg, die am Strand auf die Rückkehr ihrer Männer vom Fischfang warten (angelehnt an das Gedicht „Die Frauen von Nidden“ und abgemalt von einer Postkarte). Zwei Bilder vom Weg nach Neukrug, mit der Steilküste an der See; ein Bild von Resten eines Trecks – die Flüchtlingstrecks über das zugefrorene Haff landeten meistens in Kahlberg. Dieses Bild hängt bei Hoffmanns im Hausflur unter einer Uhr, die Lothar Hoffmann mit den Radresten des Trecks, die er am Strand aufgelesen hatte, umrandet hat. Auch von diesem Bild sahen wir ein Foto. Dann folgte noch ein Bild von einem Haus in überschwemmter Landschaft. Das erinnerte an die Ernst-Wiechert-Erzählung „Der Schaktarp“ aus den Litauischen Geschichten. Im Februar und März, wenn das Eis schmilzt, steht alles Land unter Wasser, vermischt mit großen und kleinen Eisbrocken. Das letzte Bild schließlich zeigte eine Pferdeschlittenfahrt im verschneiten Winter. Hoffmanns haben aber auch Aquarelle von Edmund Do-

broinski. Zum Abschluss las Gundborg Hoffmann noch ein Gedicht vor „Abschied von der Heimat“ von Zollsekretär Willi Duhnke, geschrieben im „schicksalsschweren Jahr 1945“.

Für ihren Vortrag und die Fotos erhielt Lothar Hoffmann viel Beifall. Es war mal wieder ein gelungener Nachmittag.

Ingrid Nowakiewitsch

Wiesbaden – Donnerstag, 24. Oktober, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Grützwurst. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 18. Oktober bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938 oder Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschen, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebbsfort, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 23. Oktober, 15 Uhr, Gaststätte Mahlzeit, Kälberwiese 13a (Siedlerheim Alt Petritor) Braun-

Anzeigen

Lieselotte Korbanka

* 15. 10. 1932 in Lyck † 16. 5. 2019 in Hamburg

Ehemalige Krankenschwester in Hamburg-Alsterdorf

Freunde und Verwandte

*Und meine Seele spannte weit ihre Flügel aus,
gleitet über stille Seen, Felder und Wälder dem Licht entgegen.
nach Josef v. Eichendorff*

Nach 62 glücklichen Ehejahren verstarb mein geliebter Mann, unser liebevoller Papi, Schwiegervater, Opi, Bruder, Schwager und Onkel

Heinz-Günther Metschulat

* 4. März 1933 † 26. September 2019
Gehlenburg/Johannisburg Ostpreußen Schwanewede



In liebevoller Erinnerung:
Deine Maria
Gaby mit Familie
Silke mit Familie
Carmen mit Familie
und Angehörige

28790 Schwanewede
c/o Bestattungsinstitut Sonnenburg, Koppelsberg 1, 28790 Schwanewede

Auf Wunsch des Verstorbenen fand die Trauerfeier im engsten Familienkreis statt.



Ein langes und erfülltes Leben ist zu Ende. Der Lebenskreis unserer Mutter, Großmutter und Urgroßmutter hat sich geschlossen. Sie gab uns ihre Liebe und lehrte uns Fleiß, Disziplin, Treue und Zuverlässigkeit. Sie war der Mittelpunkt unserer Familie. Wir werden sie sehr vermissen.

Dr. Liselotte Grigat

geb. Semmen

* 2. Oktober 1922 † 9. Oktober 2019
Forsthaus Karlsberg/Neumark Detmold

Dr. Klaus-Peter und Hannelore Grigat
Michael Grigat und Yvonne Kuska
Stephan und Judith Grigat
Jasmin und Toni Lange mit Paula und Lennart
Sabrina und Henning Voß mit Emma Lotta und Leopold Alfred Niels Grigat
Dr. Daniel Grigat
Maximilian Grigat
Alexander Grigat



Ebstorf: 70-Jahr-Feier der Ortsgruppe

Bild: W. Kluge

Landmannschaftl. Arbeit Fortsetzung von Seite 17

schichtlichen Zusammenhängen kurz nach Kriegsende, schilderte er auch seine Erinnerungen aus den Jahren 1945–1949 in Ebstorf und stellte damit auch sein neues, für diesen Vortrag entstandenes Buch mit dem Titel „Was wollen die hier“ vor. Zwei Töchter des ehemaligen langjährigen Vorsitzenden Werner Hoffmann, Regina Tödter und Susanne Einhorn, erinnerten an das Ankommen der Flüchtlinge und Vertriebenen in Ebstorf und hielten Rückschau auf die lange Vereinsarbeit. Manfred Karp bedankte sich mit einem kleinen Geschenk bei allen Vortragenden.

Anschließend an diese Feierstunde fand ein gemütliches Beisammensein mit umfangreichem Programm statt. Die Leiterin der ehemaligen Frauentanzgruppe der Ostpreußen, Gertraud Zerhusen, zeigte viele Fotos und Berichte aus der Tanzgruppenarbeit. Die Tanzgruppe hat auf so manchem Fest für Überraschungen und großen Applaus gesorgt. Herr Plewa von der LO Ortsgruppe Soltau gab die Möglichkeit zum Betrachten interessanter Bernsteinexponate und konnte dazu viele Fragen beantworten.

Zwischen Kaffeetrinken und Kuchen konnten alte Bilder von vergangenen Veranstaltungen (unter anderem von bunten Abenden zur Faschingszeit, Jubiläumsfeiern, Busreisen und Theateraufführungen) angeschaut werden und viele Erinnerungen regten zu intensiven Gesprächen an.

Wolfgang Kluge

Oldenburg – Mittwoch, 13. November, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Wir hören Henriette Piper, die ihr Buch über ihren Großvater

und sein Leben vorstellt: „Der letzte Pfarrer von Königsberg – Hugo Linck (1890–1976) zwischen Ostpreußen und Hamburg, Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.“

Bericht: Die Landmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg beging ihren Erntedank-Nachmittag am 9. Oktober. Einen Text über die Ernte in Ostpreußen (von Walter Sanden) und Gedanken über das Danken, das uns oft so schwer fällt trug Gisela Borchers vor. Weitere Texte über die Ernte und den Goldaper Kruschekjahrmarkt, gespickt mit vielen Volksliedern rundeten einen abwechslungsreichen Nachmittag ab. Ein reich gedeckter Erntetisch ersetzte uns durch den Verkauf der Produkte unsere sonstige Teilersammlung. *Gisela Borchers*

Osnabrück – Freitag, 18. Oktober, 15 Uhr, Hotel Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Frauengruppe.



NORDRHEIN- WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90, Eichendorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova. – Sonnabend, 19. Oktober, 14 Uhr (Beginn: 15 Uhr), GHH, Eichendorff-Saal: Herbsttreffen der Memelländer. – Freitag, 25. Oktober, 15 Uhr, Eichendorff-Saal, GHH: Ostdeutsches Erntedankfest mit

der Trachtengruppe „Fröhlicher Kreis“ und der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „O-W-S“ und den Düsseldorfer Musikanten. – Montag, 28. Oktober, GHH: Ausstellung „Begegnung mit Osteuropa“ bis zum 22. November. – Mittwoch, 30. Oktober, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: Buchvorstellung und Gespräch mit Klaus Weigel „Im Schatten Europas. Ostdeutsche Kultur zwischen Dulden und Vergessen“.

Witten – Montag, 21. Oktober, 15 Uhr, Evangelische Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Treffen.



SACHSEN- ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – 25. Oktober, 12 Uhr, in Solpke oder Mieste: Erntedankfest 2019 mit Programm.



SCHLESWIG- HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Sonnabend, 26. Oktober: Die Landmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ begeht ihr 70-jähriges Bestehen auf Fehmarn. Hierzu laden wir unsere Mitglieder herzlich ein.

Ablauf der Festveranstaltung: Treffen um 13 Uhr an den Gedenksteinen im Stadtpark, wo der Vorsitzende Jochen Gawehns dem Anlass entsprechende Worte an die Gäste richten wird. Danach findet um 14 Uhr im Hotel Wisser, wo der Landesvorsitzende Edmund Ferner mit einer Festansprache Mitglieder und geladene Gäste begrüßen wird und anschließend eine kleine Jubiläumsfeier in gemütlicher Runde statt. Anmeldungen erbeten bis zum 17. Oktober bei Ingelore Spaeth unter Telefon (04371) 5780 oder Brigitte Christensen unter Telefon (04371) 2242.



Tag der Heimat

200 Gäste feierten Festakt im Landtag-NRW

Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler haben unsere wirtschaftliche und kulturelle Landschaft geprägt“, eröffnete CDU-Fraktionsvorsitzender Bodo Löttgen den „Tag der Heimat“ im Landtag von Nordrhein-Westfalen, zu dem die CDU-Landtagsfraktion eingeladen hatte. „Diese große Gruppe ist ein lebendiges Vorbild für das Gelingen früherer, heutiger und zukünftiger Eingliederungs- und Integrationsprozesse“, erläuterte er die Idee hinter dieser Feierstunde.

Mehr als 200 Gäste waren in den Plenarsaal des Landtags gekommen. Das Begrüßungswort übernahm Klaus Kaiser, parlamentarischer Staatssekretär im NRW-Ministerium für Kultur und Wissenschaft. Er verwies darauf, dass Aussiedler und Spätaussied-

ler die am besten integrierte Bevölkerungsgruppe seien: „Sie sind überdurchschnittlich in Bildung, in Studium und im Beruf.“ Die NRW-Koalition aus CDU und FDP hat sich zum Ziel gesetzt, ihren Beitrag für die Entwicklung unseres Landes besonders zu würdigen und hat aus diesem Grund die finanziellen Mittel seit 2017 um 35 Prozent erhöht.

Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, betonte den Wert der Heimat in heutigen Zeiten: „Heimat ist mehr als nur ein geografischer Ort, es ist ein Gefühl, das man im Herzen trägt. Es ist gut, den Begriff endlich positiv zu besetzen. Das kann auch bei der Integration helfen.“

Für musikalische Begleitung des Abends sorgte ein Sextett der

Düsseldorfer Basilika St. Margareta. CDU-Fraktionschef Bodo Löttgen bedankte sich mit dem passenden Zitat: „Musik wäscht die Seele vom Staub des Alltags rein. Das haben die sechs Damen heute Abend getan!“

Rüdiger Scholz, würdigte die Arbeit der Verbände und Landmannschaften. In seinem Schlusswort betonte der Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten: „Wir stehen an der Seite der Opfer von Flucht und Vertreibung und erinnern uns an die Schicksale der Menschen, die ihre Heimat verloren haben. Sie kamen nach Nordrhein-Westfalen und haben geholfen, unser Land aufzubauen. Dafür gebührt ihnen auch heute noch unser Dank.“

CDU NRW Fraktion



Gruppenbild mit Bernd Fabritius (Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten; Mitte), daneben Bodo Löttgen (CDU-Fraktionschef; Vierter von rechts)

Dittchenbühne

Elmshorn – Donnerstag, 24. Oktober, 15 bis 17 Uhr, „Forum Baltikum - Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Preis: 8 Euro: Der Filmclub präsentiert den deutschen Spielfilm „So weit die Füße tragen“ aus dem Jahr 2001 des Regisseurs

Hardy Martins. Der Film schildert die Kriegsgefangenschaft des deutschen Oberleutnants Clemens Forell in Ostsibirien und seine abenteuerliche Flucht durch die Sowjetunion. Nähere Informationen und Anmeldung unter Telefon (04121) 89710.



Die Wanderausstellungen des Zentrums gegen Vertreibungen: „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“ bis 12. November, Heimathaus Traunreut e.V., Johann-Hinrich-Wichern-Straße 5, 83301 Traunreut. Infos unter Telefon (0228) 8100730.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Die zweite Marienburg

Polen wollen das Johanniterschloss in Sonnenburg retten

Sonnenburg [Slonsk] bei Zieloniz [Sulecin] gehörte zur Neumark und liegt 14 Kilometer von Küstrin im Warthebruch-Naturschutzgebiet. Geschichte und Entwicklung der Neumark wurden wesentlich durch den Johanniterorden bestimmt, der hier seit dem frühen 14. Jahrhundert ansässig war.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg und zu Zeiten des Johanniter-Herrenmeisters Fürst Johann Moritz



Johann Moritz von Nassau-Siegen.

Bild: Jan de Baen

von Nassau-Siegen gelangte Sonnenburg zu seiner Blütezeit. „Das Kurfürstentum Brandenburg verdankt ihm wesentliche Impulse zur Besiedelung, zur Landschaftsgestaltung und zur Durchsetzung der Religionsfreiheit. Das geflügelte Wort über Potsdam: „...dass ganze Eyland mus ein paradys werden“, so erläutert die Internetseite der Johanniter, stamme von ihm aus dem Jahre 1664. In Sonnenburg ließ Johann Moritz von Nassau-Siegen die Kirche restaurieren und ein neues Ordenschloss erbauen, das er weitgehend aus der eigenen Schatulle finanzierte. Das Schloss blieb bis 1945 im Eigentum des Johanniterordens. „Im 19. Jahrhundert befand sich im Schloss ein Archiv und Museum der Geschichte der Johanniter. Nach Kriegsende verfiel das Johanniterschloss zunehmend, bis es 1975 abbrannte und heute als Ruine dasteht“, bedauert Zbigniew Bodnar von Radio Zachod (Radio des Westens). Doch hofft er auf ein Licht am Ende des Tunnels.



Noch eine Ruine, hoffentlich bald ein gesichertes Denkmal: Die Schlossruine in Sonnenburg

Bild: Jan Jerszynski

Seit etwa sechs Jahren macht sich der Sonnenburger Gemeindevorsteher (Bürgermeister) Janusz Krzyskow für einen Wiederaufbau der Schlossruine stark. Die vielen Anträge, die er im polnischen Kultusministerium stellte,

wurden immer mit der Begründung abgelehnt, es fehle das Geld dafür. „Nun bekam ich die Information vom Denkmalschutz, dass eine Sicherung des Gemäuers finanziert wird, um dieses wenigstens vor dem Zusammenfall zu

Das Schloss um 1900

Bild: Verlag von Rauter & Sohn, Sonnenburg Nm.

bewahren“, so der in Landsberg an der Warthe [Gorzow Wlk.] geborene Kommunalpolitiker Krzyskow. Der Durchbruch kam dank der Unterstützung des Johanniterordens Berlin-Brandenburg. „Sie haben gesehen, dass wir gewillt sind, die Ruine wiederaufzubauen, und ich hoffe, dass wir dem Schloss gemeinsam zu alten Glanz verhelfen“, so Krzyskow.

Bei einer Konferenz in Berlin wurde die Wiederaufbaudee in ein grenzübergreifendes Projekt gefasst und ein entsprechender Antrag an die Europäische Union gestellt. Prompt wurden etwa 500 000 Euro bewilligt. „Nach unseren Berechnungen könnten wir dafür die Mauern sichern, das Innere des Schlosses säubern sowie die Fensteröffnungen und das

Dach sichern“, versichert der Gemeindevorsteher. Mitte des kommenden Jahres möchten Krzyskow mit den Sicherungsarbeiten fertig sein.

Einer, der sich für den Wiederaufbau des Schlosses in Sonnenburg ebenso starkmacht, ist Pastor Axel Luther, Leiter des Arbeitskreises Sonnenburg. Zusammen mit dem Verein der Freunde von Sonnenburg „Unitis Viribus“ organisierte der Johanniter bereits 2015 in der heute katholischen Kirche, die nach dem Krieg der Tschschenstochauer Mutter Gottes gewidmet wurde, ein Benefizkonzert zugunsten der Kirchenorgel. Diese Woche erwartete Gemeindevorsteher Krzyskow eine Delegation des Johanniterordens aus Berlin zwecks weiterer Gespräche und Sanierungsplanungen.

Sonnenburg soll durch das Johanniterschloss eine touristische Attraktion bekommen, denn schließlich bedeutete das Schloss den Johannitern genauso viel, wie die Marienburg den Kreuzrittern, meint Krzyskow. *Chris W. Wagner*

Reise durch ein stilles Land

Unterwegs in Schivelbein, Labes, Bad Polzin, Belgard, Kolberg und Körlin

Als wir die Reise nach Schivelbein, Bad Polzin und Kolberg planten, wünschte uns eine polnische Freundin „Stille Ruhe in unseren Urlaubsorten.“ Wie immer hatten wir die Hotels vorgebucht. Auch diesmal fuhren wir mit der Bahn von Braunschweig über Berlin, Angermünde nach Stettin und von dort weiter nach Schivelbein. In den polnischen Schnellzügen besitzt jede Fahrkarte eine Platzreservierung. Leider war sie auf unserem in Braunschweig erworbenem Ticket nicht vermerkt.

Schivelbein, das sich heute Swidwin nennt, liegt an einer der beiden Haupteisenbahnhauptlinien, die Hinterpommern durchstreifen, an der Strecke Berlin – Stettin – Danzig. Erstmals 1280 erwähnt, hundert Jahre später besaß der Deutsche Ritterorden den Ort. Danach wurde er 1455 brandenburgisch, und das Schloss beherbergte kurfürstliche Amtsleute. Erst 1815 kam die Ackerbürgerstadt zu Pommern.

Der Name Schivelbein soll auf ein Heiligtum der Göttin Siva, der Lebensspenderin, zurückgehen. Einige Forscher deuten diesen Ortsnamen mit „Schieve“ als Scheibe und bagno (bein) als Sumpf. Schivelbein ist eine „Scheibe im Sumpf“. Das Schloss aus dem 13. Jahrhundert liegt oberhalb der Rega und hat einen kreisförmigen Grundriss, 12 m hohe Mauern und einen 25 m breiten Burghof.

Von unserem Hotel hatten wir nur einen Zehnminutenweg bis zur Marienkirche. Der Ort wurde am 3.3. 1945 von den russischen Truppen erobert und danach niedergebrannt. Heute sieht der Besucher aus deutscher Zeit nur noch die wiederhergestellte Marienkirche und das Steintor, beide stammen aus dem 14. Jahrhundert und natürlich nicht zu vergessen, das Schloss an der Rega.

Auf unserer ersten Wanderung durch die Stadt fanden wir den

Skwer (English Square), der Rudolfa Virchowa genannt wurde. In der Mitte des kleinen Platzes stand ein Gedenkstein für den weltbekannten Arzt Rudolf Virchow mit seinen Lebensdaten, der in Schivelbein geboren wurde. Wir erfuhren von einem Deutschen, der hier in diesem Städtchen seinen Lebensabend verbringt und dass der Pathologe, Anthropologe und Wissenschaftler Professor Dr. Rudolf Virchow (*1821 †1902) auch in Polen sehr verehrt wird. Man weiß, dass er die mikroskopisch pathologische Anatomie begründete und nachgewiesen hat, dass eine Zelle nur aus einer Zelle entstehen kann (omnis cellula ex cellula).

Für mich war es Ehrensache, das Elternhaus meiner verstorbenen Freundin Anneliese-Eva Redtfeldt in der Labeser Straße aufzusuchen. Die freistehende Villa war liebevoll vom Vater und Baumeister Fritz Redtfeldt Anfang des 20. Jahrhunderts erbaut worden. Erstaunlicherweise hatte sie den Krieg unbeschadet überstanden und ist heute noch ein Schmuckstück in der Straße.

Mit der Bahn erreichten wir von Schivelbein aus Labes (Lobez) an der Rega. Die ehemalige Hauptstadt des Kreises Regenwalde war 1271 urkundlich erwähnt worden. Adolf Pompe, der Dichter des Pommernliedes „Wenn in stiller Stunde“, war hier von 1861-1872 Pastor an der Marienkirche gewesen.

Von meiner Freundin Anneliese Redtfeldt kannte ich den Spruch: „Ein Labeser Schuster möckt Stäwel un schlurren, so hädd hei ok Gild und brukt nich tau schnürren.“ Labes war also eine Schusterstadt, daher auch „Schlurr-Labes“ genannt.

Mich interessierte das ehemalige Pommersche Landesgestüt an der Straße nach Wangerin. Es wird auch heute bewirtschaftet. Hier standen einmal 150 Edelhengste, die zum Decken der Stuten über ganz Pom-

mern auf sogenannte Deckstationen verteilt wurden. Die Stallungen und Wirtschaftsgebäude waren gut erhalten, sahen gepflegt aus. Aber bis auf ein gutgenährtes Pony konnte ich keine Pferde sehen. In einem Hotel entdeckten wir eine alte Fotografie, auf der das Gutshaus der Familie von Bonin abgebildet war.

Nächste Station Bad Polzin, das Moorbad des Ostens heißt heute Polczyn Zdroj. In diesem kleinen, idyllischen Ort, so kann man wohl behaupten, bewahren die Einwohner die Ruhe und die Kurgäste finden sie. Unser Hotel war das Sanatorium Marta am Kurpark. Von 1688-1945 zog dieses Bad, das scherzhaft „Karlsbad des pommerschen Adels“ genannt wurde, Kurgäste aus allen Teilen Deutschlands an. Wir sahen und sprachen im Juli 2019 nur mit einem deutschen Ehepaar, das hier schon mehrmals zur Kur weilte. Die Heilquellen enthalten Natrium, Chlor und Brom. Beliebt sind die Stahl- und Moorbäder. Da der Ort am Nordabhang des Pommerschen Landrückens liegt, wird er von den einfallenden Nord- und Ostwinden geschützt. Vom Sanatorium Marta kam man in 5 Minuten durch den Park zum Sanatorium Gryf, das sich zur deutschen Zeit Kaiserbad nannte. Es wurde Ende des 19. Jahrhunderts im französischen Renaissancestil erbaut.

Wir wanderten zum Luisenbad (Borkowo nach 1945). In der Nähe gibt es die Quelle, die schon 1688 als heilsam erwähnt wurde. Der Gebäudekomplex wurde nach der preußischen Königin Luise benannt. In der NS-Zeit wurde das Luisenbad zu einer Einrichtung des Lebensborns. Am Rande des Kurparks befindet sich das gut erhaltene, im roten Backstein erbaute Johanniter-Krankenhaus, das am 9.7.1855 eröffnet wurde.

Empfehlenswert ist auch ein Gang durch die Stadt. Ein Ehrenbürger

dieses Badeortes war Fürst Otto von Bismarck. Die Pfarrkirche stammt aus dem 14. Jahrhundert. Vor der Kirche steht eine Plastik, die Erasmus von Manteuffel (1475-1544), den letzten katholischen Bischof von der Diözese Cammin darstellt. Er wurde 1544 in der Gruft vor dem Altar der Marienkirche beigesetzt.

Wir besichtigten das Schloss, das 1308 von Herzog Bogislav IV. erbaut wurde. Es kam in den Besitz vieler pommerscher Adelsgeschlechter wie von Zosenow, von Glasenapp und von Wedel. Im 19. Jahrhundert kauften die Bürger der Stadt das Schloss und machten daraus ein Postamt. Zur sozialistischen Zeit war es ein Wohngebäude. Heute wird es vielfältig von der Stadt genutzt.

Mit dem Taxi unternahmen wir einen Ausflug zum wunderschön gelegenen Klockower See. Von der Gutsanlage sind nur einige Stallgebäude übrig geblieben. Am See verkündete uns ein Pole in fließendem Deutsch: „Hier ist es schöner als auf Mallorca.“

Von Bad Polzin aus machten wir einen Ausflug mit dem Bus nach Belgard/Białogard an der Persante. Die ehemalige Kreisstadt gehört zu den Städten Hinterpommerns, die weitgehend unzerstört den 2. Weltkrieg überstanden haben. Auf dem quadratisch angelegten Marktplatz, über die im Mittelalter die Salzstraße zwischen Kolberg und Posen verlief, waren quadratische Tische und Sitzgelegenheiten zum Ausruhen aufgestellt. Nachdem wir ein Foto vom alten Rathaus mit Uhrenturm geschossen hatten, begaben wir uns zur dreischiffigen St. Marienkirche aus dem 14. Jahrhundert. In unserem Reiseführer stand, dass Belgard eine Gründung der Familie von Kleist war, deren Urahn der 1248 erwähnte fürstliche Conrad Clest war. Die gräfliche Familie von Kleist war bis 1945 auf den Gütern Groß Tychow

und Schmenzin bei Belgard sesshaft. Ewald von Kleist wurde wegen seiner Beteiligung am Widerstand gegen Hitler 1945 von den Nationalsozialisten hingerichtet.

Auf dem Rückweg vom Markt machte uns eine Polin in gutem Deutsch auf einen Bus zum ZOB aufmerksam und führte uns zur Haltestelle. „Senioren brauchen kein Fahrgeld entrichten“, bemerkte sie.

Unsere letzten Urlaubsort Kolberg (Kolobrzeg) an der Persante erreichten wir mit dem Bus. Von unserem Hotel aus war der Weg in die Innenstadt mit Dom und Rathaus kurz. Wir entdeckten das alte Bürgerhaus aus dem 15. Jahrhundert, in dem einmal ein Museum für Joachim Nettelbeck eingerichtet worden war. Heute wird es als Waffenmuseum genutzt. Auf dem Weg zu diesem Haus kamen wir am Gebäudekomplex der früheren evangelischen Diakonie vorbei.

Uns interessierte aber diesmal nicht das Seebad sondern das etwa 4 km aufwärts an der Persante gelegene Dorf und Gut Altstadt. Heute trägt es den Namen Budzistowo. Dieser Ortsteil Kolbergs war nicht ans Verkehrsnetz angeschlossen. Im Ort und an der Marienkirche herrschte himmlische Ruhe. Die Informationstafel an der Marienkirche war leider nur polnisch beschriftet. Eingezäunt, nicht zugänglich sahen wir das Herrenhaus des Gutes Altstadt. Nach 1945 hatte es die Verwaltung des Gestüts beherbergt. Heute liegt die Gestütsanlage gegenüber dem alten Herrenhaus, es werden nur noch die alten Wirtschaftsgebäude des Gutes genutzt.

So beschreibt Dr. Johannes Voeller den Ursprung der Stadt Kolberg: Der Name Kolberg stammt aus dem Wendischen und bedeutet „Ort am Meer“. Im Jahr 1000 gründete Kaiser Otto III. das Erzbistum Gnesen. Die Zeit der Ottonen war von 936-1002. Für Pommern wurde ein eigenes

Bistum errichtet. Das war das „salsa Colbergensis ecclesia“, die „Kirche Salz-Kolbergs“. Kolberg wurde noch bis 1891 mit „C“ geschrieben. Schon damals hatten also die Menschen das Salz und die Sole Kolbergs gekannt. Das wendische Kolberg war einer der größten Burgbezirke und lag 4 km aufwärts der Persante, dort wo sich bis 1945 das Rittergut Altstadt befand. Im Jahr 1017 stiftete Reinbern hier die St. Marienkirche. Diese wurde aber wieder zerstört. Als Bischof Otto von Bamberg 1125 zum 2. Mal Altstadt besuchte, weihte er die neue St. Marienkirche. Sie gehörte nun zum Bistum Cammin. Kolberg war kein Bistum mehr.

Von Kolberg aus erlaubten wir uns einen Abstecher in die ehemalige Kreisstadt des Landkreises Kolberg-Körlin, polnisch Karlino. Das Städtchen liegt dort, wo die Radüe in die Persante fließt, an der alten Handels- und Heerstraße von Stettin nach Danzig. 1385 entstand neben der mit lübischem Recht versehenen Stadt das stattliche Castrum der Bischöfe, das zum Bistum gehörte. Bis zur Reformation residierten die Bischöfe zeitweise hier. Auf uns wirkte Körlin wie ein verlassener Ort, fast ohne Autoverkehr, mit seinem großen Marktplatz, dem Rathaus und der 1510 erbauten Michaeliskirche, einer spätgotischen Hallenkirche mit Staffelgiebel.

Unsere ruhigen Tage in Pommern endeten mit einer chaotischen Rückfahrt nach Braunschweig. Wir mussten in Stettin, Angermünde und Berlin umsteigen. Die Anschlusszüge erreichten wir wegen der Verspätungen nie. Doch durch die ruhevollen Tage in Hinterpommern kamen wir unbeschadet nach Braunschweig zurück.

Brigitte Kleczewski
(auch Fotos)

links:
Das Steintor in
Schivelbein

rechts:
Marktplatz und
Michaeliskirche
in Körlin



rechts:
Die Marienkirche
in Altstadt
bei Kolberg



Salomon Neumann – Jude, Revolutionär, Armenarzt und progressiver Sozialhygieniker

zum 200. Geburtstag am 22. Oktober

Salomon Neumann stammte aus der Kleinstadt Pyritz in Hinterpommern, gehörte dort zum jüdischen Bevölkerungsanteil und hatte namhafte Verwandte, die als Fabrikanten und Gelehrte überregionale Bekanntheit erlangten. Er selbst ist als Berliner Armenarzt, Revolutionär von 1848/49, der mit Rudolf Virchow an den Barrikadenkämpfen teilnahm, und bedeutender Medizinalreformer überliefert, der auch als Autor verschiedener Schriften und Gründungsmitglied einiger Stiftungen und der „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“ hervortrat. Damit wurde der Mann aus Hinterpommern in ganz Deutschland bekannt. In verschiedenen Schriften der letzten Jahre wird er als „Wegbereiter sozialmedizinischen Denkens und Handelns“ gewürdigt.

Salomon Neumann wurde am

22. Oktober 1819 in Pyritz geboren, das südlich von Stettin und Greifenhagen liegt, 1125 erstmals urkundlich erwähnt wurde und sich im Rahmen der späteren Industrialisierung zur Kleinstadt entwickelte, die bis 1945 als „Pommerns Rothenburg“ bezeichnet wurde. An diese Geschichte und mittelalterliche Idylle erinnern heute Reste der erhaltenen Stadtmauer, verschiedene Häuser und der Bamberg-Brunnen zum Gedenken an die Taufe der ersten Pommern 1125 durch Otto von Bamberg.

Neumann war das vierte von acht Kindern seiner jüdischen Eltern. Als Vater ist Zwi (Hirsch) Neumann überliefert, der als Kleinhändler wirkte. Er ermöglichte seinem Sohn Salomon einen weiterführenden Bildungsweg im angespannten bürgerlichen Sinne und das Medizinstudium in Berlin. 1842 wurde der Pyritzer

in Halle promoviert. Anschließend unternahm er zur weiteren Vervollkommnung Studienreisen nach Wien und Paris. Ab 1845 wirkte der junge Mediziner als Armenarzt in Berlin. Mehr noch. Er freundete sich mit dem bis heute berühmten Kollegen Rudolf Virchow an, vertrat die liberalen Ideen des Vormärz und gehörte mit seinem Medizinerfreund zu den 48er Revolutionären. Vom ersten Tag seines Arztseins empfand er die „medizinische Wissenschaft als eine soziale Wissenschaft“, deren Vertreter auch eine soziale Verantwortung haben. Damit unterschied sich der liberale und sozial denkende Mediziner von vielen Kollegen.

Parallel zu seiner Armenarztpraxis gesellten sich kritische Beiträge wie „Die öffentliche Gesundheitspflege und das Eigentum“ und „Die Berliner Syphilisfrage“, womit er in ein gesellschaftspolitisches Wes-

pennest stach, und ein wachsendes kommunalpolitisches Engagement. Zwischendurch heiratete der Mediziner 1857 Amalie Hurwitz.

Sein Wirken trug ihm 1858 die Wahl in die Berliner Stadtverordnetenversammlung ein, wo er sich in Wort und Schrift zum Mahner für die Verbesserung der „Berliner Armenkrankenpflege“ entwickelte. Mehr noch. Er reorganisierte die Volkszählung, brachte die Medizinalstatistik auf den Weg, wurde zum Gründer des Statistikkamtes in Berlin, gedieh zum fortschrittlichen Motor in der Berliner Sanitätskommission und sorgte solchermaßen für schrittweise Verbesserungen. Das trug ihm 1870 den Titel Sanitätsrat ein und deutsche Bekanntheit mit Auftritten auf Medizinkongressen. Sozial als Medizinerreformer und Sozialpolitiker trat Neumann auch als Jude in

Erscheinung. Er setzte sich mit der publizistischen Kampagne über die „jüdische Masseneinwanderung“ mit Fakten auseinander, legte parallel eine „Statistik der Juden in Preußen“ vor, die die Falschmeldungen wie einen Ballon platzen ließen, ergänzte sich in seiner Parteinarbeit für das Judentum mit Leopold Zunz, mit dem er eng befreundet war, und fungierte als Vorsitzender des deutschen Komitees der Alliance Israélite Universelle. Dazu kam sein Beitrag als Gründungsvater der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums 1895. Neumann gehörte damit ebenso zu den maßgeblichen Schlüsselgestalten des fortschrittlichen Judentums. Das wurde begleitet von der von ihm veranlassten Gründung der Zunz-Stiftung, die dessen „Gesammelte Schriften“ herausgab. In seiner eigenen „Salomon-Neu-

mann-Stiftung“ für die Wissenschaft des Judentums arbeiteten bedeutende Persönlichkeiten des deutsch-jüdischen Bildungsbürgertums mit, wie Hermann Cohen und Felix Liebermann.

Über sein vielgestaltiges Wirken starb Neumann am 21. September 1908 in Berlin. Außer seinem Lebenswerk und seiner Witwe hinterließ er zwei Töchter. Seine letzte Ruhe fand er auf dem Jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee. Die Rede auf der Gedächtnisfeier für Neumann hielt am 25. Oktober 1908 Hermann Cohen, eine deutsche Berühmtheit. Seit 1986 verleiht die Deutsche Gesellschaft für Sozialmedizin und Prävention an verdienstvolle Sozialmediziner die Salomon-Neumann-Medaille.

Martin Stolzenau

Kranke Täter

Zu: Importierte Gesundheitsprobleme (Nr. 32)

Meldungen über psychische Erkrankungen von Zuwanderern häufen sich, sind aber ein Tabuthema. Ich weiß nicht, wie man zu dieser Erkenntnis gekommen ist. Diese Erkrankungen haben nichts mit dem Jahr 2015 zu tun. Es gab auch lange vor 2015 Zuwanderer mit psychischen Erkrankungen. Da es sich jedoch nicht um deutsche Bürger handelte beziehungsweise handelt, wurde/wird sehr intensiv in allen Medien auf dieses Thema hingewiesen.

Wir haben uns hier ein gewaltiges Problem geschaffen, und zwar ohne Not. Nahezu jedes Verbrechen von Zuwanderern wird mit einer psychischen Krankheit begründet. Zu einfach. Wo sind die Kümmerer, die Medien, die sich genauso intensiv mit den vielen deutschen Bürgern befassen, die ebenfalls unter dieser Krankheit leiden? Aber auch hier: Es ist zu einfach, bei einer Gewalttat alles auf diese Erkrankung abzustellen.

Wichtig ist, dass sich Deutschland nicht vorrangig um importierte Gesundheitsprobleme kümmert, sondern sich mindestens genauso intensiv um die eigenen. Und davon sind wir noch weit entfernt. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Selbstanklage

Zu: Selbstanklage (Nr. 25) und zum Leserbrief: Beschränktes Sichtfeld beim Polendenkmal (Nr. 33)

Vielen Dank an die Leserbriefautorin für ihre aufrichtige Stellungnahme zu dem geplanten, aber hoffentlich nicht verwirklicht werdenden Bau des „Polendenkmals“ vor dem Anhalter Bahnhof. Sie hat uns aus der Seele gesprochen. Es ist uns unverständlich, dass es Deutsche gibt, die, 74 Jahre nach Kriegsende, immer noch nicht gelernt haben, dass Polen, mit der vertraglichen Unterstützung Englands, Frankreichs und den USA, Deutschland in den Krieg gezwungen hat. Der deutsche Michel mit seiner ihm angeborenen Selbstanklage zum Schuldgefühl hat wieder einmal sein eigenes Nest beschmutzt. Wir, heute Kanadier, müssen uns ob dieser Tatsache für unser Geburtsland schämen.

George und Erdmute Kuester, New Minas/Kanada

Eiskaltes Geschäft

Zu: Schlepper geehrt (Nr. 31)

Eine Schande ist es, wenn vermeintlich demokratische Regierungsmitglieder (so wie der Oberbürgermeister von Potsdam) Menschen ehren, die bewusst gegen das Seerecht verstoßen, bewusst das kriminelle Schleppertum unterstützen und dazu rechtsstaatliche Einrichtungen (Boot der italienischen Küstenwache) in Gefahr bringen und die Souveränität anderer Länder missachten, und dann noch von einem bedrohten Rechtsstaat in Europa sprechen. Das alles hat nichts mit Humanität zu tun, besonders, wenn Schlepper und sogenannte Retter ein eiskaltes Geschäft vereint, um Europa eine neue, verkappte Einwanderungspolitik aufzuzwingen. **Günter Algner, Berlin-Tempelhof**

Andauernde Schuldpsychose

Zu: Dem Kriegsbeginn folgten schwere Massaker (Nr. 35)

Der 80. Jahrestag des Beginns des Polenfeldzuges der deutschen Wehrmacht war natürlich wieder ein willkommener Anlass nicht enden wollender Demuts-, Schuld- und Reuebekenntnisse deutscher Politiker, die sich Asche auf ihr Haupt streuten. Und die sich anmaßen, stellvertretend für das deutsche Volk um Entschuldigung zu winseln, wie es gerade der Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier tat, nur um ihren von ihnen erwarteten Beitrag für das Implantieren einer generationenübergreifenden Schuldpsychose bei den Deutschen zu leisten.

Diese Systemknechte, sogenannte Volkvertreter, leugnen, genauso wie auch deren Einheits-

medien, noch 80 Jahre danach, dass der eigentliche Aggressor und Kriegstreiber Polen war, ermutigt durch die Beistandsabkommen mit Frankreich und England. So wurde damals die deutsche Bevölkerung immer maßloser misshandelt, verschleppt, erniedrigt, gefoltert, vergewaltigt und ermordet.

Die polnische Regierung duldet diese unmenschlichen Taten, sollten diese doch eine permanente Provokation des Deutschen Reiches sein, um bei einer militärischen Reaktion des Deutschen Reiches den Partnern Frankreich und England aufgrund eines gemeinsamen Bündnisses die Möglichkeiten zu geben, dem Deutschen Reich den Krieg zu erklären, was ja dann, so wie geplant, auch später eintrat. **Lutz Huth, Hannover**

Polens »Marsch nach Berlin«

Zu: „Seit 5.45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen“ (Nr. 35)

Der 80. Jahrestag des deutschen Angriffs („Überfalls“) auf Polen bietet Gelegenheit, auf die Vorgeschichte des deutsch-polnischen Konflikts näher einzugehen. Die deutsche Reichsregierung hatte seinerzeit mehrfach vergeblich versucht, mit der polnischen Regierung eine einvernehmliche Lösung des Konflikts in der Danzig- und Korridorfrage zu erzielen und die unerträglichen Schikanen, Gewalttaten und Provokationen der Polen gegen die Deutschen zu beenden. Bereits mehrere Monate vor dem deutschen Angriff hatten polnischer Rundfunk und Presse einen chauvinistischen Propagandafeldzug gegen die im Lande lebenden Deutschen geführt, der in der Feststellung gipfelte, „dass im Kriegsfall kein einheimischer Feind lebend entrinnen wird“.

Am 1. September begann dann die angekündigte „Jagd auf Deutsche“. Den vorläufigen Höhepunkt erreichten die Massaker am 3. September beim „Bromberger Blutsonntag“, als Tausende von Deutschen auf zum Teil bestialische Weise ermordet wurden. Es gibt unzählige Äußerungen führender polnischer Politiker, Militärs und Journalisten in der Zwischenkriegszeit, die eindeutig belegen, dass Polen auf eine militärische Konfrontation mit Deutschland hingearbeitet hatte. Nur ein Beispiel: „Polen will den Krieg mit Deutschland und Deutschland wird ihn nicht vermeiden können, selbst wenn es das wollte“ (Marschall Edward Rydz-Śmigły, Generalinspekteur und Oberbefehlshaber der polnischen Armee, im Juni 1939).

Um den „Marsch nach Berlin“ zu beginnen, hatte Polen bereits im März 1939 teil- und am 30.

August 1939 generalmobiliert. Die Generalmobilmachung war faktisch eine Kriegserklärung. Mit Bündnisverträgen und der Mobilmachung hat sich Polen auf einen Krieg mit Deutschland vorbereitet. Von einem deutschen „Überfall“ kann daher keine Rede sein.

Die polnische Bevölkerung wurde mit der Ankündigung kommender Offensiven bis nach Berlin und neuen Grenzen an der Oder in Kriegsbereitschaft, ja geradezu in Kriegshysterie versetzt. Die Kriegsbegeisterung der Polen beschrieb der Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki in seiner Autobiografie „Mein Leben“ so: „Die Nachricht vom deutschen Überfall auf Polen haben wir (...) mit Erleichterung, mit befreitem Aufatmen zur Kenntnis genommen. Und als am 3. September Frankreich und Großbritannien Deutschland den Krieg erklärten, konnte sich das Volk vor lauter Glück kaum beherrschen. Die Stimmung war – und nicht nur in Warschau – enthusiastisch.“

Nachdem Polen mit Zustimmung der alliierten Siegermächte die deutschen Ostprovinzen Schlesien, Pommern und Ostpreußen (Ausnahme russischer Teil) geraubt und 15 Millionen Deutsche aus ihrer uralten Heimat brutal vertrieben hatte, nachdem es auch das westlich der Oder gelegene Stettin sich widerrechtlich angeeignet hatte, nachdem es widerrechtlich Eigentum und Vermögen der vertriebenen Deutschen zum polnischen Staatseigentum erklärt hatte, besteht nicht der geringste Grund, die Verbrechen der Polen durch deutsche Reparationszahlungen noch zu belohnen. Diese sind absurd und zeugen von Arroganz gegenüber den kriegsschuld beladenen und hypermoralisierten Deutschen. **Günter Zemella, Schwäbisch Hall**



Einsamer Kämpfer: Von Bernd Fabritius, dem Präsidenten des Bundes der Vertriebenen (BdV), wird eine „Rückrede“ gegen die erstarrten Strukturen des BdV erwartet Bild: pa

Hauptzweck des BdV ist entfallen

Zu: Fenster und Türen auf beim BdV! (Nr. 33)

Vorschlag: Macht den Laden zu! Ein Heimatvertriebener möchte seine Heimat zurück. So ist das auf der ganzen Welt. Auf der ganzen Welt? Nein, nicht in Deutschland. Hier erklärt der Bund der Vertriebenen (BdV) erst einmal, weshalb es nie wieder eine Rückkehr in die Heimat geben wird. So auch in dem Artikel. Man ist dort geradezu besessen von dem Ge-

danken, dass die Ostgrenze unveränderbar ist.

In der Adenauerzeit hat man das noch anders gesehen, spätestens seit ein Bundeskanzler in Warschau auf dem Boden herumgerutscht ist, ist es damit, nach und nach, zu Ende gegangen. Damit ist der Hauptzweck des BdV, nämlich zur Rückkehr der Vertriebenen beizutragen, entfallen. Geld verteilen und Folklore mit den Besatzern veranstalten kann man auch ohne den BdV.

Bezeichnend ist doch, was für Funktionäre dort tätig sind. Die stammen ganz überwiegend aus der CDU. Denen glaube ich gerne, dass sie ein Sprungbrett für ihre politische Karriere brauchen und schließlich irgendwo mit dem Pöstchensammeln beginnen müssen, jedoch glaube ich nicht, dass deren Herz für Ostdeutschland schlägt. Bevor in der CDU eine der wichtigen Personen überhaupt Worte wie Ostpreußen oder Danzig ausspricht, beißen die sich

lieber auf die Zunge. Wann hat einer der Leser die deutsche Bundeskanzlerin oder einen ihrer Vertreter jemals in Polen, Russland, Litauen oder in der Tschechien darüber reden hören, dass die Rückgabe besetzter Gebiete im Rahmen der europäischen Wertegemeinschaft selbstverständlich ist?

Nein, stattdessen setzen sich diese Leute für die Rückgabe der Krim ein. **Volker Thiel, Münster**

Letztes Aufgebot

Zu: Führungsprobleme (Nr. 34)

Jetzt muss die arme SPD sogar schon ihre ganzen Zombies betreffs Parteivorsitzes in Stellung bringen. Dieses allerletzte Aufgebot der Sozialdemokraten ist nur noch vergleichbar mit Adolf Hitlers letztem Aufgebot im April 1945 bei der filmisch überlieferten Auszeichnung von Hitlerjungen hinter dem Führerbunker in Berlin. **Axel Schröder, Pärnäs/Finland**

Anzeige



»Ich lege hier für den Fall meines Todes das Bekenntnis ab, dass ich die deutsche Nation wegen ihrer überschwänglichen Dummheit verachte und mich schäme, ihr anzugehören.«

Arthur Schopenhauer

■ Dies ist wahrscheinlich eines der ungewöhnlichsten Bücher, die Sie je lesen werden. Es ist kein klassisches Sachbuch, sondern etwas Neues, Einzigartiges.

Dumm, dümmer, deutsch ist ein Exzess an Leidenschaft, Offenheit, Klarheit, ständig präsentem Wortwitz und elegant transportiertem Humor. Eloquent analysiert Christian Wolf die politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands.

Betrachten Sie seine Gedanken als eine Art schriftliches Kabarett in der Tradition des Hofnarren. Diese durften auch heiße Eisen an- und Wahrheiten aussprechen – solange sie mehr Lacher als Unmut ernteten.

Um nicht gebarschelt, gemölemant oder gehaidert zu werden, versichert der Autor, dass seine Ausführungen fast so ernst zu nehmen sind wie die Ergüsse der Repräsentanten des (hust) »freiesten Staates der deutschen Geschichte«.

Wer dieses Buch liest, vergisst es nicht. Geistreich, schwungvoll, stets mit fundiertem Wissen und Stil regt Wolf seine Leser an und zuweilen auch auf. Der Autor lächelt, obwohl er leidet, wenn er mit ansehen muss, wie sehr die Deutschen verdummt und belogen werden und sich teils für dumm verkaufen lassen. Und der Leser spürt schnell, da schreibt einer mit ganzem Herzen.

Denn wir leben in einem absurden Land mit der »inländerfeindlichsten Regierung der Welt«, einem unersättlichen Steuerstaat, der das Geld seiner Bürger bevorzugt für fremde Interessen verprasst, und stehen vor einer Zukunft mit noch mehr Meinungsterror, Enteignungen und diktatorischen Zügen.

Sein Ausblick auf die Zukunft ist ernst zu nehmen. Dieses Buch hat Horizont, zeigt Perspektiven, hilft dem Leser und öffnet die Augen.



»Die Deutschen haben eine lange Leitung, aber auch eine kurze Zündschnur. Wer hat das Streichholz?«

Wer nicht liest, der näht oder spielt

Büchereien bereiten sich mit multimedialen Angeboten auf die Zukunft vor – Zum »Tag der Bibliotheken« am 24. Oktober

Am „Tag der Bibliotheken“, dem 24. Oktober, freut sich eine Bücherei besonders: Die Berliner Zentral- und Landesbibliothek erhält den nationalen Bibliothekspreis – auch weil sie sich auf die veränderten Nutzergewohnheiten vorbereitet hat.

Das Buch ist tot, es lebe die Bibliothek. Die moderne Bibliothek soll Aufenthaltsort sein, Wohnzimmer. Kein Büchermuseum. Wie soll das funktionieren, wenn das Buch doch gar nicht mehr gefragt ist? Wie wollen Bibliotheken Nutzer in ihre Hallen ziehen, wenn nicht mit Büchern? Die Zukunft der Bibliothek liegt in einem zeitgemäßen Angebot. Und das sieht anders aus. Mit Öffnungszeiten rund um die Uhr. Und mit einem multimedialen Angebot, das keine Regale benötigt, sondern freie Flächen und Räume, die als Treffpunkt dienen.

Andreas Degkwitz, Bundesvorsitzender des Deutschen Bibliotheksverbandes (DBV), formuliert die Aufgaben der Bibliotheken mit dem Auftrag der Kompetenzvermittlung, gerade im Hinblick auf die digitale Welt sowie der Teilhabe an Bildung, Gesellschaft und Kultur. Der Umsetzung dieser Forderung kommen immer mehr Bibliotheken in Deutschland nach. Der nationale Bibliothekspreis wird in diesem Jahr am 24. Oktober, dem „Tag der Bibliotheken“, bereits zum 20. Mal verliehen und geht an die Zentral- und Landesbibliothek Berlin. Sie überzeugte die Jury mit ihrem Gesamtkonzept von partizipativen Angeboten und digitalen Services, sie präsentiert sich als Wis-

sensvermittler, produktiver Arbeitsort und Forum der Stadtgesellschaft. Genau das ist es, was die Bibliotheken heute anstreben. Das gedruckte Buch verliert dabei stetig an Bedeutung.

Wenn das digitale Buch das gedruckte Buch zunehmend er-

registrieren, nur um von Zuhause aus online auszuleihen und auf den Besuch in der Bibliothek verzichten. Mit Öffnungszeiten, die weit über das bislang bekannte Maß hinausgehen, solchen, die auch die Tage und Tageszeiten einbeziehen, an denen keine Mit-

zept der sogenannten Open Library – der offenen Bibliothek. Volljährigen Nutzern wird die Möglichkeit gegeben, dank der Nutzerkarte Einlass in die Bibliothek zu bekommen, auch wenn kein Mitarbeiter anwesend ist. Sonntags sind die Bibliotheken in

was hier bereits alles stattgefunden hat: Ein Drohnenflugwettbewerb, ein Fußballturnier auf einem virtuellen Spielfeld, sogar Hacker haben sich hier getroffen. Was das alles mit Wissen zu tun hat? Die Antwort ist komplex.

Die kulturellen Berater in Dänemark sehen die Bibliothek der Moderne als ein Konstrukt, das auf vier Säulen basiert. Dazu zählt Wissen, das durch Erkenntnis und Erfahrung gewonnen werden kann, Engagement, Kompetenz und Innovation.

Der Anspruch der neuen Bibliotheken ist immens groß. Sie wollen Wissensvermittlung bieten, Helfer beim Lesenlernen und beim Lernen generell sein. Verschiedene Angebote und Projekte sollen Menschen zur Teilhabe an Wissen verhelfen. Auch eine Geschichtswerkstatt kann dazu gehören. Computerkurse haben hier ebenso Platz wie eine Näherwerkstatt oder Chorproben. Kultur soll das Leben bereichern und die Bibliothek will mit ihren Räumen Gestaltungsspielraum für Kreativität bieten. Die Menschen sollen sich mit und über das, was sie bewegt, austauschen. Gemeinsam spielen, lesen, lernen, Wissen finden.

Anne Wellingerhof vom Deutschen Bibliotheksverband erläutert dazu: „In Zeiten der digitalen Transformation bieten Bibliotheken einen Ort, an dem Menschen digitale Inhalte ausprobieren und kreativ sein können. Mit den digitalen Angeboten erhalten Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich digitales Wissen anzueignen und gemeinsam mit anderen zu testen.“ Somit würden in Bibliotheken Orte der Begegnung,

des Wissensaustausches und des Lernens, der kulturellen und sozialen Interaktion entstehen. Wichtige Angebote seien auch „Makerspace“ und „Gaming-Zonen“.

Diese neuen Begriffe erfordern eine Definition. Ein „Makerspace“ ist ein Ort, um etwas selber zu machen: Hier können Nutzer digitale Werkzeuge und Medien frei nutzen, ausprobieren und Neues gestalten. Zum Beispiel einen 3D-Drucker ausprobieren, Schmuck basteln, Superheld-Kostüme nähen, Apps programmieren, basteln, Kurse belegen – alles unter Anleitung von Experten.

Bibliothekarin Wellingerhof sagt dazu: „Auf diese Weise wird der Umgang mit digitalen Medien gelernt und praktisch angewendet. Alle gesellschaftlichen Gruppen können hier partizipieren, von- und miteinander lernen, Neues ausprobieren und digitales Wissen erwerben. So entsteht ein Ort der Begegnung, des Zusammenhalts und der digitalen Chancengleichheit.“

Die „Gaming-Zone“ ist ein weiteres Angebot öffentlicher Bibliotheken. Ein Bereich, der über das Ausleihen der Spiele weit hinausgeht. Wellingerhof: „Hier können Spieler zusammentreffen und gemeinsam beziehungsweise gegeneinander Computerspiele spielen. In durch Experten angeleiteten Gaming-Events und anderen medienpädagogischen Angeboten spielen junge Leute gegeneinander, testen neue Spiele und erlangen auf diese spielerische Weise Wissen und Medienkompetenz. Aber auch andere Altersgruppen nutzen das Angebot in Bibliotheken, virtuelle Welten zu erfahren.“ *Stephanie Sieckmann*



Endstation Büchertempel: Die hypermoderne Bibliothek Dokk 1 in Aarhus

Bild: Leif Jørgensen

setzt, jedes Jahr die gedruckten Bestände verkleinert werden und sogar Erstausgaben aussortiert werden, dann bleibt zuletzt die Frage, warum überhaupt neue Bibliotheken gebaut werden sollen. Zu den besonders spektakulären Gebäuden gehört die Stadtbibliothek Stuttgart, die 2011 als intellektuelles und kulturelles Zentrum entworfen wurde.

Die modernen Bibliotheken wollen keinesfalls Nutzer, die sich

arbeiter vor Ort sind, bieten einige Bibliotheken ihre Räume frei zugänglich an. Die Bibliothek im dänischen Aarhus geht hier als Beispiel voran. Das Angebot wird sehr gut angenommen, vor allem an den Wochenenden. Dänemark verzeichnet enorm steigende Besucherzahlen in seinen Bibliotheken.

In Deutschland experimentieren inzwischen ebenfalls die ersten Bibliotheken mit dem Kon-

Deutschland jedoch, anders als in Dänemark, geschlossen.

Aktuell orientieren sich die deutschen Bibliotheken stark an den erfolgreichen Vorbildern aus Skandinavien. Rund 100 Millionen Euro hat Aarhus für das „Dokk 1“, den Bibliotheks-Neubau im Hafen, ausgegeben. Es ist eine Investition in die Zukunft. Flachbildschirme im Eingangsbereich geben Hinweise auf Veranstaltungen. Es ist überraschend,

Patente Lamellen

Ein sicheres Dach über dem Kopf – Die Zollbauweise in Merseburg

Der Zollstock geht nicht auf ihn zurück, das Zollingerdach schon. Friedrich Reinhardt Balthasar Zollinger (1880–1945) erfand nicht nur die typisierte Schüttbeton-Bauweise, er erfand auch das typisierte Rauten-Lamellendach. Beide Verfahren zur fabrikmäßigen Herstellung serieller Bauteile ließ er patentieren, was ihn allerdings nicht vor einem erbitterten Rechtsstreit mit Hugo Junkers, dem Gründer der Dessauer Junkers-Werke, bewahrte. Dieser hatte Zollingers Idee aufgegriffen

deren zu Bündeln zusammengefasste Lamellen per Kamelkarawane durch die woglose Steppe transportiert wurden.

Während die Junkers-Dächer im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört wurden, ist Zollingers Dachtragwerk aus Holz bis heute vielerorts zu bewundern. Ganz besonders in Merseburg, wo der Architekt von 1918 bis 1930 Stadtbaurat war und die nach ihm benannte Zollbauweise ab 1922 erstmals zum Einsatz kam.

Mit dem Bau des Ammoniakwerks bei Leuna 1916 strömten

fenden Tonnendächern prägen die „Neubauten“ das Stadtbild bis heute.

Unter dem sperrigen Titel „Das Dach der Moderne. Zollbau Merseburg. Konstruktion und weltweite Verbreitung“ widmet das Kulturhistorische Museum Schloss Merseburg dem Erfinder Zollinger noch bis zum 27. Oktober mit Modellen, Fotos und Schrifttafeln eine eigene Ausstellung. In Zeiten wachsender Ökobilanzierung kann ein Blick auf Zollingers technisch geniale und dazu materialsparende Dachvariante durchaus lohnen. Zentrales Element ist ein schmales Brett, dessen eine Längskante gebogen geschnitten ist und dessen Schmalseiten abgeschrägt sind. Zu Rauten zusammengeschräbt bilden die Bretter ein netzartiges freitragendes Dachgewölbe, das ein Vielfaches der damals möglichen Spannweiten zulässt.

Der Zollbau schrieb Architekturgeschichte. Nach diesem Prinzip baute das Architekturbüro Ollertz aus Fulda die Dachlandschaften der 2009 und 2010 eröffneten Toskana-Thermen von Bad Sulza und Bad Orb. Mit seiner Modernisierung beschäftigt sich aktuell eine Forschungsgruppe an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig. Einen optimalen Blick auf das historische Zollerdach hat man in Merseburgs Freimfelder Kreuzkapelle, deren Rautenkonstruktion von 1932 nicht verkleidet ist.

Helga Schnehagen

Kulturhistorisches Museum Schloss Merseburg, Domplatz 9, geöffnet täglich 9 bis 18 Uhr, Eintritt: 3,50 Euro.



Merseburg: Doppelhäuser mit Zollbau-Lamellendach Bild: Schnehagen

und ein Lamellendach aus dünnen Blechen konstruiert, um Hallen und Hangars zu überwölben.

Beide einigten sich schließlich außergerichtlich, die Metallkonstruktion unter dem Namen Junkers-Zollbau-Lamellendach gemeinsam zu vermarkten. Die Innovation erregte Interesse. Schon 1926 bauten die Junkers-Werke im Auftrag der türkischen Regierung im Innersten Kleinasien Hallen,

tausende Arbeiter in die neue Industrieregion. Die Wohnungsnot machte – wie vor 100 Jahren in allen aufstrebenden deutschen Industriegebieten – erfinderisch. Zollinger gelang es, mit einem Generalbebauungsplan in zehn neuen Stadtvierteln 1086 Neubauten entstehen zu lassen und damit in nur zwölf Jahren Merseburgs Wohnungsbestand fast zu verdoppeln. Mit ihren spitz zulau-

Zu Gast im Wald

Beim Pilzsammeln im Herbst Rücksicht nehmen auf die Wildtiere

Der Wald bietet im Herbst ein reiches Angebot an Speisepilzen wie Pfifferlinge, Steinpilze und Maronen. Dabei heißt es beim Sammeln aber Vorsicht walten zu lassen und Rücksicht zu nehmen. Und zwar Vorsicht vor giftigen Pilzen und Rücksicht auf Wildtiere.

Seit etwa Ende September bereiten sich viele Wildtiere auf den Winter vor und bauen Fettreserven auf. Dichtes Unterholz und ausgewiesene Wildruhezonen sind wichtige Rückzugsorte für Reh, Wildschwein und zahlreiche andere Tiere. Sie sollten ebenso wenig betreten werden wie unübersichtliche Dickungen, etwa aus Brombeeren oder jungen Bäumen.

Für ein harmonisches Miteinander sollten Pilz- und Beeren-sammler ihre Leidenschaft nicht in der Dämmerung und nachts ausleben – zum Schutz der Wildtiere. „Wer möchte schon im Wohn- oder Schlafzimmer von ungebetenen Gästen überrascht werden?“, sagt der Präsident des Deutschen Jagdverbands (DJV), Volker Böhning.

Der DJV bittet Waldbesucher daher, sich rücksichtsvoll und umsichtig zu verhalten. Denn eines sollten Pilzsammler immer beherzigen: dass der Wald das Wohnzimmer vieler Wildtiere, der Waldbesucher hingegen dort nur zu Gast ist.

Im Sinne der Nachhaltigkeit sollten Sammler außerdem nur so viele Pilze mitnehmen, wie sie am selben Tag verwerten können. Das Bundesnaturschutzgesetz schreibt ausdrücklich vor, dass jedermann Früchte des Waldes und Pilze für den eigenen Gebrauch in kleinen

Mengen sammeln darf, sofern ein Gebiet nicht einem Betretungsverbot unterliegt. Einzelheiten regeln die Länder.

Im eigenen Sinne sollte man es mit dem Sammeln nicht übertreiben, denn die Haltbarkeit von Pilzen in Kühlschränken oder Keller ist auf ein bis zwei Tage begrenzt. Zum Sammeln eignen sich am besten klassische Pilzkörbchen aus Holzgeflecht. Tüten oder Gefäße aus Kunststoff sind nicht empfehlenswert – das gilt auch für die Aufbewahrung. Die Pilze drohen darin schnell zu faulen.

Einige heimische Speisepilze haben übrigens giftige Doppelgänger. Im Allgemeinen gilt beim Pilzsammeln die goldene Grundregel: nur das ernten, was man hundertprozentig kennt beziehungsweise bestimmen kann. Anfängern empfiehlt sich die Teilnahme an Pilzexkursionen. Die Deutsche Gesellschaft für Mykologie e.V. in Frankfurt am Main bietet eine Pilzberatung an und vermittelt außerdem Pilzsachverständige aus der Region. Sie überprüfen Pilze auf Essbarkeit (Internet: www.dgfm-ev.de).



Pilz des Jahres: Grüner Knollenblätterpilz

Bild: DGfM/Andreas Kunze

Pilze lassen sich für bis zu sechs Monate einfrieren. Sie zu trocknen ist gut fürs Aroma. Das geht zum Beispiel im Backofen. Danach sollte man die dünnen Scheiben in einem luftdichten Gefäß aufbewahren. Waldpilze sind übrigens hervorragende Begleiter für Wildgerichte. Entsprechende herbstliche Rezepturen gibt es im Internet auf der Seite www.wild-auf-wild.de.

Pilz des Jahres 2019 ist übrigens der Grüne Knollenblätterpilz. Er ähnelt dem Champignon, ist aber nicht zum Verzehr geeignet, da er hochgiftig ist. Diesem Pilz sollen schon berühmte Personen wie Papst Clemens VII. oder der römisch-deutsche Kaiser Karl VI. zum Opfer gefallen sein. Inzwischen steht schon der Pilz des Jahres 2020 fest: Es ist die Gemeine Stinkmorchel. *H. Tews*

Detektivische Arbeit zum Schicksal vertriebener Frauen

Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg waren eine „weitgehend weibliche Erfahrung“. Mit dieser Feststellung leitet die Historikerin Katharina Aubele ihre umfangreiche, vom Münchner Collegium Carolinum herausgebrachte Untersuchung über Schicksal, Stellung und Tätigkeit vertriebener Frauen in der frühen Bundesrepublik ein, – eine überfällige Würdigung und Ehrenrettung unzähliger Frauen, die im Elend der Nachkriegszeit unter schwierigsten Bedingungen das eigene Leben und das ihrer Kinder retteten und sich in Fürsorge und Nachbarschaftshilfe aufzeigten, und das alles für den sprichwörtlichen Gotteslohn, der im irdischen Leben damals kaum zum Überleben reichte.

Bekanntlich fehlten bei vielen Trecks der Flüchtlinge und Vertriebenen 1945 die Männer. Sie waren gefallen oder in Gefangenschaft, alle zum Überleben nötigen Maßnahmen oblagen den Frauen. Sie organisierten Unterkünfte, Verpflegung, Hilfen für Kranke, Hungernde und Waisen in allen nur denkbaren Lebenslagen. Die Autorin hat in teilweise geradezu detektivischer Arbeit viele der damaligen Verästelungen aufgespürt. Sie unterteilt ihr Buch in drei große Abschnitte: Vertriebene Frauen innerhalb der Kirchen, innerhalb der Vertriebenenverbände und in der Politik.

Am stärksten kam deren humanitäres Verständnis in den Kirchen zum Ausdruck. Hier gab es viele Anlaufstellen, in denen vertriebene Frauen Hilfe für alle und jeden in jeder nur denkbaren Form leisteten. Vielfach geschah dies aus

dem christlichen Verständnis von Nächstenliebe, ob in der katholischen Caritas oder der evangelischen Diakonie.

In den Vertriebenenverbänden engagierten sich Frauen oft in kultureller und sozialer Arbeit, nicht zuletzt um den Heimatgedanken wachzuhalten, wobei sie mit Verbitterung feststellen mussten, dass sie ab den 1970er Jahren mehr und mehr an Zuspruch verloren. Die Autorin informiert über die männerdominierten Verbände ebenso wie über manchmal wohl unvermeidliche Querelen, die sich

**Politikerinnen
waren »für alle« da**

freilich nie so extrem wie unter Männern steigerten.

Das Kapitel über vertriebene Frauen in der Politik muss der Autorin offenbar die meiste Freude gemacht haben, vielleicht weil man hier auch bei zahlreichen Frauen, die es teilweise bis an die Spitze von Bundes- und Landesministerien geschafft hatten, den leichtesten Zugang hatte. Es spiegelt etwa 20 Frauenschicksale aus allen Bundestagsparteien in lebhaft geschilderten Biografien. Sie nötigen große Hochachtung ab, so wenn manche Frauen nur um Haarsbreite den Mordkommandos der SS entkamen, nach 1945 teilweise als Stallmagd gearbeitet haben oder mit buchstäblich nichts als den Kleidern auf dem Leib die Flucht überlebten. Es ist übrigens diese Frauengruppe, die sich am deutlichsten von ihrem reinen Ver-

triebenenschicksal löste und – etwa als Frauen- oder Sozialpolitikerinnen – „für alle“ da waren. Die 1909 nahe Posen geborene Margot Kalinke (CDU) saß von 1949 fast durchweg bis 1972 im Bundestag und galt seinerzeit als die profilierteste Sozialpolitikerin in Bonn.

Es ist ein an Fakten zum Thema Vertriebene reiches Buch. Wie immer könnte man sich da und dort noch eine Vertiefung des Themas vorstellen; etwas eng, so ist manchmal der Eindruck, bleibt die Verfasserin allein bei den Vertriebenen, dabei waren diese doch, was angedeutet wird, spätestens ab Ende der 1950er Jahre in die westdeutsche Gesellschaft weitgehend integriert und respektiert, und sie waren auch, etwa im Deutschen Frauenring, dort vollwertige Mitglieder als Angehörige von Vertriebenenverbänden.

Da diese Zeitung ihre geistige Heimat in Ostpreußen hat, sei eine im Buch besonders herausgestellte Institution auch hier erwähnt. Im niedersächsischen Beienrode nahe Helmstedt gibt es seit 1949 das „Haus der helfenden Hände“. Es wurde damals von dem Theologen Hans-Joachim Iwand und seiner Frau Ilse mit Hilfe zahlreicher ostpreussischer Pfarrwitwen, deren (gefallene) Männer meist der Bekennenden Kirche an-

gehört hatten, gegründet. Iwand war Vorsitzender des Hilfskomitees der evangelischen Deutschen aus Ostpreußen, und die Idee war, die unsägliche Not vertriebener Menschen zu lindern. In einem alten Rittergut richtete man Notunterkünfte, Waisenbetreuung und Ausbildungsplätze für junge Mädchen ein. Die Menschen lebten, so die Autorin, in „ordensähnlichen Hausgemeinschaften“. 1955 wurde hier auch das Archiv der evangelischen Kirche Ostpreußens untergebracht. Heute ist Beienrode, getragen von der Diakonie, ein modernes Pflege- und Seniorenheim für etwa 100 Menschen. Bundesweites Aufsehen erregte das Stift 1997, als dem damaligen Leiter in einem Indizienprozess nachgewiesen wurde, seine Ehefrau Veronika Geyer-Iwand, ermordet zu haben.

Das Buch ist ein Einstieg in ein noch immer wenig erforschtes Thema. Der leider recht hohe Preis mag einer größeren Verbreitung im Wege stehen, aber Verbände und Bibliotheken sollten es auf alle Fälle bereithalten. Dirk Klose



Katharina Aubele: „Vertriebene Frauen in der Bundesrepublik Deutschland. Engagement in Kirchen, Verbänden und Parteien 1945–1970“, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2019, gebunden, 472 Seiten, 70 Euro

Wege, etwas Neues zu wagen

Die elfjährige Juli lebt mit ihrer Mutter in einem Mehrfamilienhaus. Als neue Nachbarn einziehen, verdonnert Mama ihre Tochter dazu, sich um den gleichaltrigen August zu kümmern, weil er sich in der Gegend ja noch gar nicht auskennt. Schon die Namen Juli und August lassen schmunzeln. Und, obwohl das Thema des Buches „Cool in 10 Tagen“ von Katja Reider hochaktuell und eher ernst ist, zieht sich durch die Lektüre viel Witz.

Julis Mutter ist Unternehmensberaterin. Was das genau ist, wird kindgerecht erläutert. Da die Mutter andere Menschen tagtäglich unterstützt, hat sie im Alltag immer einen Plan, und zwar für alles. Selbst ihre Tochter ist davon nicht ausgenommen. Als gute Idee erweist sich, dass Juli sich um den Neuen kümmern soll. Zwischen beiden entsteht eine besondere Freundschaft, denn sie haben gleich am Anfang ein tolles gemeinsames Projekt.

Juli entdeckt in den Unterlagen ihrer Mutter eine Anleitung zum „Cool-Sein in 10 Tagen“. Diese wollen Juli und August, der sich lieber „Gus“ nennt, jeden Tag abarbeiten, um dann in der Klasse und in der Freizeit richtig selbstsicher aufzutreten. Mutig stellen sie sich täglich eine neue Aufgabe.

Die sehr erfolgreiche Autorin, die bereits 150 Kinder- und Jugendbücher veröf-

fentlicht hat, nahm sich ein wichtiges Thema vor: Wie können Kinder ihr Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl stärken? Wie kann man im täglichen Leben mutiger werden und muss man unbedingt immer „cool“ sein?

In einer mitreißenden Geschichte zeigt sie Kindern einen leicht zu befolgenden Weg. Etwas Neues zu wagen, ist nicht so leicht. Auch für Erwachsene nicht. Durch kleine Übungen stellen sich Juli und Gus täglich neuen Herausforderungen. Doch kurz vor Schluss gibt es noch eine dramatische Wende. Für Juli scheint alles zusammenzubrechen, doch die Autorin sorgt am Ende für ein wunderbares Happy End. Sehr geschickt integriert Reider die Lebensweisheiten einer älteren Generation in die Geschichte hinein. Juli lernt eine ältere Dame kennen, die ihr die Welt aus ihrer Sicht erklärt.

Eine klare Leseempfehlung für alle Kinder ab zehn Jahren, die sich im Alltag und in der Schule täglich neu behaupten müssen. S.F.



Katja Reider: „Cool in 10 Tagen“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2019, broschiert, 176 Seiten, 10 Euro

Wahrheiten zum NSU-Prozess

Gisela Friedrichsen ist eine der bekanntesten Gerichtsreporterinnen Deutschlands: Sie schrieb unter anderem schon für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, den „Spiegel“ und die „Welt.“ In ihrem Buch „Der Prozess“ berichtet sie nun über das Verfahren gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, Carsten Schultze, André Eminger und Holger Gerlach wegen Mitgliedschaft im „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) beziehungsweise Unterstützung desselben. Während des Mammutprozesses, der vom 6. Mai 2013 bis zum 11. Juli 2018 dauerte, wurden 541 Zeugen und 46 Sachverständige gehört, um die Verantwortlichkeit für neun Morde an Immigranten, einen Polizistenmord, zwei Sprengstoffanschläge, 15 Raubüberfälle und 43 Mordversuche festzustellen. Am Ende verurteilte der 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts München Zschäpe wegen Mittäterschaft zu lebenslanger Haft, während die übrigen Angeklagten Freiheitsstrafen zwischen zweieinhalb und zehn Jahren erhielten.

Friedrichsen weilte an fast allen der 438 Verhandlungstage im Gerichtssaal. Dabei gelangte sie im Gegensatz zu vielen Kritikern der Prozessführung des Vorsitzenden Richters Manfred Götzl zu der Ansicht, dass das Gericht seine Aufgabe in mustergültiger Form erfüllt habe. Durch die akribische Beweisaufnahme wisse man nun, wer die Täter gewesen seien: nämlich das NSU-Kerntrio, bestehend aus Zschäpe und ihren beiden toten Gesinnungsgenossen Mundlos und Böhnhardt. Das mache alle Spekulationen über weitere Tatbeteiligte auf Seiten der Rechtsextremisten, aber auch des Verfassungsschutzes

obsolet – genauso wie Mutmaßungen über alternative Täter aus einem völlig anderen Milieu.

Diese naive Haltung zieht sich als roter Faden durch das Buch und ist dessen größtes Manko. Von einem Gerichtsreporter erwartet man deutlich mehr kritische Distanz gegenüber dem, was die Justiz als „Wahrheit“ präsentiert – gerade in dem verwickelten Fall NSU, der durch unzählige Merkwürdigkeiten gekennzeichnet ist. Man denke da nur an das mysteriöse Zeugensterben während des Prozesses.

Als positiv zu werten sind hingegen Friedrichsens deutliche Worte über die vielen Anwälte der 95 türkischen Nebenkläger, „denen die Vertretung eines Opfers ein regelmäßiges Einkommen aus dem Staatssäckel ohne großen Aufwand bescherte“. Natürlich nur, sofern es tatsächlich Opfer gab, was durchaus nicht immer der Fall war. So „vertrat“ der Anwalt Ralph Willms aus Eschweiler, der dort auch für die CDU im Stadtrat saß, eine türkische „Mandantin“ namens „Meral Keskin“, welche überhaupt nicht existierte, und kassierte dafür an 232 Sitzungstagen 211 000 Euro Honorar und Reisespesen. Die Passagen, in denen solchen Advokaten-Typen die Maske vom Gesicht gerissen wird, gehören zu den stärksten des Buches.

W. Kaufmann



Gisela Friedrichsen: „Der Prozess. Der Staat gegen Beate Zschäpe u.a.“, Penguin Verlag, München 2019, gebunden, 301 Seiten, 22 Euro

Neuanfang in Blechhütten – Flüchtlinge nach 1945

Seit Beginn der Asylkrise von 2015 sind in vielen Stadtteilen Hamburgs Asylunterkünfte zu sehen, in denen Tausende Syrer, Afghanen, Iraker oder Afrikaner auf engem Raum zusammenleben.

Das warf bei den Mitarbeitern der Geschichtswerkstatt Harburg e.V. die Frage auf, wie es in dem Hamburger Stadtteil nach dem Zweiten Weltkrieg ausgesehen hat, als Zigttausende Ausgebombte sowie Flüchtlinge und Vertriebene dringend Wohnraum benötigten. Vor allem den Forschungen von Gunther Hein ist es zu verdanken, dass das Büchlein „Nissenhütten in Harburg nach dem Ende des 2. Weltkrieges“ erscheinen konnte. Anlass für die Beschäftigung mit Nissenhütten war die Feststellung, dass das Wissen darüber weitgehend in Vergessenheit geraten war. Hein forschte in Archiven, beschaffte Unterlagen und stellte den Kontakt zu Zeitzeugen her. So gelang es, das Wissen um die Nissenhüttenlager in Harburg für die Nachwelt festzuhalten und in einer informativen Broschüre allen Interessierten zugänglich zu machen.

Nissenhütten wurden nach dem Zweiten Weltkrieg von den britischen Besatzungstruppen errichtet, um die Ausgebombten der Hansestadt sowie Flüchtlinge und Vertriebene mit Wohnraum zu versorgen. Die Luftangriffe auf Hamburg im Juli 1943 und die auf Harburg 1944/45 hatten zu verheerenden Zerstörungen geführt. 69 Prozent der Hamburger hatten dabei zumindest einen Teil ihrer Habe verloren. Die durch das Vordringen der Roten Armee nach Westen drängenden Flüchtlinge und Vertriebene verschärften die Wohnungsnot in Hamburg. Die Stadt sah sich gezwungen, Zuzugsbeschränkungen zu verhängen. Nur Menschen, die einen Mangelberuf

ausübten, erhielten eine Zuzugsgenehmigung.

In dieser Notlage dienten die sogenannten Nissenhütten zur Linderung der Not. Benannt sind sie nach dem kanadischen Offizier und Ingenieur Peter Norman Nissen, der sie im Ersten Weltkrieg entwickelt hatte. Dabei handelte es sich um leicht aufzubauende Wellblechhütten aus Fertigbauteilen mit einem halbrunden Dach, in den Außenmaßen elf Meter lang und fünf Meter breit. Eigentlich als Lagerraum für verschiedene Zwecke konzipiert, wurden sie im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit als Unterkunft für

**»Nissenhütten«
waren als Lager
konzipiert**

die obdachlos gewordenen Menschen genutzt.

In Harburg gab es 41 Wohnlager mit solchen Blechhütten, in denen 42 000 Menschen lebten. Eine originale Nissenhütte ist noch erhalten und im Freilichtmuseum am Kiekeberg (Rosengarten/Ehestorf, Landkreis Harburg) zu besichtigen.

Anfangs gab es in den einfachen Behausungen weder eine Strom- noch eine Wasserversorgung, die unisolierten Hütten waren im Sommer extrem heiß und im Winter eisig kalt. Als Toiletten und Waschräume dienten Extrahütten, die sich die Familien nach einem strengen Zeitplan teilen mussten.

Die als Wohnraum genutzten Nissenhütten konnten der Größe der Familien entsprechend aufgeteilt werden, eine größere Familie konnte beispielsweise zwei Drittel einer Hütte mieten, meist wurden sie aber halbiert. Die Britische Militärverwaltung hatte beschlos-

sen, die Behausungen winterfest zu machen. So wurden die Seitenwände 1,50 Meter hoch gemauert und die entstandenen Zwischenwände mit Glaswolle ausgestopft. Die Bewohner mussten bei der Materialbeschaffung mithelfen. Sie klopfen Steine aus den Trümmern, wobei manchen ihr Erfindungsreichtum half, wenn sie etwa einen Kinderwagen zum Transportmittel für die Steine umbauten.

Die Geschichtswerkstatt Harburg e.V. informiert neben Abbildungen von Archivdokumenten mit Ergebnissen der Befragungen von Zeitzeugen und zahlreichen brillanten Schwarzweiß-Fotos, welche veranschaulichen, wie solche Nissenhüttenlager aussahen, wie sie aufgebaut waren, und wie sich der Alltag einer Familie dort gestaltete.

Für die Wäsche beispielsweise musste Wasser in Eimern geschleppt werden und gewaschen wurde in Zinkwannen von Hand. Später entstanden durch genehmigte Anbauten Toilettenräume mit Plumpsklo, Kaninchenställe oder auch Lagerräume zwischen den Hütten. Die Bewohner, froh darüber, überhaupt eine Bleibe zu

haben, waren teilweise stigmatisiert. Die Kinder wurden nicht selten in der Schule mit ihren ärmlichen Verhältnissen, in denen sie lebten, konfrontiert und fühlten sich ausgegrenzt. Für die Broschüre zur Verfügung gestellte Familienfotos zeugen vom Alltag in den Hütten. Trotz der Enge und der Behelfsmäßigkeit gab es doch auch fröhliche Momente. Die Menschen rückten zusammen. Es wurden Feste wie Verlobungen, Geburtstage und Weihnachten gefeiert. Verkleidete Dekken mit Leuchtern, Tapeten und Bilder an den Wänden sowie Dekorationen vermittelten ein Stück Behaglichkeit und Normalität.

Im Schnitt mussten die Familien um die vier Jahre in ihren Nissenhütten ausharren, bevor sie in richtige Wohnungen umziehen konnten. Den Rekord hielt ein Nissenhüttenbewohner der Hohen Straße, der zwölfteinhalb Jahre dort verbrachte.

In den 60er Jahren wurden die Behelfsheime nach und nach abgerissen und durch moderne Mietshäuser ersetzt. Die Familien konnten endlich umziehen.

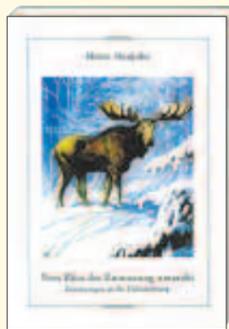
Manuela Rosenthal-Kappi



Geschichtswerkstatt Harburg e.V. (Hg.): „Nissenhüttenlager in Harburg nach dem Ende des 2. Weltkrieges“, Geschichtswerkstatt Harburg e.V., Hamburg-Harburg 2019, broschiert, 50 Seiten, 8 Euro zuzügl. Versand. Bezug über E-Mail: nissen-lager-harburg@ifp.ch.com oder Telefon (0152) 51585858.



Silke Osman (Hrsg.)
Der realliche Ostpreuße 2020
 Ein Kalenderbuch für 2020
 Der zuverlässige Begleiter für jeden Ostpreußen durch das Jahr 2020, mit 160 Seiten. Mit ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer ostpreußischer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure, Architekten und Wissenschaftler wie Rudolf Borchardt, Horst Skodlerak, Charles Girod, Ruth Faltin, Julius Schmischke, Martin A. Borrmann, Hans Josephsohn, Alfred Partikel, Leopold Jeßner u.v.m. sowie Erzählungen und Gedichten von: Agnes Miegel, Hannelore Patzelt-Hennig, Ernst Wiechert, Ruth Geede, Hermann Sudermann, Eva Maria Sirowatka, Hildegard Rauschenbach, Hans Ulrich Stamm, Frieda Jung, Ruth Maria Wagner, Lars Loppenthien, Felix Dahn, Robert Johannes, Annemarie in der Au, Lovis Corinth, Karl Rosenkranz, Ursula Enseleit, Agnes Harder, Anni Piorreck, Alfred Brust u.v.m. Format 17 cm x 24 cm. 160 Seiten
 Nr. P 533202 Gebunden 9,95 €



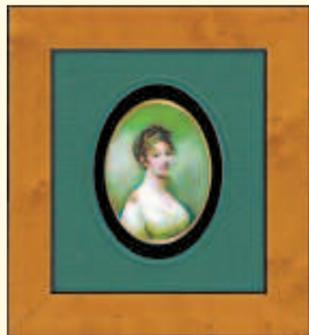
Horst Naujoks
Vom Efeu der Erinnerung umrankt
 Erinnerungen an die Elchniederungen
 Mit zum Teil farbigem Fotos. 144 Seiten
 Nr. P A1181 Kartoniert 7,95 €



Haff und Schiff
 Das Buch von den Menschen und der Landschaft der Memelmündung
 Mit zahlreichen S/W-Fotos von Dr. Erich Krause.
 (Reprintausgabe) 76 Seiten
 Nr. P A1180 Kartoniert 7,95 €



Lothar Graf zu Dohna
Erlebte Geschichte
 Erinnerungen an die Jahre vor und nach Kriegsende
 Eine Schilderung sehr persönlicher Erinnerungen an die Zeit während des Zweiten Weltkriegs und die Jahre danach. Lothar Graf zu Dohna erzählt sehr persönlich von erlebter Geschichte im Schatten des Widerstands. Sein Vater wurde hingerichtet, seine Mutter im KZ Ravensbrück inhaftiert. Trotz Drohung mit dem Tode weigerte er sich im Verhör, den Vater zu verleugnen. Ebenso persönlich beschreibt er die gefährvolle „Reise“ aus Ostpreußen und schließlich das Studium und die „Aufbruchstimmung“ der frühen Nachkriegszeit in Göttingen. Lothar Graf zu Dohna, geb. 1924, ist emeritierter Professor der Geschichte der TU Darmstadt und zugleich Honorarprofessor der Kirchengeschichte der Universität Frankfurt a. M. 96 Seiten
 Nr. P A1396 Gebunden 16,00 €

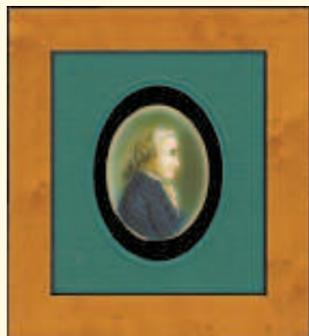


Porzellanminiatur Königin Luise von Preußen
 Porzellanminiatur von Königin Luise. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
 Nr. P A1236 Gebunden 49,00 €



Klaus Hornung
Scharnhorst
 Soldat – Reformier – Staatsmann
 200 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1191 4,99 €

Geboren am 12. November 1755, am Vorabend des Siebenjährigen Krieges im hannoverschen Bordenau, machte Scharnhorst, aus einfachen Verhältnissen stammend, eine einmalige Karriere zunächst in der hannoverschen, dann ab 1801 in der preußischen Armee. Scharnhorst zählte zu den entscheidenden Köpfen, die nach dem Zusammenbruch des friderizianischen Preußen in der Schlacht von Jena und Auerstedt und der Demütigung Preußens durch Napoleon im Frieden von Tilsit 1807 sich daran machten, den am Boden liegenden Staat geistig und politisch wieder aufzurichten. Scharnhorst war es, der als einer der Ersten die elementare Kraft der Französischen Revolution erkannte, wesentliche Elemente daraus für ein neues Preußen formte und so die Voraussetzungen für den Befreiungskampf schuf.



Porzellanminiatur Immanuel Kant
 Porzellanminiatur des großen Philosophen Immanuel Kant. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
 Nr. P A1235 Gebunden 49,00 €

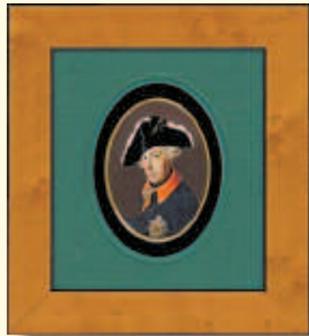


Schlachten, die unsere Welt veränderten
 Ursachen, Folgen, Hintergründe
 Die größten Schlachten der Geschichte: Kriegerische Konflikte sind Teil unserer Menschheitsgeschichte. Dieses eindrucksvolle Nachschlagewerk zeigt auf, wie historische Schlachten und Kriege ganze Länder, Reiche und Zivilisationen und letztlich unser aller Leben verändert haben. Die wichtigsten Heerführer, vernichtende Niederlagen und die ruhmreichsten Siege: Eine eindrucksvolle und bildgewaltige Reise zu den schicksalhaften Schlüsselmomenten der Weltgeschichte in einem Buch!
 Besondere Highlights im Überblick:
 • Beeindruckende visuelle Darstellung: die 90 wichtigsten Schlachten in über 300 eindrucksvollen Fotos, Gemälden, Artefakten und Landkarten veranschaulicht.
 • Umfassender Blick hinter die kriegerischen Konflikte: Politische, soziale und wirtschaftliche Ursachen, Folgen und Hintergründe der Schlachten werden politisch neutral und in ihrer Komplexität ausführlich betrachtet und erläutert.
 • Die berühmtesten Feldherren: Alexander der Große, Julius Caesar, Napoleon Bonaparte, Dschingis Khan, Simon Bolivar oder George Washington werden in interessanten Kurzbiografien vorgestellt.
 256 Seiten im Großbildbandformat.
 Nr. P A1406 Gebunden mit Schutzumschlag 34,95 €



Manfred Alexander und Günther Stökl
Russische Geschichte
 944 Seiten
 Nr. P A1368 Kart. 9,95 €

Diese verlässliche und äußerst anschaulich geschriebene Darstellung rekapituliert die ereignisreiche russische Geschichte, die seit dem Zerfall der Sowjetunion und den Entwicklungen im Russland der letzten Jahre sehr an Aktualität gewonnen hat. Für die nun vorliegende 7. Auflage hat Manfred Alexander den gesamten Text gründlich überarbeitet, auf den neuesten Stand der Forschung gebracht und bis in die Ära Putin hinein fortgeschrieben. Zahlreiche Zeittafeln wurden in den Text integriert, die den Leser jeweils schon einleitend über die Ereignisse und ihre Protagonisten orientieren und auch die Anzahl der Karten wurde erhöht, um die Verortung der Geschichte zu erleichtern. Ein ausführlicher Apparat mit Stammtafeln, einer umfassenden Zeittafel, einem Literaturverzeichnis, Register und Glossar komplettieren dieses Standardwerk.



Porzellanminiatur Friedrich II.
 Porzellanminiatur des großen Preußischen Königs. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
 Nr. P A1237 Porzellanminiatur 49,00 €



Simon Sebag Montefiore
Die Romanows
 Glanz und Untergang der Zaren-Dynastie 1613–1918
 1040 Seiten/Taschenbuch
 Nr. P A1306 22,00 €

Der Bestsellerautor und Russland-Experte, schildert in seiner ebenso spannenden wie unterhaltsamen Biografie „Die Romanows: Glanz und Untergang der Zarendynastie 1613–1918“ die sagenumwobene Dynastie, die Russland bis heute prägt. Wie kein anderes Adelsgeschlecht sind die Romanows der Inbegriff von schillerndem Prunk, Macht, Dekadenz und Grausamkeit. Über 300 Jahre dominierten sie das russische Reich, mehr als 20 Zaren und Zarinne gingen aus dem Geschlecht hervor, allesamt getrieben von unbändigem Machthunger und rücksichtslosem Willen zu herrschen – einige dem Wahnsinn näher als dem Genie. Simon Sebag Montefiore erzählt die Saga dieser unglaublichen Familie, in der Rivalität, Giftmorde und sexuelle Exzesse regelrecht auf der Tagesordnung standen.



Handbuch der Historischen Stätten Ost- und Westpreußen
 Der vorliegende Band erschließt den historischen Raum des ehemaligen Ordenslandes Preußen, das in der Neuzeit in Ost- und Westpreußen geschieden wurde. Er behandelt in Einzeldarstellungen alle Städte, geschichtlich bedeutsame Orte, Flecken, Burgen, Klöster, Denkmäler, also allgemein die Schauplätze geschichtliche Ereignisse. Besonders berücksichtigt wird die Siedlungsgeschichte, die wirtschaftliche Entwicklung der großen Handelsstädte sowie die Geistesgeschichte, die in besonderem Maße die Einheit der geschichtlichen Entwicklung hervortreten lässt. Das Werk führt zu den Stätten und Denkmälern der Vergangenheit und vertieft so das Verständnis der Gegenwart. Dem Historiker, dem Landes- und Heimatforscher sowie den historisch interessierten Laien und Reisenden wird es sich als praktischer und anregender Begleiter erweisen.
 284 Seiten
 Nr. P A1412 Gebunden 19,90 €



Adolph Freiherr von Knigge
Über den Umgang mit Menschen
 Der „Knigge“ ist auch heute noch ein hochinteressanter Meilenstein über die praktische Kunst des Umgangs mit Menschen. Erschienen 1788 – im gleichen Jahr wie Kants „Kritik der praktischen Vernunft“ – befasst sich Knigge mit der Durchsetzung von Moral und gibt überzeugende und vor allem praktikable Antworten auf die Fragen menschlichen Zusammenlebens. „Die Kunst des Umgangs mit Menschen besteht darin, sich bemerken, geltend und geachtet zu machen, ohne beneidet zu werden.“ (Adolph Freiherr von Knigge). 368 Seiten
 Nr. P A1366 Gebunden 8,00 €



Karl Eduard Vehse
Preußens Könige privat
 Berliner Hofgeschichten
 368 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1061 5,95 €

Unter dem strengen Vorsatz, 'nichts zu verschweigen und zu bemängeln', erzählt der Autor die private Geschichte der preußischen Könige von Friedrich I. bis zu Friedrich Wilhelm III. Anekdotenreich und sehr lebendig berichtet er von den gesellschaftlichen Zuständen am preußischen Hof, schildert die Vielfalt des kulturellen Lebens und wagt einen schonungslosen Blick hinter die Kulissen der Macht. Hat das intime Leben der preußischen Herrscher die große Politik beeinflusst? Was waren ihre Leidenschaften und Vorlieben, wie ihr Verhalten im Umgang mit Ministern, Untertanen oder Mätressen? „Dieses Buch ist wahrer Kaviar“, schrieb Heinrich Heine 1852 an seinen Verleger Campe, „endlich bekommen die Deutschen ihre Fürsten von Angesicht zu Angesicht zu sehen.“



Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit einer Abbildung des beliebten Königs Friedrich II. von Preußen
 Größe: 4,5 cm Breite und 7 cm Höhe
 Nr. P A1377 Kühlschrankschmuck mit Flaschenöffner 4,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNG

Greta Thunberg
auf dem Altar

Frankfurt am Main – Auf einem Marienalter in der Vorhalle des Kaiserdoms St. Bartholomäus, der Wahl- und Krönungskirche der römisch-deutschen Kaiser, wurde am 9. Oktober ein etwa zwei Meter hohes Gemälde mit einem Porträt der schwedischen Schülerin Greta Thunberg entdeckt, deren Prophezeiungen bezüglich eines „menschengemachten“ Klimawandels derzeit weltweit Gehör finden. Laut der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) teilte Dom-Rektor Stefan Scholz mit, das Bild sei dem Maler, einem Kunststudenten, der es wieder abgeholt habe, ausgehändigt worden. Dompfarrer und Stadtdekan hätten „ganz gelassen“ reagiert. Scholz sagte, dem Künstler sei es darum gegangen, „die Gläubigen“ auf „das Anliegen des Klimaschutzes“ hinzuweisen. Die „künstlerische Aktion“ sei weder Blasphemie noch Vandalismus.

E.L.



Sicherheitsexperte

ZUR PERSON

Äthiopischer
Barack Obama

Noch gibt es keinen Klimanobelpreis. Greta muss also noch warten. Der Friedensnobelpreis, den viele für die Klimaaktivistin gefordert hatten, wäre so gewesen, als würde man einem Blinden den Führerschein überreichen. Das norwegische Friedensnobelkomitee, das sonst für Überraschungen gut ist, hat dafür vor einer Woche tatsächlich einmal eine Person geehrt, die für einen Friedensschluss gesorgt hat.

Der äthiopische Ministerpräsident **Abiy Ahmed** (43), der den diesjährigen Friedensnobelpreis erhält, sorgte vor einem Jahr für einen Friedensvertrag mit dem Nachbarland Eritrea, der den jahrzehntelang militärisch ausgeprägten Grenzkonflikt mit dem Nachbarland vorerst beendete. Dafür wurde Ahmed im eigenen Land angefeindet. So entging er im Juni 2018 nur knapp einem Handgranatenanschlag.

Zum Friedensvertrag gehören eigentlich zwei Parteien. Als 1993 der Preis nach Afrika ging, wurden sowohl Nelson Mandela als auch Willem de Klerk für ihre Aussöhnungspolitik in Südafrika geehrt. Dafür ging jetzt Ahmeds eritreischer Partner leer aus.

Der Preis soll in erster Linie Ahmeds Reformpolitik unterstützen. Als er nach dem Rücktritt seines Vorgängers im April 2018 an die Macht kam, brach er mit allen möglichen Tabus. Weil er selbst früher gegen Eritrea gekämpft hatte, ging jeder davon aus, dass er die Politik der Vorgängerregierung fortsetzt. Stattdessen amnestierte er politische Gefangene, ließ korrupte Beamte verhaften, ersetzte Geheimdienstleute und strich die Zahl der Ministerien von 28 auf acht, von denen die Hälfte von Frauen geleitet wird. Jetzt gibt es auch dort eine Verteidigungsministerin.

Auf den Philosophiedoktor, der als Christ dem Oromo-Volk angehört, kommen dafür Konflikte mit jenen muslimisch geprägten Ethnien im eigenen Land zu, die seine Reformen nicht mittragen. Die Fluchtgründe, die viele Eritreer zur Auswanderung nach Europa bewegt hatten, hat dieser Obama dafür gestoppt. Der Nobelpreis dankt ihm auch dafür. *H. Tews*

Wie man uns bei der EEG-Umlage eine Nase dreht, was beim Klimapaket vergessen wurde, und was Merkel mit Huawei will / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Na, wenigstens etwas: Um die Deutschen nicht allzu sehr zu verärgern, wird die verhasste EEG-Umlage, auch Ökostrom-Abgabe genannt, pünktlich zum Jahr der Bundestagswahl 2021 um 0,25 Cent pro Kilowattstunde gesenkt. Das Geld wird uns natürlich nicht geschenkt. Es soll nur einen Teil der bereits fest vorgesehenen CO₂-Steuer ausgleichen, die zu unerwünschten Entscheidungen an den Wahlurnen verleiten könnte.

Mit der Absenkung der EEG-Umlage signalisiert uns die Politik, dass sie auch die Sorgen der unteren Einkommensschichten ernst nimmt. Dass sie also nicht nur auf die Belange der Klimabesorgten in den Villenvierteln und schicken Gründerzeit-Quartieren achtet, in denen sich Politiker und tonangebende Journalisten gemeinhin bewegen. Das wärmt das Herz und stimmt den skeptischen Wahlbürger milde.

Somit fällt die Umlage am 1. Januar 2021 von derzeit gut 6,4 Cent auf dann nur noch etwas mehr als 6,5 Cent. Das ist doch ein Grund zum Aufatmen für die strapazierte Verbraucher, die ... Moment mal!

Seit wann bezeichnet man die Veränderung eines Preises von 6,4 auf 6,5 Cent als „Senkung“? Hat sich da einer vertippt? Oh nein, der Trick geht ganz einfach: Zum 1. Januar 2020 werden sie den Preis erst einmal um mehr als fünf Prozent auf satte 6,75 Cent hochschrauben, um uns genau ein Jahr später den Preis von 6,5 Cent dann als sagenhafte Entlastung der Haushalte zu präsentieren. Schlaue, was?

Ob das einer merkt? Kaum anzunehmen, sonst würden die Verantwortlichen ja die Finger lassen von solchen Schlichen. Ein Jahr ist lang und bietet viel Zeit, um die Klimahysterie auf nie gekannte Höhen zu schaukeln. Wer nörgelt noch an irgendwelchen „Umlagen“ herum, wenn der Planet auf dem Spiel steht? Genau.

Weltklimas zu spielen. Die anderen werden schon einsehen, dass wir Recht haben, und es uns später nachmachen. Das haben sie bei der grenzenlosen Aufnahme von Asylsuchern ja auch getan, oder? Nein, haben sie nicht. Und das werden sie auch nicht. Aber egal, unser Innenminister Seehofer tut dann eben trotzdem so, als täten sie es, und sendet entsprechend einladende Signale an die potenziellen Herkunftsländer der nächsten Asylsucherwelle, die dem Vernehmen nach bereits anrollt.

Aber bleiben wir erst mal bei dem Klima-Ding. Da droht uns eine entscheidende Grundlage wegzurutschen, auf der das ganze Gebilde namens Klimawende errichtet wird, nämlich die Sache mit dem „reichen Land“.

Einem aufmerksamen Autor ist aufgefallen, dass im gesamten Klimapaket der Bundesregierung das Thema „Wettbewerbsfähigkeit“ nirgends auftaucht. Als Land mit den schon jetzt welt-höchsten Strompreisen (neben Dänemark) und einem derartigen Exportanteil stellt es schon eine reife Leistung dar, diesen Aspekt komplett zu ignorieren.

Der Autor schlägt daher im „Cicero“ vor, unseren Handelspartnern in aller Welt schleunigst ein „Grenzausgleichssystem“ abzuverhandeln, mit dem die klimapolitikbedingt höheren deutschen Preise wieder ausgeglichen würden. Mit anderen Worten: Berlin soll die Regierungen unserer Konkurrenznationen dazu bewegen, dass sie ihre Exporte künstlich verteuern und Importe aus Deutschland künstlich verbilligen, damit die braven Deutschen nicht unter die Räder ihrer eigenen politischen Irrfahrten geraten.

Das wird rasenden Anklang finden. Darauf hat die ausländische Konkurrenz bestimmt nur gewartet, ebenso wie unsere europäischen Partner auf die „gerechte Verteilung der Flüchtlinge“, die bekanntermaßen bis heute auf sich warten lässt.

Für uns wird die Sache derweil langsam eng. Jahrelange politische Bemühungen um die „Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ zeigen endlich Wirkung: Es geht auf breiter Front abwärts, woran unsere weise Energiepolitik einen nicht unerheblichen Anteil beanspruchen darf. Laut Jörg Krämer, dem Chefvolkswirt der Commerzbank, geht die Produktion in den drei deutschen Kernindustrien Auto, Chemie und Pharma seit Frühjahr 2018 schon zurück, während sie im restlichen Euro-Raum stabil bleibe. Ein Grund sei, dass deutsche Unternehmen in der EU die „mit Abstand höchsten Strompreise“ zahlen.

Zudem sei die Steuerbelastung der Unternehmen in der Bundesrepublik doppelt so hoch wie im EU-Durchschnitt und 5,5 Prozent höher als 2009.

Auch schwäche die herabgewirtschaftete Infrastruktur und das ebenso heruntergekommene Schulwesen die Wirtschaft des Landes. Vor zehn Jahren hätte Deutschland nach Frankreich das zweitbeste Straßennetz des Euro-Raums besessen. Zehn Merkeljahre später sind wir auf Platz fünf gerutscht, Tendenz: weiter fallend.

Von den Schulen kämen immer mehr Absolventen, die nicht hinreichend schreiben und rechnen könnten, weshalb 83 Prozent der Unternehmen nicht alle Ausbildungsplätze besetzen könnten.

Gut, immerhin hier hat die Politik mit aller Kraft reagiert: Da viel zu viele deutsche Zöglinge nur schlecht rechnen und schreiben können, hat sie per Grenzöffnung Millionen Leute ins Land gelockt, die im Schnitt noch schlechter rechnen und in zahllosen Fällen überhaupt nicht schreiben können. Nicht mal arabisch. Das wird sich ganz sicher auszahlen.

Wenigstens haben die Deutschen ja ihre Ersparnisse, aus denen sie auch in düren Zeiten weiterhin EEG-Umlage, CO₂-Steuern und zusätzliche Sozialleistungen für zusätzliche Asylsucher bezahlen können.

Oder etwa nicht? Na ja, an der Stelle war die Politik leider schon gründlich grasen. Um das Konstrukt des Euro am Leben zu halten, hat man die Zinsen unter null gesenkt. Das frisst die Ersparnisse der Deutschen auf. Außerdem treibt es die Immobilienpreise, weil diejenigen, die es sich leisten können, ihr Geld lieber in Beton stecken, als ihm beim Abschmelzen an der Euro-Sonne zuzusehen. Dies wiederum jagt irgendwann, „Deckel“ hin oder her, die Mieten in die Höhe, was die Brief-taschen von Millionen weiter ausquetscht.

Man kann also hingucken, wo man möchte: Überall, wo die Politik noch etwas abgreifen will, dürfte sie demnächst auf die Ruinen treffen, die sie selbst dort angerichtet hat. Tragisch, nicht wahr? Es erinnert an das Schicksal der Sozialisten, die alles niedergetrampelt haben, bis sie schließlich zugrunde gingen wie ein Heuschreckenschwarm am Ende seiner Reise.

Das Hauptanliegen der Regierenden besteht nun aber sowieso nicht darin, den Wohlstand des Volks zu schützen, sondern an der Macht zu bleiben. Ein bislang gut geübtes Mittel dieses Machterhalts besteht darin, einem Teil des Volkes in die Taschen zu greifen, um dessen Geld einem anderen, stärker wahlentscheidenden Teil zu „schenken“.

Wenn aber nicht mehr genug da ist zum „Verschenken“? Dann hilft nur noch die verschärfte Einschüchterung und Überwachung des unzufriedener werdenden Volkes. Haben Sie es auch gelesen? Kanzlerin Merkel höchstpersönlich soll sich dafür stark gemacht haben, den rotchinesischen Konzern Huawei am Ausbau des deutschen 5G-Netzes zu beteiligen. Angeblich fürchten alle deutschen Geheimdienste Spionage und Sabotage aus Peking.

Was Merkel wohl antreibt? Wir wissen es nicht, nur dies: Überwachung können die Chinesen. Das Milliardenvolk wird auf Schritt und Tritt elektronisch beschattet. Wer weiß, vielleicht kann so viel Erfahrung auch für die deutschen Regierenden noch einmal nützlich werden. Da wäre es doch hilfreich, mit Huawei schon mal einen Experten an Bord zu holen.

MEINUNGEN

Der Bonner Kinderpsychiater **Michael Winterhoff** rechnet im „Focus“ (11. Oktober) mit dem deutschen Bildungssystem ab. Kellerhoff warnt, ohne ein Gegensteuern werden die **Kinder von heute nicht arbeitsfähig sein**:

„Sie haben keinen Sinn mehr für Pünktlichkeit. Strukturen und Arbeitsabläufe zu erkennen, fällt ihnen schwer. Vielen fehlen Grundkenntnisse in Deutsch und Mathe. An oberster Stelle steht heute das Handy – weit über dem Kunden. Immer mehr Schüler brechen ihre Ausbildungen ab, über ein Drittel der Studenten mit Studienabschluss überstehen die Probezeit im Betrieb nicht; es fehlen ihnen soziale Fähigkeiten oder sie haben eine starke Selbstüberschätzung (Konrad-Adenauer Studie)“.

Dirk Feuerberg, stellvertretender **Generalstaatsanwalt** in Berlin, machte im Deutschlandfunk (11. Oktober) darauf aufmerksam, **welch hohen Stellenwert die Meinungsfreiheit hierzulande genießt**.

„Wenn wir uns insbesondere Äußerungsdelikte anschauen im Rechtsbereich, die sind zum Teil auch für uns unerträglich. Gleichwohl haben wir eine Rechtsordnung, die die Meinungsfreiheit sehr hochhängt, die dort sehr viel Spielräume zulässt, und mit denen müssen wir umgehen.“

Gegenüber dem Online-Portal „Sputnik“ (8. Oktober) ging der **Chef der deutschen Polizeiverwaltung (DPoIG), Rainer Wendt**, auf die **Problematik der islamischen Gefährder in Deutschland ein**.

„Wenn wir noch jeden Tag Menschen nach Europa lassen ohne Einreisepapiere, dann müssen wir uns nicht wundern, dass die Terrorgefahr wächst.“

Torsten Kraft lässt seiner **Ab-scheu über die Reaktionen deutscher Politiker auf die Mordtat von Halle auf „Facebook“ (10. Oktober) freien Lauf**:

„Als jüdischer Bürger steht mir die Galle bis zum Hals, wenn ich sehe, wie schamlos deutsche Politiker den Anschlag von Halle zur Selbstinszenierung mit geheuchelter Anteilnahme politisch vereinnahmen und sich medial in Szene setzen. Ein Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der allen Ernstes vor laufender Kamera sagt, dass ein „solcher Angriff auf eine voll besetzte jüdische Synagoge in Deutschland nicht mehr vorstellbar“ gewesen sei, hat jeden Bezug zur Realität verloren. Das ist eben jener Steinmeier, der als erstes deutsches Staatsoberhaupt am Grab Arafats (einem Terroristen) einen Kranz niederlegt, dabei korrupten, Juden-mordenden Antisemiten freudig die Hände schüttelt und Glückwünsche an die größte Bedrohung jüdischen Lebens sendet.“

Autor **Alexander Wallasch** hat bei Frank Plasbergs **„Hart aber fair“-Diskussion zum Doppelmord von Halle eine interessante Entdeckung gemacht, wie er auf „Tichys Einblick“ (15. Oktober) berichtet**:

„Erschreckend ist hier auf bestimmte Weise, wie fast alle Teilnehmer der Runde immer dann besonders engagiert agieren, wenn es um die Verdammung der AfD geht, während die Empörung über den rechtsradikal motivierten Amoklauf demgegenüber phasenweise fast teilnahmslos oder aufgesagt wirkt.“